

Aus dem Institut für Agrarsoziologie
der Justus Liebig-Universität in Gießen

Prof. Dr. H. Kötter

**ENTWICKLUNGSTENDENZEN VON LANDBESITZ
UND LANDBEWIRTSCHAFTUNG.
GRÜNDE, WELCHE ZUR BETRIEBSUMSTELLUNG
UND ZUR AUFLÖSUNG FÜHREN!**

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
bei der Landwirtschaftlichen Fakultät
der Justus Liebig - Universität in Gießen

eingereicht von
Alfred Wagner
aus Naunheim

Gießen 1970

Aus dem Institut für Agrarsoziologie
der Justus Liebig-Universität in Gießen

Prof. Dr. H. Kötter

**ENTWICKLUNGSTENDENZEN VON LANDBESITZ
UND LANDBEWIRTSCHAFTUNG.
GRÜNDE, WELCHE ZUR BETRIEBSUMSTELLUNG
UND ZUR AUFLÖSUNG FÜHREN!**

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
bei der Landwirtschaftlichen Fakultät
der Justus Liebig - Universität in Gießen

eingereicht von
Alfred Wagner
aus Naunheim

Gießen 1970

THE UNIVERSITY OF LEIDEN
LIBRARY

1871

THE UNIVERSITY OF LEIDEN
LIBRARY
1871



THE UNIVERSITY OF LEIDEN
LIBRARY
1871

THE UNIVERSITY OF LEIDEN
LIBRARY
1871

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Problemstellung	1
II. Auswahlkriterien für das Untersuchungsgebiet	4
III. Beschreibung des Untersuchungsgebietes	
1. Naturräumliche Gliederung	5
2. Historische Entwicklung	9
3. Verkehrslage und Verkehrserschließung	9
4. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	12
5. Im Untersuchungsgebiet Beschäftigte ohne Land- und Forstwirtschaft	17
6. Pendelwanderung	18
7. Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur	19
8. Kultur- Nutz- und Ackerflächenverhältnisse	21
IV. Auswahlverfahren der Untersuchungsbetriebe und Methode der Untersuchung	
1. Bildung von Gemeindegruppen	26
2. Auswahl der Untersuchungsbetriebe und Methode der Materialerhebung	31
3. Auswertung der Untersuchungsergebnisse	32
V. Entwicklungstendenzen von Landbesitz und Landbewirtschaftung	
1. Auflösung von Betrieben	33
a) Größenstruktur und räumliche Verteilung der aufgelösten Betriebe	33
b) Reduzierung des Potentials der Kleinbetriebe	35
c) Alternativen zur Auflösung	38
d) Der agrarstrukturelle Effekt der Betriebsauflösungen	40
e) Landbeanspruchung für nichtlandwirtschaftliche Zwecke	43
f) Ausreichende oder unzureichende Bodenmobilität ?	45
g) Art der Veräußerung	45
h) Bisherige sozialökonomische Funktion der aufgelösten Betriebe	49

2. Differenzierung der Größenstruktur der Untersuchungsbetriebe zwischen 1958 und 1966	
a) Betriebsgrößenstruktur 1958	57
b) Auf- und Abstockung von Betrieben	59
c) Betriebsgrößenstruktur 1966	65
d) Besitzverhältnisse 1958 und ihre Veränderungen bis 1966	74
3. Die Organisation der Untersuchungsbetriebe 1958 sowie deren Veränderungen bis 1966	81
a) Bodennutzung	82
b) Nutztierhaltung	95
c) Mechanisierung	103
4. Sozialökonomische Funktion der Untersuchungs- betriebe 1958 und deren Veränderungen bis 1966	
a) Die (N 530) Untersuchungsbetriebe nach ihrem landwirtschaftlichen Einkommenspotential 1958 und 1966	112
b) Betriebsinhaber mit einer zusätzlichen Erwerbs- tätigkeit, Betriebsinhaber ohne eine solche, sowie Betriebe von Rentnern und Witwen etc., 1958 und 1966	116
c) Sozialökonomische Funktion der Untersuchungsbetriebe nach dem landwirtschaftlichen Einkommenspotential sowie unter Berücksichtigung zusätzlicher Einkom- mensquellen wie Erwerbstätigkeit und Rentenbezüge 1958 und 1966	124
d) Wechselbeziehungen zwischen Veränderungen von Struktur und Organisation der Untersuchungs- betriebe	132
VI. Gründe welche zur Auflösung und zur Umstellung von Betrieben führen	133
1. Gründe für die Auflösung von Betrieben	134
a) Endogene Gründe	134
b) Exogene Gründe	139

	Seite
2. Gründe für den Abbau von Betrieben	151
a) Endogene Gründe	152
3. Gründe für den Ausbau und die Weiterentwicklung von Betrieben	155
a) Endogene Gründe	157
aa) Bestehende Investitionen als Grund für den Ausbau und die Weiterentwicklung von Betrieben	160
b) Exogene Gründe	162
VII. S c h l u ß b e t r a c h t u n g	163



Digitized by the Internet Archive
in 2026

I. Problemstellung

Die Situation der Landwirtschaft in der Bundesrepublik ist wie praktisch in allen westlichen Industrieländern im wesentlichen durch **zwei Probleme** gekennzeichnet. Im ersten Fall handelt es sich um einen Einkommensrückstand der landwirtschaftlichen Erwerbsbevölkerung gegenüber den in anderen, vergleichbaren Berufen Tätigen. Er ist besonders gravierend in den mittleren und kleineren Betrieben bzw. in den von Natur aus benachteiligten Gebieten und resultiert i. d. H. aus einem Mißverhältnis zwischen den dort eingesetzten Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden bzw. einer zu engen **man-capital-land-ratio**. Während die optimale Ausstattung **aller** Arbeitskräfte in der Landwirtschaft mit Kapital durch Übertragung **aus** anderen Wirtschaftsbereichen zumindest theoretisch möglich **wäre**, trifft das für den Boden wegen seiner Unvermehrbarkeit **nicht** zu. Aber auch dann, wenn man diesen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten durch Kapital substituieren würde, könnten **keinesfalls alle** landwirtschaftlichen Erwerbspersonen ein paritätisches Einkommen erzielen, da sich die daraus resultierende hohe Nahrungsmittelproduktion nur z. T. absetzen ließe.

Aber auch ohne eine solche optimale Ausstattung **aller** in der Landwirtschaft Tätigen mit Produktionsmitteln bildeten sich auf Grund des hohen Standes der angewendeten Produktionstechniken auf der einen und der zwangsläufig nur langsam wachsenden Nachfrage nach Lebensmitteln auf der anderen Seite erhebliche Agrarüberschüsse, welche nicht nur die öffentlichen Mittel beanspruchen sondern auch die Agrarpreise senken.

Sie stellen das zweite aber keinesfalls zweitrangige Problem der Landwirtschaft aller hochentwickelten Industrieländer dar.

Der Einkommensrückstand bzw. die sogenannte Disparität ist jedoch für Europa und besonders für die Bundesrepublik Deutschland das ältere von beiden. In der Bundesrepublik waren deshalb auch die Bemühungen der Agrarpolitik beispielsweise seit der Mitte der 50er Jahre **bevorzugt** auf **deren** Beseitigung ausgerichtet. Dabei wurden neben den kurzfristig wirksamen Maßnahmen wie der Verbilligung von Betriebsmitteln und der Produktpreisstützung besonders langfristig wirksame Strukturverbes-

serungen eingeleitet. Sie konnten aufgrund der o.g. Situation jedoch nur wirksam werden, wenn damit gleichzeitig eine einkommensparitätische Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft einherging. D.h., daß die notwendige Erweiterung bzw. Optimierung der man - capital - land - ratio hier wegen der o.a. speziellen Marktsituation bei den landwirtschaftlichen Arbeitskräften ansetzen müßte. Zwar fand und findet eine solche Abwanderung aus der Landwirtschaft statt, doch vermochten sie die Einkommensdisparität nicht zu beseitigen. So weisen auch die jüngsten "Berichte der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft" eine solche Disparität aus. Während dieses Problem weder gelöst noch einer Lösung wesentlich näher gebracht wurde, stellt sich bereits das zweite, nicht minder schwierige Problem der Agrarüberschüsse. War man bisher, wenn auch meist stillschweigend davon ausgegangen, daß die Bewirtschaftung der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der Bundesrepublik durch immer weniger Arbeitskräfte das Problem der Disparität lösen würde, ohne andererseits größere Agrarüberschüsse hervorzubringen, so hat sich diese Auffassung inzwischen als falsch erwiesen. Vielmehr erzeugen immer weniger Arbeitskräfte in der Landwirtschaft immer mehr Nahrungsmittel, von denen wiederum ein immer größerer Teil nicht mehr absetzbar ist.

Aus dieser Tatsache resultiert, daß sich nicht nur die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte sondern auch die landwirtschaftlich genutzte Fläche vermindern muß. Damit gewinnt das Problem der Faktormobilität besondere Bedeutung. Sie stellt besonders im Falle der Faktoren Arbeit und Boden einen Minimumfaktor dar. Die Agrarpolitik hat sich bisher um ihre Erhöhung nur wenig gekümmert. So wurden beispielsweise Betriebsaufstockungen lange Zeit massiv gefördert, ohne daß der dadurch induzierten zusätzlichen Nachfrage nach landwirtschaftlich nutzbarem Boden ebenso intensive Bemühungen um eine Erhöhung des Bodenangebotes zur Seite gestellt wurden. Inzwischen wurden diese Bemühungen allerdings intensiviert. Der Erfolg beispielsweise der "Förderungsmaßnahmen zur freiwilligen Landabgabe", welche seit dem Jahre 1965 durchgeführt werden, ist jedoch gemessen an dem finanziellen Aufwand bzw. der Größe des zu bewältigenden Problems gering.

Die Erhöhung der Mobilität der Produktionsfaktoren Arbeit und Boden stellt eine äußerst schwierige Aufgabe für die Agrarpolitik dar. Ausschließlich finanzielle Anreize dieser Art reichen offensichtlich hierfür nicht aus. Es bedarf daher der Entwicklung eines effektiveren und wenn möglich billigeren Instrumentariums hierfür. Das setzt zunächst eine sorgfältige Analyse der bisher in der Landwirtschaft der Bundesrepublik erfolgten strukturellen, organisatorischen und funktionellen Veränderungen incl. der Betriebsauflösungen sowie ihrer Ursachen voraus.

Diese Aufgabe fällt der Wissenschaft zu. Sie muß anhand der bereits erfolgten Veränderungen darzulegen versuchen, welche speziellen Verhältnisse die eine oder andere Entwicklung ausgelöst haben.

Die praktische Agrarpolitik muß dann entscheiden, ob und zu welche Veränderungen sie im konkreten Falle wünscht und schließlich unter Zuhilfenahme der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik **v e r s u c h e n**, **s o l - c h e** oder ähnliche Verhältnisse zu schaffen, welche in der Vergangenheit zu eben diesen gewünschten Veränderungen geführt haben.

Freilich muß auch eine konsequent betriebene derartige Politik **n i c h t z w i n g e n d** zu den gewünschten Veränderungen führen. Noch viel weniger lassen sich der zeitliche Beginn und der Umfang derselben beeinflussen. Es ist günstigenfalls zu erwarten, daß sich auf diese Weise eine bestimmte bzw. gewünschte Entwicklung **t e n d e n z** einleiten läßt.

In der vorliegenden Untersuchung wurde eine solche Analyse der Veränderungen von Struktur, Organisation und der sozialökonomischen Funktion ausgewählter landwirtschaftlicher Betriebe vorgenommen. Darüber hinaus wurde versucht, die Ursachen der Veränderungen zu ermitteln. Dabei galt das besondere Interesse einer möglichen, standortbedingten, qualitativen und quantitativen Differenzierung von Struktur, Organisation und der sozialökonomischen Funktion der Untersuchungsbetriebe. Die Untersuchung basiert auf einer Befragung von 688 (z. T. ehemaligen) Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe über alle in ihrem Betrieb zwischen 1958 und 1966 erfolgten diesbezüglichen Veränderungen bzw. deren Ursachen. Die relativ geringe Zahl der Untersuchungsbetriebe sowie die Tatsache, daß sie ausschließlich einem vergleichsweise eng begrenztem Gebiet, nämlich insgesamt 11 aneinandergrenzenden hessischen Landkreisen entstammen, verbieten jedoch eine Übertragung der nachfolgend wiedergegebenen Untersuchungsergebnisse auf andere Gebiete.

II. Auswahlkriterien für das Untersuchungs- gebiet

Die besondere Aufgabenstellung der Untersuchung machte es notwendig ein Gebiet auszuwählen, welches sich durch stark voneinander abweichende natürliche und wirtschaftliche Standortbedingungen für die Landwirtschaft sowie durch unterschiedliche gesamtwirtschaftliche Verhältnisse auszeichnete.

Dieser Forderung wird das vorliegende Untersuchungsgebiet, welches mit der ehemaligen Provinz Oberhessen identisch ist und die 5 Kreise Alsfeld, Büdingen, Friedberg, Giessen und Lauterbach umfaßt, in hinreichendem Maße gerecht. So reichen seine westlichen Ausläufer bis in die industriellen Ballungszonen des Rhein-Main-Gebietes und des Giesse-
ner Beckens hinein.

Von hier ausgehend nimmt der Grad der industriellgewerblichen Durchmischung bis hin zur östlichen Grenze des Gebietes ständig ab. In derselben Reihenfolge vermindert sich auch die Gunst der natürlichen Voraussetzungen für die Landwirtschaft.

Anstelle der tiefgründigen Ackerböden mit günstiger Oberflächengestaltung im Westen und besonders im Südwesten des Gebietes treten im östlichen Teil die oft flachgründigen und meist hängigen Verwitterungsböden, welche nicht zuletzt wegen der hohen Niederschläge und der niedrigen Temperaturen meist als Dauergrünland genutzt werden, stärker hervor.

III. Beschreibung des Untersuchungsgebietes

1. Naturräumliche Gliederung ¹⁾

Die oben angeführten Boden- und Klimaunterschiede des Untersuchungsgebietes resultieren aus dessen Zugehörigkeit zu verschiedenen Naturräumen.

Seine westlichen, von Natur aus begünstigten Teile entfallen in der Hauptsache auf das Ronneburger Hügelland, die Wetterau und das Marburg-Giesener Lahntal.

Das Ronneburger Hügelland liegt im Nordostteil des Rhein-Main-Tieflandes. Die Oberflächengestaltung ist hügelig bis kuppig. Seine Höhenlage schwankt zwischen 150 und 250 m. Das Gebiet wird von der Kinzig zum Main hin entwässert. Auf Basalt und Buntsandstein liegend, bilden Löß und Rotliegendes meist fruchtbare Böden. Während die relativ trockenen Kuppen oft bewaldet sind, werden die feuchten Talauen meist als Dauergrünland genutzt. Im übrigen überwiegt der Ackerbau. Im Jahresdurchschnitt fallen etwa 650 - 750 mm Niederschläge. Die Jahresdurchschnittstemperaturen liegen bei 8 - 9°C.

Die Wetterau, in der sich der Oberhessische Graben nach Norden fortsetzt, bildet eine Senke, welche Taunus und Vogelsberg voreinander trennt. Im Norden findet sie in der Wetterauer Schwelle zwischen Butzbach und Giessen ihre Begrenzung. Die Höhenlage schwankt zwischen 150 und 250 m. Sie wird zum Main hin entwässert. Die wichtigsten Flüsse sind Wetter, Nidda, Nidder und Horloff. Ihre Oberfläche ist wellig bis hügelig. Der Untergrund aus Basalt, Quarzit und Grauwacke wird meist von einer Lößdecke überzogen, welche sich dank des günstigen Reliefs weitgehend erhalten hat. Sie bedingt den hier weit verbreiteten intensiven Ackerbau. So werden lediglich die Täler mit ihrem zum Teil hohen Grundwasserstand als Dauergrünland genutzt. Bezüglich des Klimas gehört die Wetterau zu den günstigsten Gebieten der Bundesrepublik. Die Jahresdurchschnittstemperaturen erreichen 8 - 9°C; die jährlichen Niederschläge 600 - 650 mm.

1) Meyen, E. u. J. Schmithüsen: Handbuch der naturräumlichen Gliederung Deutschlands, Remagen 1956 u. 1957.

Das Marburg - Giessener Lahntal, welches fast genau in Nord-Südrichtung verläuft, wird in seinem nördlichen Teil von langgestreckten, steil und stufenförmig ansteigenden Plateaus flankiert.

Seine Breite wechselt sehr. Sie schwankt zwischen wenigen 100 m im nördlichen Teil und 2 km im Giessener Becken. Die Höhenlage beträgt hier etwa 150 m. Die jungen Schwemmböden sind z. T. lehmig und z. T. sandig. Die Niederschläge schwanken zwischen 600 und 700 mm im Jahr. Die Durchschnittstemperaturen liegen bei 7 - 8°C. Der hohe Grundwasserstand und die Überschwemmungsgefahr führen zu einer weitgehenden Grünlandnutzung der Böden namentlich im Bereich des Giessener Beckens.

Zwischen diese Gebietsteile mit ihren günstigen Ertragsvoraussetzungen und den Mittelgebirgszonen mit den oft recht kärglichen Bedingungen für die Landwirtschaft schieben sich die Übergangszonen, in der Hauptsache bestehend aus dem Unteren Vogelsberg, dem Vorderen Vogelsberg und der Oberhessischen Schwelle.

Der Untere Vogelsberg umschließt den Oberwald, den zentralen, höchsten Teil des Vogelsberges, fast vollständig. Die Breite dieses Ringes schwankt zwischen 5 und 20 km. Die äußere Grenze des Unteren Vogelsberges folgt nur zum Teil dem Rande des Basaltes. Sie schließt vielmehr im Westen den Vorderen Vogelsberg aus, umfaßt jedoch im Norden noch den Buntsandsteinsockel sowie den Lauterbacher Muschelkalk - Keuper - Graben. Die Basalte bilden keine einheitliche Decke. Sie weisen vielmehr zahlreiche Durchbrüche auf.

Gerade im Westen und Süden verleihen die Ausläufer zahlreicher, vom Oberwald radial ausgehender Bachtäler dem Gebiet einen unruhigen Charakter. Unterschiedlich tief eingeschnittene Täler und z. T. mächtige Höhenrücken bestimmen hier das Bild der Landschaft. Für den Nordosten des Gebietes sind flache, wannenförmige Talmulden kennzeichnend. Die Höhenlage schwankt zwischen 250 und 500 m. Auf der Luvseite fallen bis zu 1000 mm Niederschläge, während in dem Ostteil des Gebietes, der etwas im Regenschatten des Oberwaldes liegt, nur etwa 600 mm Niederschläge fallen. Im Unteren Vogelsberg herrschen meist tiefgründige, basenreiche Basaltver-

witterungsböden vor. Ihre große Wasserhaltefähigkeit führt aber besonders in den Tälern zu Staunässe. Mit zunehmender Höhenlage zeigen sich jedoch Auswaschungserscheinungen und Bodenversauerung.

Kennzeichnend für die Landwirtschaft des Unteren Vogelsbergs ist der hohe Grünlandanteil. Er umfaßt sowohl die hängigen Bergrücken als auch die Täler. Der Waldanteil ist im Vergleich zu anderen, ähnlich gelagerten Naturräumen gering.

Der Untere Vogelsberg findet seine Fortsetzung in westlicher Richtung in dem **V o r d e r e n V o g e l s b e r g**. Dieser grenzt im Osten an den Odenwald und reicht im Westen bis an die mittlere Lahn zwischen Giessen und Marburg.

Kennzeichnend für das Gebiet ist ein allmähliches Ansteigen aus dem Lahntal gegen Osten hin. Entsprechend flach sind die Täler der Flüsse Lumda und Ohm und z. T. Wetter, welche das Gebiet entwässern.

Wichtiges bodenbildendes Ausgangsmaterial stellt der Basalt dar. Die schweren, basenreichen Böden mit großer Wasserkapazität sind von unterschiedlicher Mächtigkeit. So ist die Krume zum Gebirge hin, auf den Riedeln, dünn. Bei entsprechender Mächtigkeit erweisen sich die Böden durchaus als fruchtbar. In den Tälern kommt es jedoch nicht selten zu Staunässe und Versauerung.

Namentlich der westliche Teil des Vorderen Vogelsberges eignet sich aufgrund seiner Böden und seines Klimas für die Ackernutzung. Mit zunehmender Höhenlage gehen jedoch steigende Niederschläge sowie hängige und flachgründige Böden einher, sodaß hier Grünland- und Waldnutzung stärker hervortreten.

Die **O b e r h e s s i s c h e S c h w e l l e** bildet schließlich die nördliche Fortsetzung des Vorderen Vogelsberges. Sie trennt das Ziegenhainer Becken vom Amöneburger Becken. Als breiter Rücken überragt sie die Niederungen im Nordosten und Südwesten um fast 100 m, erreicht aber insgesamt allenfalls eine Höhe von 300 m.

Über sie verläuft von Nord nach Süd die Wasserscheide zwischen Weser

und Rhein. Aus Buntsandstein aufgebaut, zeigt das Landschaftsbild typische Züge der benachbarten Sandsteingebirge. Doch kommt auch neben Sandstein den tertiären Ablagerungen Bedeutung als bodenbildendes Material zu. Entwässert wird das Gebiet von Wohra und Schwalm sowie deren Nebenflüsse.

Die Böden sind aufgrund der geschilderten Verhältnisse äußerst vielfältig. Während die nährstoffarmen Sandböden oft bewaldet sind, werden die besseren Böden intensiver ackerbaulich genutzt. Die Voraussetzungen für die intensive Landwirtschaft sind in der Hauptsache durch das Klima bedingt.

Der noch verbleibende Teil des Untersuchungsgebietes entfällt in der Hauptsache auf den **O b e r w a l d**. In ihm kulminiert die flache Massenerhebung des Vogelsberges. Taufstein (774 m), Hoherodskopf (763 m), Siebenahorn (755 m) und Herchenhainerhöhe (733 m) bilden ein welliges Plateau, das sich stellenweise stufenförmig über den Unteren Vogelsberg erhebt.

Markante Einzelberge fehlen hier. Die Hänge sind nur im Westen steil und maximal 150 m hoch. Die radial fortziehenden Quellmulden und die strahlenförmig angeordneten Rücken steigen getrept in den Unteren Vogelsberg hinab. Die Basaltdecken, welche den Oberwald aufbauen, werden durch Basaltdurchbrüche und kleine Trappdecken gegliedert. Auf den unzerschnittenen Höhen des Oberwaldes und in den breiten Talwannen haben sich Reste einer Lößdecke erhalten. Mit Basaltverwitterungsrückständen vermischt, stellen sie das domonierende bodenbildende Material dar.

Die hohen Niederschläge (900 - 1200 mm im Jahr) führten jedoch zu Auswaschungen und Basenverarmung bzw. Versauerung der Böden. Die Jahresdurchschnittstemperaturen schwanken je nach Lage zwischen 5 und 7⁰C.

Aus alledem resultiert ein hoher Grünlandanteil. Die Äcker, in der Hauptsache zur Eigenversorgung bestimmt, liegen meist in unmittelbarer Nähe der Siedlung, wo sich die jeweils besten Böden befinden.

2. Historische Entwicklung

Das Untersuchungsgebiet, welches aus den fünf zusammenhängenden Landkreisen Alsfeld, Büdingen, Friedberg, Giessen und Lauterbach besteht, gehört zu dem Regierungsbezirk Darmstadt.

Dieser besteht aus den Gebieten des 1945 aufgelösten Volksstaates Hessen und dem bis 1968 bestehenden Regierungsbezirk Wiesbaden. Es ist identisch mit der ehemaligen Provinz Oberhessen, dessen Gebiet bis 1874 bzw. 1938 in vier weitere Landkreise, nämlich Grünberg, Nidda, Schotten und Vilbel eingeteilt war.

3. Verkehrslage und Verkehrserschließung

Das Untersuchungsgebiet wird von den wichtigen Verkehrslinien, welche das südhessische Rhein - Main - Gebiet mit dem Niedersächsischen Industriegebiet verbinden, nur flankiert.

Für den Süden bzw. Südosten des Gebietes stellt die B 40, die Straße zwischen Frankfurt und Fulda, auch teilweise die Grenze bildend, die wichtigste Verbindung für den Fernverkehr dar. Parallel hierzu verläuft die Bahnstrecke Frankfurt - Bad Hersfeld. Sie hat besondere Bedeutung für den Interzonenverkehr.

Im Westen des Gebietes, ebenfalls z. T. die Grenze bildend, verläuft die Bundesstraße 3 zwischen Frankfurt und Marburg. Parallel zu ihr führt die Bahnlinie Frankfurt - Kassel.

Die Bundesautobahn Frankfurt - Giessen - Kassel, Abschnitt Frankfurt - Alsfeld tangiert das Gebiet im Westen bzw. Nordwesten. Auf diesem etwa 100 km umfassenden Teilabschnitt der Bundesautobahn befinden sich 8 Auffahrt- bzw. Abfahrtstellen.

Die innergebietliche Verkehrserschließung ist gekennzeichnet durch eine vergleichsweise dichtes und gut ausgebautes Straßennetz. (Im Gegensatz hierzu ist das Eisenbahnnetz vergleichsweise grobmaschig; außerdem wur-

den im Rahmen der allgemeinen Rationalisierungsmaßnahmen seitens der Bundesbahn im Untersuchungsgebiet Kurzstrecken stillgelegt.)

Von den für den innergebietlichen Verkehr wichtigen Straßen sei hier zunächst die B 275 erwähnt, welche aus dem Kreise Büdingen kommend, über Gedern und Herbstein entlang dem südlichen Rand des Oberwaldes nach Lauterbach führt, um dort in die B 254 zu münden. Diese verbindet die drei, für den Nordosten des Untersuchungsgebietes wichtigen Kreisstädte Alsfeld, Lauterbach und Fulda.

Parallel zu beiden führen außerdem Bahnlinien. Eine weitere wichtige Straßenverbindung stellt die B 49 zwischen Giessen und Alsfeld dar. Das gleiche gilt für die B 457, welche von Giessen ausgehend über Lich und Hungen nach Büdingen führt und den Südwesten des Untersuchungsgebietes tangiert. Auch sie ist von einer Linie der Bundesbahn begleitet.

Schließlich seien noch zwei Bundesstraßen mit allerdings untergeordneter Bedeutung erwähnt. Im einen Fall handelt es sich um die B 276, welche von der B 49 kommend über Laubach und Schotten führt und nahe Gedern in die B 275 mündet. Von ebenfalls begrenzter Bedeutung ist die B 455, welche die Straßenverbindung zwischen Schotten und Nidda darstellt.

Schließlich sei noch die Bahnlinie Giessen, Grünberg, Alsfeld erwähnt.

Die Verbindung zwischen den einzelnen Gemeinden und den Durchgangstraßen wird durch ein verhältnismäßig dichtes Netz, teils unklassifizierter aber fast vollständig staubfreier Straßen hergestellt.

4. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Das Untersuchungsgebiet hat eine Gesamtfläche von fast 3230 qkm ¹⁾ und wurde am 6.6.1961 von 436 790 Personen bewohnt. Daraus resultiert eine Bevölkerungsdichte von 135 Einwohnern je qkm.

Im Durchschnitt des Landes Hessen lag der entsprechende Wert mit 228 erheblich darüber. Obwohl sich die Einwohnerzahl des Untersuchungsgebietes zwischen 1939 und 1961 stärker erhöhte als im Durchschnitt des Landes Hessen, ergibt ein Vergleich der Zählergebnisse von 1950 und 1961 eine Verminderung derselben um 2 %.

Einwohnerzahl, Bevölkerungsdichte und zahlmäßige Veränderungen zwischen den einzelnen Zählungen weichen jedoch innerhalb der einzelnen Landkreise des Untersuchungsgebietes erheblich voneinander ab, wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist.

1) Hess. Stat. Landesamt: Hess. Gemeindestatistik 1961, H. 1,
Wiesbaden 1964

Tabelle 1: Fläche, Einwohnerzahl und Bevölkerungsdichte in den 5 Landkreisen und im Untersuchungsgebiet, gesamt, am 6. 6. 1961 1)

Kreis	Fl. ha	Einwohnerzahl 1950	Einwohnerzahl 1961	Veränd. % 1950-1961	Veränd. % 1939-1961	Bevölker. Dichte 1961 je qkm
Alsfeld	69 319	62 455	55 173	- 12	+ 23	80
Büdingen	72 932	88 308	82 563	- 7	+ 37	113
Friedberg	57 429	138 855	152 116	+ 10	+ 57	265
Gießen	63 796	104 835	102 539	- 2	+ 48	161
Lauterbach	59 518	49 273	44 399	- 10	+ 30	75
Untersu- chungs- geb. ges.	322 994	443 726	436 790	- 2		135

1) Hess. Stat. Landesamt: Hess. Gemeindestatistik 1961, Heft 1, Wiesbaden 1964

Danach zeichnen sich die Kreise Friedberg und Giessen, bedingt durch ihre günstige Lage zu dem Rhein - Main - Gebiet und dem Giessener Ballungsraum, durch relativ hohe Bevölkerungsdichten und Zuwachsraten bzw. nur geringe Bevölkerungsverluste zwischen 1950 und 1961 aus.

Eine Zwischenstellung nimmt der Kreis Büdingen ein, der mit seinen südlichen Ausläufern an das Rhein - Main - Gebiet grenzt, während der verbleibende Teil auf den Hohen Vogelsberg entfällt.

Durch geringe Bevölkerungsdichte und relativ hohe Verluste zwischen 1950 und 1961 zeichnen sich die beiden verbleibenden, dem östlichen Teil des Untersuchungsgebietes angehörenden Kreise Alsfeld und Lauterbach aus.

Von der Wohnbevölkerung des Untersuchungsgebietes bezogen 1961 75,0 % ihren Haupt-Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit und der Rest von 25,0 % aus Renten und eigenem Vermögen der jeweiligen Ernährer. Setzt man die Zahl derer, welche ihren Haupt-Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit des Ernährers beziehen, für 1961 gleich 100 %, so ergibt sich, daß hiervon 18,6 % auf die "Land- und Forstwirtschaft" und 49,4 % auf das "Produzierende" Gewerbe entfallen. Für die verbleibenden 32 % stellen die "übrigen" Bereiche oder der Dienstleistungssektor im umfassenden Sinn die Hauptunterhaltsquelle dar.

Kennzeichnend für die Unterhaltsstruktur des Landes Hessen waren zum selben Zeitpunkt vor allem eine geringere Bedeutung der "Landwirtschaft" bzw. ein größeres Gewicht der "übrigen" Bereiche.

U n t e r s u c h u n g s g e b i e t

Landwirtschaftliche Berufszugehörige in % der
Wohnbevölkerung 1961



10 8 6 4 2 0 10 20 Kilometer

————— Regierungsbezirk

————— Landkreis

— — — — — Gemeinde

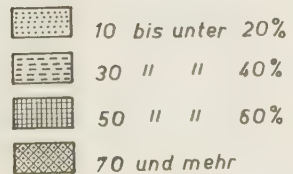
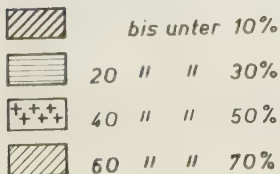


Tabelle 2: Die Wohnbevölkerung der 5 Landkreise und des Untersuchungsgebietes nach dem überwiegenden Lebensunterhalt des Ernährers am 6. 6. 1961 in % ¹⁾

Kreis	Land- u. Forstw. %	Prod. Gewerbe %	übrige Bereiche %
Alsfeld	30	40	26
Büdingen	21	51	28
Friedberg	10	49	41
Giessen	15	54	31
Lauterbach	30	46	24
Unters. Geb. ges.	18, 6	49, 4	32
Land Hessen	8	52	40

1) Hess. Stat. Landesamt: Hess. Gemeindestatistik 1961, Heft 1, Wiesbaden 1964

Wie der Tabelle zu entnehmen ist streuen die Anteile der zu den verschiedenen Wirtschaftsbereichen gehörenden Bevölkerungsteile von Kreis zu Kreis jedoch erheblich. Das gilt besonders für die Land- und Forstwirtschaft.

Während im Kreis Friedberg nur 10 % der Wohnbevölkerung aus der Land- und Forstwirtschaft ihren Hauptlebensunterhalt beziehen, trifft das in den östlichen Teilen des Untersuchungsgebietes, den Kreisen Alsfeld und Lauterbach für 30 % derselben zu.

Dazwischen liegen die Werte der Kreise Giessen (15 %) und Büdingen (21 %). Die Anteile der zum Produzierenden Gewerbe zählenden Bevölkerungsteile zeigen dagegen eine wesentlich geringere Streuung auf. Sie erreichen mit 44 % ihren geringsten Wert im Kreise Alsfeld und steigen auf 53 % im Kreise Giessen an.

Die Besetzung der "übrigen" Bereiche oder des Dienstleistungssektors

zeigten dagegen wieder eine ungleich stärkere Differenzierung. Hierzu gehörten im Kreis Lauterbach mit 24 % weniger als 1/4, im Kreis Friedberg mit 41 % aber mehr als 2/5 der Bevölkerung.

5. Im Untersuchungsgebiet beschäftigte Personen
(ohne Land- und Forstwirtschaft)

In den 5 zum Untersuchungsgebiet gehörenden Landkreisen bestanden am 6.6.1961 21 612 ¹⁾ nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten mit insgesamt 120 699 Beschäftigten.

Diese Zahlen haben jedoch keinerlei Aussagewert, da ihnen der Bezug zur Gesamtbevölkerung fehlt. Ermittelt man beispielsweise die Zahl der in dem Gebiet beschäftigten Personen je 1000 Einwohner, so ergibt sich, daß dieser Wert 1961 mit 275 Personen weit unter dem Landesdurchschnitt von 423 lag. Auch innerhalb der einzelnen Kreise ergeben sich erhebliche Abweichungen. So hat der relativ schwach bevölkerte, im Ostteil des Gebietes gelegene Kreis Lauterbach mit 315 Personen je 1000 Einwohner die h ö c h s t e Beschäftigungsquote zu verzeichnen.

Wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, folgen der Kreis Friedberg

Tabelle 3: In den 5 Kreisen und in dem Untersuchungsgebiet ges. beschäftigte Personen je 1000 Einwohner (ohne Landw. u. Forsten) 1961

Kreis	Beschäftigte je 1000 Einwohner
Alsfeld	257
Büdingen	260
Friedberg	285
Giessen	265
Lauterbach	315
Unters.-Gebiet ges.	275
Land Hessen	423

1) Hess. Stat. Landesamt; Hess. Gemeindestatistik 1961, Heft 3, Wiesbaden 1963

mit 285. Daran schließen sich die Kreise Giesse (265), Büdingen (260) und Alsfeld (257) an.

Die auffallend niedrige Beschäftigungsquote in dem Kreis Giessen bedarf jedoch noch einer Erklärung.

Während sich die Beschäftigungsquoten der Kreisstädte Alsfeld, Büdingen, Friedberg und Lauterbach in den Durchschnittswerten für die jeweiligen Kreise niederschlagen, trifft das für den Kreis Giessen nicht zu, da Giessen kreisfreie Stadt ist.

6. Pendelwanderung

Trotz dieser, z.T. nicht unerheblichen Beschäftigungsmöglichkeiten in den einzelnen Kreisen ist ein Teil der Erwerbsbevölkerung genötigt, einer Beschäftigung außerhalb des Kreises nachzugehen.

Die Anteile der Auspendler an der Erwerbsbevölkerung der einzelnen Landkreise schwanken zwischen 20 % und 50 %.

Tabelle 4: Anteile der Auspendler an der gesamten Erwerbsbevölkerung der jeweiligen Landkreise 1961 ¹⁾

Kreis	Anteile der Auspendler an der ges. Erwerbsbev. des Kreises
Alsfeld	27
Büdingen	38
Friedberg	50
Giessen	46
Lauterbach	20

1) Hess. Stat. Landesamt: Hess. Gemeindestatistik 1961, Heft 1,
Wiesbaden 1964

Wie der obigen Tabelle zu entnehmen ist, hat der Kreis Lauterbach die geringste Auspendlerquote. Dann folgen die Kreise Alsfeld, Büdingen, Giessen und Friedberg. Diese Darstellung darf jedoch nicht zu dem Schluß verleiten, als hätten die zuerst genannten, die im östlichen Teil des Gebietes liegenden Kreise mit ihrer niedrigen Auspendlerquote gute oder gar beste Erwerbsmöglichkeiten. Das trifft keinesfalls zu. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall. So haben diese Kreise gerade wegen mangelnder nichtlandwirtschaftlicher Arbeitsmöglichkeiten einen hohen Anteil zumindest nominell erwerbstätiger Personen in der Landwirtschaft. Da diese aber praktisch immer am Ort beschäftigt sind, vermindert sich der Anteil derer, welche außerhalb zur Arbeit gehen. Ein verlässlicheres Bild ergibt sich aus einem Vergleich der Gesamtzahl der nichtlandwirtschaftlichen Erwerbspersonen mit der Gesamtzahl der Auspendler. Wie aus anderen, ähnlich gelagerten Untersuchungen zu entnehmen ist, ergeben sich in teilindustrialisierten Gebieten Pendleranteile bis zu 75 %.

Die relativ hohe Auspendlerquote des Kreises Giessen erklärt sich damit, daß Giessen kreisfreie Stadt ist, sodaß die hier beschäftigten Erwerbstätigen aus dem Kreise Giessen als Pendler anzusprechen sind, obwohl die Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort in vielen Fällen sehr gering sind. Ähnliches gilt für den Kreis Friedberg, wo die Hälfte aller Erwerbspersonen außerhalb des Kreises arbeitet. Auch hier führt die günstige Lage zu den nordöstlichen Ausläufern des Rhein - Main - Gebietes dazu, daß die Pendelentfernungen in der Regel sehr gering sind.

Im Gegensatz hierzu erfordert das Pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsort in den Kreisen Alsfeld und Lauterbach sowie in den nordöstlichen Teilen des Kreises Büdingen erhebliche Aufwendungen an Zeit und Geld, da auch hier der Giessener Raum und das Rhein - Main - Gebiet die wichtigsten Zielorte sind.

7. Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft

In den 5 zum Untersuchungsgebiet gehörenden Landkreisen bestanden am

31.5.1960 ¹⁾ 25 423 landwirtschaftliche Betriebe mit einer LN von 0,01 ha und darüber. Davon hatten 78,4 % oder mehr als 3/4 eine Fläche von 10 ha und darunter. Im Durchschnitt des Landes Hessen gehört zum selben Zeitpunkt sogar 82,6 % aller landwirtschaftlichen Betriebe diesen Größenklassen an.

Auch zwischen den fünf Landkreisen schwankten diese Werte erheblich, wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist.

Tabelle 5: Zahl und Größe der landwirtschaftlichen Betriebe der fünf Landkreise sowie des Untersuchungsgebietes ges. und des Landes Hessen 1960 ²⁾

Landkreis	Zahl der Betr. ges.	Verteilung der Betriebsgrößenklasse in %					
		0,01 - 2	2 - 5	5 - 7,5	7,5 - 10	10 - 15	15 - 20
Alsfeld	4 989	21	24,5	16	12	16	7
Büdingen	5 755	26,5	24	15,4	14,8	15	3,1
Friedberg	4 288	30,5	18,5	11,4	11,3	16,2	6,5
Giessen	6 591	34,5	29,5	13	10,6	9,6	1,8
Lauterbach	3 806	15,8	27,5	16,7	12	19	8
U-Geb. ges.	25 429	26,5	25,5	14,6	11,8	14,4	4,7
Land Hessen	-	38	27	10,2	7,4	10	4,3

Als besonders kleinbetrieblich struktuiert erweisen sich dabei die Kreise Giessen und Büdingen. Hier haben 87,6 % bzw. 80,7 % der landwirtschaftlichen Betriebe eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 10 ha und d a r u n t e r . Dann folgen die Kreise Alsfeld 73,5 %, Lauterbach 72 % und Friedberg 71,7 %.

Ohne soäteren Ergebnissen vorgreifen zu wollen, kann unterstellt werden, daß es sich hierbei in der Regel um Teilerwerbsbetriebe handelt; doch auch die Betriebe mit mehr als 10 ha und insbesondere die mit 10 - 15 ha LN werden nicht ausschließlich im Vollbetrieb bewirtschaftet.

1) Hess. Stat. Landesamt: Hess. Gemeindestatistik 1960/61, Heft 4, Wiesbaden 1963

2) Hess. Stat. Landesamt: Hess. Gemeindestatistik 1960/61, Heft 4, Wiesbaden 1963

Charakteristisch für das Untersuchungsgebiet ist danach eine teilerwerbsorientierte Landwirtschaft.

8. Kultur-, Nutz- und Ackerflächenverhältnis

Die Nutzung des Bodens stellt ein Spiegelbild der natürlichen und wirtschaftlichen Standortbedingungen dar.

Auch im vorliegenden Untersuchungsgebiet wechseln beide erheblich, wie bereits mehrfach dargestellt wurde. So zeichnen sich Gebiete mit ungünstigen natürlichen Standortbedingungen durch hohe Wald- und Grünlandanteile aus, während in von Natur aus begünstigten Gebieten die Ackernutzung vorherrscht. Im Untersuchungsgebiet nimmt entsprechend der Waldanteil an der Gesamtfläche von West nach Ost zu. Er umfaßt im Mittel des Kreises Friedberg 22,2 % ¹⁾ der Gesamtfläche. Mit 32,5 % folgt der Kreis Giessen. Daran schließen sich die Kreise Büdingen (35 %), Alsfeld (36,5 %) und Lauterbach (38,5 %) an.

Setzt man die landwirtschaftliche Nutzfläche der einzelnen Landkreise gleich 100 %, so ergibt sich daß der Ackeranteil zwischen 87 % und 49 % und der Grünlandanteil zwischen 13 % und 51 % schwankt.

1) Hess. Stat. Landesamt: Hess. Gemeindestatistik 1960/61, Heft 4
Wiesbaden 1963

Wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist,

Tabelle 6: Nutz- und Ackerflächenverhältnis in den 5 Kreisen des Untersuchungsgebietes und dem Land Hessen 1960 ¹⁾

Kreis	Nutz- bzw. Ackerflächenverhältnis (%)					
	Ackerl.	Grünl.	Getr.	Hackfr.	Futter- pfl.	Sonst.
Alsfeld	55	45	68,5	23,2	7,9	0,4
Büdingen	61	39	61,5	28,5	9,3	0,7
Friedberg	87	13	56,5	32,2	11,0	0,3
Giessen	69	31	62,5	23,0	9,5	5,0
Lauterbach	49	51	69,0	23,5	6,5	1,0
Land Hessen	68	32	63	25	10,0	2,0
=====						

1) Hess. Stat. Landesamt: Hess. Gemeindestatistik 1960/61, Heft 4, Wiesbaden 1963

nimmt der Ackeranteil in der Reihenfolge (Kreis) Friedberg, Giessen, Büdingen, Alsfeld und Lauterbach ab. Die Ackeranteile des Kreises Giessen und des Landes Hessen entsprechen sich mit 69 % bzw. 68 % weitgehend. Während der Anteil des Ackerlandes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den 4 erstgenannten Kreisen überwiegt, besteht im Kreis Lauterbach mit 51 % etwas mehr als die Hälfte der LN aus Grünland.

Das Getreide nimmt in allen 5 Landkreisen den größten Anteil des Ackerlandes ein; doch streuen die Werte nicht unerheblich.

So wurden 1961 im Kreis Friedberg 56 % und im Kreis Lauterbach 69 % der Ackerfläche mit Getreide bestellt. Dazwischen liegen die Werte der verbleibenden Kreise, wie der obigen Tabelle zu entnehmen ist. Auch in diesem Fall entsprechen sich die Werte des Kreises Giessen (62,5 %) und des Landes Hessen (63 %) weitgehend.

Fast entgegengesetzt verhalten sich die Anteile der mit Hackfrucht bebauten Flächen. Sie erreichen mit 32,2 % der Ackerfläche im Kreis Friedberg fast $\frac{1}{3}$ des gesamten Ackerlandes und sinken auf 23 % oder weniger als $\frac{1}{4}$ im Kreis Giessen ab.

Im Landesdurchschnitt wurde zum selben Zeitpunkt 25 % oder $\frac{1}{4}$ der Ackerfläche mit Hackfrüchten bestellt.

Der Ackerfutterbau schließlich hat in den Kreisen mit dem geringsten Dauergrünlandanteil seine größte Ausdehnung. Er erfaßt 11 % der Ackerfläche im Kreis Friedberg und vermindert sich auf 6 % im Kreis Lauterbach. Dazwischen liegen wiederum die Kreise Giessen (9,5 %), Büdingen (9,3 %) und Alsfeld (7,9 %).

Im Mittel des Landes werden 10 % der Ackerfläche mit Futterpflanzen bestellt. Die restliche Ackerfläche wird in der Hauptsache mit Sonderkulturen bestellt.

Die o. a. Anbauverhältnisse sind Mittelwerte aus den jeweiligen Kreisen und gelten nicht uneingeschränkt für das ganze Kreisgebiet. Vielmehr weichen gerade die natürlichen Standortverhältnisse auch auf relativ kleinem Raum zum Teil erheblich voneinander ab, wie die Karte mit den Bodenklimazahlen bzw. Grünlandanteilen zeigt.

Untersuchungsgebiet

Bodenklimazahlen



10 8 6 4 2 0 10 20 Kilometer

- Regierungsbezirk
- Landkreis
- Gemeinde

	bis unter 30
	30 " " 40
	40 " " 50

	50 bis unter 60
	60 und mehr

U n t e r s u c h u n g s g e b i e t

Grünlandanteile in % der LN



10 8 6 4 2 0 10 20 Kilometer

Regierungsbezirk

Landkreis

Gemeinde



bis unter 10 %



10 " " 30 %



30 " " 50 %



50 bis unter 70 %



70 und mehr

IV. Auswahlverfahren der Untersuchungs- betriebe und Methode der Untersuchung

1. Bildung von Gemeindegruppen

Die Zahl der zu untersuchenden Betriebe mußte aus finanziellen Gründen auf 800 beschränkt werden. Die Fragestellung der Untersuchung machte es notwendig die Auswahl derselben so durchzuführen, daß sich die wichtigsten natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Untersuchungsgebiet darin widerspiegeln. Die unterschiedlichen wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinden werden durch die von der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie in Bonn erarbeiteten Gemeindetypen hinreichend genau charakterisiert. Darin werden die Gemeinden unter Berücksichtigung der Hauptunterhaltungsquellen der Bevölkerung in agrarische und agrarischindustrielle Gemeinden, in gewerbliche Gemeinden sowie in industrielle und Dienstleistungsgemeinden unterteilt. ¹⁾

1) van Deen, B. ; Mrohs, E. ; Krekeler, H. -J. : Die Gemeinden der Bundesrepublik nach der sozialökonomischen Struktur und Funktion, Bonn 1965

% der Wohnbevölkerung beziehen ihren Haupt-Lebensunterhalt aus :	Ld. u. Fw.		
	Ld. u. Fw.	Ind. /Hdw.	Dienstl.
Agr. Gemeinden	40	25	60
Agr.ind. Gemeinden	40	25 - 60	35
Gewerbl. Gemeinden	40	50	50
Ind. Gemeinden	40	50	50
Dienstl. Gemeinden	40	50	50

Auf der Basis dieser Gemeindetypen fand die Auswahl der Betriebe statt. Die erste Auswahlstufe bestand in einer Schichtung aller Gemeinden des Untersuchungsgebietes. So wurden alle agrarischen und agrarisch-indu-

Untersuchungsgebiet

Sozialökonomische Gemeindetypen



0 2 4 6 8 10 20 Kilometer

— Regierungsbezirk

— Landkreis

- - - Gemeinde

 Agrar Gemeinden

 Agrar-Industr. "

 Gewerbetr. "

 Industrie Gemeinden

 Dienstl. "

Untersuchungsgebiet

Untersuchungsgemeinden



10 8 6 4 2 0 10 20 Kilometer

- Regierungsbezirk
- Landkreis
- Gemeinde

striellen Gemeinden des Untersuchungsgebietes zu einer Gruppe unter der Beziehung "agrарische Gemeinden" zusammengefaßt. Aus den gewerblichen sowie aus den industriellen und den Dienstleistungsgemeinden wurde eine zweite Gruppe gebildet und unter der Bezeichnung "industrielle Gemeinden" zusammengefaßt. Zu der ersten Gruppe gehörten 46 % oder 194 der insgesamt 426 Gemeinden des Untersuchungsgebietes; der zweiten Gruppe gehörten 54 % oder 232 der insgesamt 426 Gemeinden an. Die Zahl der Gemeinden, aus welchen die Betriebe schließlich ausgewählt wurden, durfte im Interesse möglichst großer Untersuchungsgruppen nicht zu hoch angesetzt werden. Sie wurde deshalb auf insgesamt 60 beschränkt. Entsprechend der %-Verteilung aller 426 Gemeinden auf die o. a. Gemeindegruppen wurden aus den 194 agrарischen Gemeinden 28 (= 46 % von 60 Gemeinden) und aus den 232 industriellen Gemeinden 32 (= 54 % von 60 Gemeinden) zufällig ausgewählt.

Von diesen beiden Gruppen stellten die agrарischen Gemeinden die Gebiete mit relativ ungünstigen und die industriellen Gemeinden die Gebiete mit relativ günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen dar. Im Untersuchungsgebiet wie in weiten Teilen der Bundesrepublik fallen ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse mit ungünstigen natürlichen Standortbedingungen für die Landwirtschaft zusammen und umgekehrt.

Die jeweiligen natürlichen Standortbedingungen für die Landwirtschaft finden ihren Niederschlag in den Boden- Klimazahlen (B. K. Z.) der Gemeinden.

Dieser Wert beträgt im Mittel aller hier untersuchten agrарischen Gemeinden 38,5 und bei den industriellen Gemeinden ¹⁾ 52.

Die natürlichen Standortbedingungen für die Landwirtschaft sind demnach in letzteren weitaus günstiger als in den agrарischen Gemeinden.

Während sich die unterschiedlichen wirtschaftlichen Verhältnisse in zahlreichen Fällen als entwicklungsrelevante Größen für die Landwirtschaft erwiesen, traf das für die natürlichen Standortunterschiede nicht zu,

1) Errechnet aus den Gemeindespiegel f. Hessen der AVA, Wiesbaden 1958

Gemeindeguppen

	Zahl der Gemeinden	Ø BKZ
A) Agrarische und agrarisch industrielle Mischgemein- den = <u>agrarische Gemeinden</u>	28	u n günstige wirtschaftliche u. u n günstige natürliche Stand- ortbedingungen 38,5
I) Gewerblich-industrielle und Industrie bzw. Dienst- leistungsgemeinden = <u>industrielle Gemeinden</u>	32	günstige wirtschaftliche und günstige natürliche Standort- bedingungen 52

weshalb auf eine gesonderte Darstellung der Ergebnisse auf dieser Basis verzichtet wurde.

2. Auswahl der Untersuchungsbetriebe und Methode der Materialerhebung

Wie den Unterlagen über die Bodennutzungsvorerhebungen von 1958 beim Hessischen Statistischen Landesamt ¹⁾ in Wiesbaden zu entnehmen war, bestanden in den o. a. 60 Gemeinden 1958 4 025 landwirtschaftliche Betriebe mit einer LN von 0,5 ha und darüber ²⁾. Davon bzw. aus diesen Unterlagen wurden schließlich die 800 Betriebe zufällig ausgewählt. Von ihnen entfielen 385 auf die agrarischen und 415 auf die industriellen Gemeinden. (Eine solche Auswahl wird als zweistufige, geschichtete Zufallsauswahl bezeichnet ³⁾.)

Zielpersonen waren die Betriebsinhaber von 1958. Die Materialerhebung erfolgte mittels eines vorgefertigten Fragebogens. Gegenstand der Befragung waren alle für die Fragestellung relevanten Daten aus den Bereichen Betrieb Familie, Erwerbstätigkeit für 1958 und die bis 1966 evtl. erfolgten Veränderungen sowie deren subjektive Begründung.

Nicht in allen 800 ausgewählten Betrieben konnten jedoch Befragungen bzw. auswertbare Befragungen durchgeführt werden. So konnten 22 derselben wegen Verweigerung oder wegen unvollständiger Angaben bei der Auswertung überhaupt nicht berücksichtigt werden.

Von den verbleibenden 778 Betrieben hatten 90 nach 1958, meist im Erbgang, ihren Besitzer gewechselt. bestanden jedoch auch danach noch als selbständige Einheiten fort. Diese Tatsache machte es unmöglich, die Ausgangssituation des Betriebes 1958 und die seither erfolgten Veränderungen zu erfassen. Sie werden in der folgenden Untersuchung nur noch ausnahmsweise, etwa bei Errechnung der Auflösungsquote berücksichtigt.

1) Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden; Unveröffentlichte Unterlagen der Bodennutzungsvorerhebung von 1958

2) Hier wurden nur Betriebe mit weniger als 75 ha LN einbezogen.

3) Scheuch, E.K.: Auswahlverfahren in der emp. Sozialforschung, in Handb. der emp. Sozialforsch., Herg.: Koenig, R. Stuttgart 1967, S. 373.

Von den noch verbleibenden 688 Untersuchungsbetrieben werden wiederum nur 530 in den Teil der Untersuchung einbezogen, welcher sich mit den Veränderungen in dem Betrieb zwischen 1958 und 1966 befaßt, da die verbleibenden 158 Betriebe zwischenzeitlich aufgelöst wurden.

3. Auswertung der Untersuchungsergebnisse

Die ersten Stufen der Auswertung des so gewonnenen Materials, das Verkoden, die Übertragung der Daten auf Lochkarten und die Erstellung der Grundauszählung wurden von dem Divo-Institut in Frankfurt a. M. vorgenommen. Die späteren Programmierarbeiten wurden von Herrn Dipl. Landwirt H. -J. Krekeler, einem ehemaligen Mitarbeiter des Institutes für Agrarsoziologie in Giessen, vorgenommen. Die Rechenarbeiten wurden im Deutschen Rechenzentrum in Darmstadt durchgeführt.

In den nachfolgenden Ausführungen werden, so bald es die Fragestellung der Untersuchung erfordert und die Zahl der Fälle erlaubt, sowohl die Ausgangssituation als auch die Veränderung bzw. deren Ursachen für jede der beiden Gemeindegruppen gesondert dargestellt und miteinander verglichen; dasselbe gilt auch für die verschiedenen Betriebsgrößenklassen. Um eine zu weitgehende Aufsplitterung des Materials zu vermeiden, wurde jedoch in einigen Fällen aus den 11 Betriebsgrößenklassen die 4 nachfolgend aufgeführten Betriebsgrößengruppen gebildet:

- | | | |
|----|---------------------------|-------------------|
| 1) | Betriebe mit einer LN von | 0,5 ha - 1 ha |
| 2) | " " | 1 ha - 5 ha |
| 3) | " " | 5 ha - 15 ha |
| 4) | " " | 15 ha und darüber |

V. Entwicklungstendenzen von Landbesitz und Landbewirtschaftung

1. Auflösung von Betrieben

Die Gesamtzahl der (778) Untersuchungsbetriebe verminderte sich zwischen 1958 und 1966 durch *Auflösung* bzw. durch *Abstockung* unter die von der Statistik erfaßte Größe von 0,5 ha LN¹⁾ um 158 oder etwa 20 %. Das entsprach einer mittleren jährlichen Quote von 2,5 %.

Im Durchschnitt des Bundes betrug der entsprechende Wert (zwischen 1958 und 1966) dagegen nur 1,9 % je Jahr²⁾.

Über diese summarische Darstellung hinaus interessieren jedoch die *Größenstruktur* und ganz besonders die *räumliche Verteilung* der aufgelösten Betriebe.

a) Größenstruktur und räumliche Verteilung der aufgelösten Betriebe

Erwartungsgemäß häuften sich diese in den unteren, den zum Bereich der teilbäuerlichen Landwirtschaft gehörenden Größenklassen; doch darf man andererseits die Stabilität der mittleren und größeren Betriebe *nicht überschätzen*. So hatten allein 16 % der aufgelösten Betriebe eine LN von 7,5 ha und *darüber*.

Auf die Betriebe mit 5 - 7,5 ha LN entfielen 14 % derselben. 33 % oder jede 3. dieser Betriebe hatte eine Fläche von 2 - 5 ha.

Auf die Größenklassen mit 1 - 2 ha entfielen 22 %, während 15 % der Größenklasse mit 0,5 - 1 ha LN angehört.

Setzt man die Zahl der aufgelösten Betrieb in den einzelnen Größenklassen in Beziehung zu der Gesamtzahl der Betriebe je Größenklasse, so ergibt

1) In Anlehnung an die Untersuchung "Nebenberufliche Landbewirtschaftung in der BRD" von Werschnitzky, Fuss und Hofmann in Berichte über Landwirtschaft, 180. Sonderheft 1965 wurden hier alle Betriebe zusammengefaßt, welche zwischen 1958 und 1966 auf weniger als 0,5 ha LN abgestockt, oder von anderen Betrieben geschlossen oder in Teilen übernommen wurden.

2) Bundesministerium für ELF, Stat. Jahrb. über ELF für 1968, Hamburg 1968

sich die höchste Auflösungsquote bei den Betrieben mit 0,5 - 1 ha LN. Sie beträgt 48 % und umfaßt damit praktisch jeden zweiten Betrieb.

Mit zunehmender Betriebsgröße sinken diese Werte jedoch ab und betragen in den Größenklassen mit 10 ha LN und darüber noch 5 % bzw 7 %.

Tabelle : Größenstruktur aller (778) Untersuchungsbetriebe sowie aufgelöste Betriebe (158) in % der Gesamtzahl der (778) Untersuchungsbetriebe nach Größenklassen.

Betr. Gr.	0,5-1	1-2	2-5	5-7,5	7,5-10	10-15	15 ha	ges.
Zahl d. Betr. 1958	48	61	196	133	128	134	78	N 778
% 1958	6	8	26	17	16	17	10	100 %
1958,	100	100	100	100	100	100	100	100
davon % aufgelöst	48	37	29	17	10	5	7	20

Ähnlich wie die Betriebsgröße so erweist sich auch die sozialökonomische Struktur der jeweiligen Gemeinden als relevante Größe für die Häufigkeit von Betriebsauflösungen. Während von den auf die hier untersuchten agrarischen Gemeinden entfallenden Untersuchungsbetrieben zwischen 1958 und 1966 13 % aufgelöst wurden, traf das in den industriellen Gemeinden für 26 % oder mehr als 1/4 aller Betriebe zu.

Die Feststellung steht in Übereinstimmung mit den Ergebnissen zahlreicher anderer, ähnlich gelagerter Untersuchungen. Hier sei nur an die in Sonderheft 19 der AVA veröffentlichten Ergebnisse über die "... Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur in der hessischen Landwirtschaft ..." erinnert ¹⁾.

Danach zeichnen sich die städtisch-industriellen Ballungsgebiete sowie deren unmittelbare Einzugsbereiche, etwa mit den hier untersuchten industriellen Gemeinden vergleichbar, durch eine weit über dem Landes- oder Bun-

1) Arbeitsgemeinschaft z. Verbesserung d. Agrarstruktur: Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur i. d. Hess. Landw., AVA Sonderheft 19, Wiesbaden 1967, S. 4

durchschnitt liegende zahlenmäßige Verminderung der Betriebe aus. Mit zunehmender Entfernung von diesen nimmt die Mobilität bzw. Fluktuation ab und kehrt sich in einigen, extremen peripheren Zonen sogar in Gegenteil um.

Im Gegensatz hierzu erweisen sich wie bereits erwähnt die z. T. erheblichen Unterschiede in den natürlichen Standortbedingungen als nicht relevant für den Umfang der Auflösung. Die Faktoren Boden, Klima und Hanglage, für Organisation, Intensität und schließlich für die Rentabilität der Landwirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung haben danach offensichtlich auf die Entscheidung des Betriebsinhabers über Auflösung und Ausscheiden bzw. Beibehaltung des Betriebes und Verbleib im Beruf keinen oder keinen maßgeblichen Einfluß.

Aus den bisherigen Ausführungen resultiert im wesentlichen, daß die Auflösungsquote im umgekehrten Verhältnis zur Betriebsgröße steht und daß sie von den agrarischen zu den industriellen Gemeinden zunimmt. Das wiederum bedeutet, daß sich das Potential der relativ kleinen Betriebe ständig verbraucht, sofern es nicht durch Abstockung und Aufteilung größerer Betriebe wieder aufgefüllt wird.

b) Die Reduzierung des Potentials der Kleinbetriebe

Die Frage nach Art und Umfang möglicher gezielter Betriebsabstockungen oder Aufteilungen als Vorstufe einer späteren, vollständigen Auflösung kann aus dem vorliegenden Material heraus nicht schlüssig beantwortet werden. Das bedürfte nicht nur der Einbeziehung einer größeren Zahl von Betrieben sondern auch einer sich über einen längeren Zeitraum erstreckenden bzw. mehrere Erhebungen am selben Objekt umfassenden Panel - Studie.

Hier kann nur darauf verwiesen werden, daß die Zahl der Betriebe, bei denen sich nach Angaben der jeweiligen Inhaber die Betriebsflächen zwischen 1958 und 1966 verminderte, im Gegensatz zu der Zahl der Betriebe aufstockung vergleichsweise gering war. Die geringe Zahl der übrigens oft recht geringfügigen Abstockungen der Betriebsfläche berechtigt zumindest nicht zu der Annahme, daß sich das durch Auflösung reduzierte Potential der

kleinen Betriebe hierdurch wieder weitgehend oder vollständig auffüllen werde.

Folglich müßte sich der Prozeß der Auflösung auf immer größere Betriebe ausdehnen oder zum Stillstand kommen bzw. allmählich abklingen. Im folgenden soll untersucht werden, ob und welche Antwort auf diese Frage aus dem vorliegenden Material abgeleitet werden kann. In Ermangelung einer an sich notwendigen Panel - Befragung zum Zwecke eines mehrfachen zeitlich vertikalen Vergleiches soll ein räumlich - horizontaler Vergleich zwischen den beiden Gemeindeguppen vorgenommen werden. Wie oben bereits dargestellt wurde, betrug die Quote der Betriebsauflösungen in der Gruppe der industriellen Gemeinden ein mehrfaches des entsprechenden Wertes in den agrarischen Gemeinden. Darüberhinaus kann, wie ganz allgemein, so auch im Falle des hiesigen Gebietes unterstellt werden, daß dieser Prozeß in den stärker industriell beeinflussten Gebieten schon wesentlich früher in Gang gesetzt wurde und sich folglich bereits stärker ausgewirkt haben muß als in den noch mehr agrarisch orientierten, dezentral gelegenen Randzonen. Höhere Auflösungsquoten und längerfristige Einwirkungen dieses Prozesses in den industriellen Gemeinden müßten zur Folge haben, daß sich das Potential der Kleinbetriebe hier bereits in höherem Maß als in den agrarischen Gemeinden abgebaut hat und die Auflösung folglich bereits auf größere Betriebe übergreift.

Eine Gegenüberstellung der durchschnittlichen Größe aller zwischen 1958 und 1966 aufgelösten Betriebe für die agrarischen und industriellen Untersuchungsgemeinden bestätigt diese Auffassung zunächst jedoch nicht, wie aus der folgenden Tabelle zu ersehen ist :

Tabelle : Durchschnittliche Größe der aufgelösten Betriebe nach Gemeindeguppen (N 158)

Agrarische Gemeinden	Industrielle Gemeinden
4,8 ha	4,0 ha

Im Gegenteil ; die durchschnittliche Größe der aufgelösten Betriebe liegt in den agrarischen Gemeinden sogar um 0.8 ha über dem entsprechenden Wert der industriellen Gemeinden. Diese Darstellung bedarf allerdings der Korrektur ; und zwar bedarf es einer zusätzlichen Berücksichtigung der durchschnittlichen Ausgangsgröße aller Untersuchungsbetriebe für jede der beiden Gemeindegruppen.

Die Ermittlung beider Größen ergibt zunächst, daß die durchschnittliche Flächenausstattung aller Untersuchungsbetriebe der agrarischen Gemeinden 1958 8,1 ha betrug. Sie lag damit um $\frac{1}{3}$ über dem entsprechenden Wert der industriellen Gemeinden mit nur 6 ha.

Die Ursachen dieser nicht unerheblichen Differenz dürften aber i. d. H. historischer Natur sein und auf die namentlich im Nordosten, dem zu den Kreisen Alsfeld und Lauterbach gehörenden Teil des Untersuchungsgebietes, in dem sich auch die agrarischen Gemeinden häufen, vorherrschende geschlossene Hofübergabe zurückzuführen sein).

Um zur eigentlichen Fragestellung zurückzukehren bzw. eine Antwort darauf zu finden, ist es notwendig, den Einfluß dieser unterschiedlichen Ausgangsposition zu eliminieren. Das geschieht am besten, indem man die Durchschnittsgröße der aufgelösten Betriebe und der Gesamtzahl der Untersuchungsbetriebe für jede der beiden Gemeindegruppen gesondert betrachtet bzw. zueinander in Beziehung setzt, wie es in der folgenden Tabelle geschehen ist :

Tabelle : Verhältnis der durchschnittlichen Größe der aufgelösten Betriebe zur Durchschnittsgröße der Gesamtzahl der Untersuchungsbetriebe (1958) auf der Basis der Gemeindegruppen

agr. Gem.	ind. Gem.
Ø Gr. aller Untersuchungsbetriebe:	100 ØGr. a. Untersbetr.: 100
Ø Gr. d. aufgel. Betriebe :	59 ØGr. d. aufgel. " : 66

1) Röhm, H. : Die westdeutsche Landwirtschaft, München 1964, S. 24

Danach erreicht die durchschnittliche Größe der aufgelösten Betriebe in den agrarischen Gemeinden nur 59 % der durchschnittlichen Fläche aller in diesen Gemeinden (1958) bestehenden Betriebe, während der entsprechende Wert im Falle der hier untersuchten industriellen Gemeinden immerhin 66 % beträgt. Das darf wohl, wenn auch mit aller Vorsicht, dahingehend interpretiert werden, daß in den industriellen Gemeinden, in denen der Prozeß der Auflösung schon relativ frühzeitig einsetzte bzw. mit grössere Intensität erfolgte, bereits relativ größere Betriebe zur Auflösung kommen als in den agrarischen Gemeinden, in denen diese Entwicklung erst jüngeren Datums ist bzw. ein wesentlich geringeres Ausmaß erreicht.

c) Alternative zur Auflösung

Über die weitere diesbezügliche Entwicklung kann man jedoch nur schwerlich Voraussagen machen. So läßt sich beispielsweise die Frage, ob die durch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung induzierte s t ä n d i g e V e r k l e i n e r u n g der Betriebe (etwa bei Erreichen einer gewissen Grenzsituation) in Zukunft zu einer konsequenten A u f l ö s u n g i m m e r g r ö ß e r e r B e t r i e b s e i n h e i t e n führt, weder eindeutig bejahen noch verneinen. Es gibt Meinungen und Hinweise, die eine solche Entwicklung für wahrscheinlich halten und solche, die sie als unrealistisch ansehen. Es hat jedoch den Anschein, als würden die letzteren durch die jüngste Entwicklung zunehmend bestätigt. Hier sei nur an die in allen Teilen der BRD und darüberhinaus verbreitete und in der Ausdehnung befindliche Zuerwerbslandwirtschaft erinnert, die z. T. als Alternative zur Auflösung bzw. Aufstockung kleiner Betriebe zu verstehen ist. Im Statistischen Jahrbuch des BML für 1968 ¹⁾ werden die landwirtschaftlichen Betriebe der BRD nach ihren Erwerbscharakter in Vollerwerbsbetriebe, Zuerwerbsbetriebe und Nebenerwerbsbetriebe unterteilt. Für die verschiedenen Größenklassen ergeben sich die folgenden nachstehend aufgeführten Zahlen- bzw. %Verhältnisse :

1) Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Stat. Jahrbuch über E. L. F. , Hamburg 1968, S. 28

Tabelle: Erwerbscharakter aller landwirtschaftlichen Betriebe in der BRD (0,5 ha LN) nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche 1967 in % ¹⁾.

	0,5 - 2 ha	2 - 5 ha	5 - 10 ha	10 - 20 ha	20-50 ha	50-100 ha	100 ha u. mehr
Vollerwerbs- betriebe	4	4	30	82	89	100	100
Zuerwerbs- betriebe	7	33	45	15	10	-	-
Nebenerwerbs- betriebe	89	63	25	3	1	-	-
ges.	100	100	100	100	100	100	100

Danach werden beispielsweise in den hier besonders interessierenden Größenklassen mit 5 bis 10 bzw. 10 bis 20 ha LN 30 % bzw. 82 % als Vollerwerbsbetriebe bewirtschaftet. Die verbleibenden Betriebe der jeweiligen Größenklassen werden von den Inhabern als Teilerwerbsbetriebe (Zuerwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe) geführt.

Auflösung von Betrieben und Ausscheiden aus dem landwirtschaftlichen Beruf sind danach offensichtlich keine zwingenden Folgen einer Entwicklung, durch welche immer größere Betriebe in eine ökonomische Grenzsituation geraten. Zu diesem Schluß kommt auch die Bundesregierung in dem "Bericht über die Lage der Landwirtschaft ²⁾", demzufolge "zur Verbesserung der Einkommenssituation ... immer häufiger von der Möglichkeit des nichtlandwirtschaftlichen Zuerwerbes Gebrauch gemacht wird."

Interessant ist dabei die Feststellung, wonach das "für immer mehr Betriebe" zutrifft. Es handelt sich dabei offensichtlich nicht um eine(statischen) Zustand, sondern um einen in der Ausweitung befindlichen Prozeß.

1) Bundesministerium f. E. L. F. : Stat. Jahrb. über E. L. F., Hamburg 1968 S. 28

2) Bundesministerium f. E. L. F. : Bericht über die Lage d. Landwirtschaft, Bonn 1969, S. 20

Zu einem ähnlichen Schluß kommen auch WERSCHNITZKY, FUSS und HOFMANN in ihrer Untersuchung über "Nebenberufliche Landbewirtschaftung in der BRD." ¹⁾ Danach finden "... die teilbäuerlichen Vollexistenzen ²⁾ zunehmend an Verbreitung". RIEMANN ³⁾ weist in seiner Untersuchung über "Größe und Verbleib aufgelöster Kleinbetriebe" darauf hin, daß... "hauptberufliche Landwirte ihre Betriebe ... bisher nur selten auflösten...". Das ist auch dann der Fall, wenn diese als alleinige Unterhaltsquelle nicht mehr ausreichen und die Betriebsinhaber einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit nachgehen.

Zwar können diese wenigen Beispiele keinen Anspruch darauf erheben, die These von der sinkenden Bereitschaft zur Betriebsauflösung zu verifizieren, doch darf man sie mit aller Vorsicht dahingehend interpretieren daß unter den Inhabern mittlerer (und größerer) Betriebe derzeit eine weit verbreitete Neigung zum festhalten am Betrieb und zum Verbleib im Beruf auch dann besteht, wenn das daraus erzielte Einkommen subjektiv und objektiv unbefriedigend ist.

d) Der agrarstrukturelle Effekt der Betriebsauflösungen

Die Tatsache, daß diesem Fragekomplex in der vorliegenden Untersuchung soviel Zeit und Raum gewidmet wird erklärt sich aus seiner erheblichen praktischen Bedeutung. Hier sei nur daran erinnert, daß die Bodenmobilität und damit die Auflösung (und Abstockung) von Betrieben der eigentliche Minimumfaktor für alle Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur darstellt ⁴⁾. Es ist daher auch nicht ausreichend, sich ausschließlich auf eine Betrachtung der zahlenmäßigen Veränderungen der Betriebe zu beschränken. Die Beurteilung des daraus resultierenden agrarstrukturellen Effektes macht vielmehr die zusätzliche Ermittlung der freigesetzten Fläche notwendig, wie

1) Werschnitzky, U., Fuss, W. u. Hofmann, L.: Nebenberufliche Landbewirtschaftung in der BRD, in: Berichte über Landwirtschaft, N.F., 180. Sonderheft, 1965, S. 37 Hamburg 1965

2) ... Einkommen aus dem hauptberuflich bewirtschafteten Betrieb liegt hier "unter dem durchschnittlichen" erzielten Lohn" (Grüner Bericht) und wird durch nichtlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit ergänzt...: Ausschuß zur Verbesserung der Agrarstruktur beim BLML, GfK., Heft 9, Bonn 1957

3) Riemann, F.: Größe und Verbleib aufgelöster Kleinbetriebe, in: Berichte über Landwirtschaft? N.F. Heft 2, 1962, S. 247, Hamburg 1962

4) Griesbach, H.: Gründe zunehmender Bodenmobilität, in: ASG-Rundbrief vom 18. Jan. 1968, S. 10, Göttingen 1968

das im folgenden geschehen soll. Sie beträgt für die 158 aufgelösten Betriebe bzw. den Zeitraum zwischen 1958 und 1966 682 ha und erfaßt damit 15 % oder etwa 1/7 der 4 588 ha Gesamtfläche der 778 in die Untersuchung einbezogenen Betriebe. Setzt man diese durch Auflösung freigesetzte Fläche gleich 100 % so ergibt sich, daß den unteren Betriebsgrößenklassen trotz hoher Auflösungsquote hiervon nur ein vergleichsweise geringer Teil entstammt und umgekehrt.

Tabelle : % - Verteilung der zwischen 1958 und 1966 aufgelösten Untersuchungsbetriebe und der freigesetzten Flächen auf die verschiedenen Größenklassen in %

	0,5-1 ha	1-2 ha	2-5 ha	5-7,5 ha	7,5- 10 ha	10-15 ha	15 ha LN u. mehr	Ges.
.. % der aufgel. Betriebe hatten	15	22	33	14	8	5	3	100 % = 158 Betriebe
.. % der freige- setzten Fläche entstammten	3	7	26	20	17	13	14	100 % = 682 ha
folg. Betriebs- größenklassen								

Obwohl beispielsweise 70 % der aufgelösten Betriebe zu den Größenklassen mit 0,5 bis unter 5 ha LN zählten, lieferten dieselben nur 36 % der freigesetzten Fläche. Im Gegensatz hierzu stellten die Größenklassen mit 15 ha LN und darüber, welchen nur 3 % der aufgelösten Betriebe entstammten, 14 % der freigesetzten Flächen. Diese Ausführungen zeigen zur Genüge, wie ungenau es bei der heterogenen Größenstruktur der aufgelösten Betriebe möglicherweise sein kann, garastrukturelle Entwicklungen allein nach der zahlenmäßigen Veränderung der Betriebe zu beurteilen. Während danach von der Gesamtfläche aller in die Untersuchung einbezogenen Betriebe zwischen 1958 und 1966 durch A u f l ö s u n g 15 % freigesetzt wurden, schwankten die entsprechenden Werte zwischen 11 % für die agrarischen und 22 % für die industriellen Gemeinden.

Für die Aufstockung landwirtschaftlicher Betriebe steht jedoch aufgrund anderweitiger Beanspruchung nur ein Teil davon zu Verfügung. Hier sei sowohl an die Möglichkeit der Beibehaltung eines Teiles der Fläche zwecks Schaffung ländlicher Heimstätten (0,5 ha LN) als auch an die Verwendung für bauliche Maßnahmen erinnert.

Nur wenige der Befragten konnten quantitative Angaben sowohl über den landwirtschaftlichen als auch den nichtlandwirtschaftlichen Bodenmarkt bzw. Bedarf in ihrer Gemeinde machen. Man wird jedoch kaum fehl gehen, wenn man unterstellt, daß die durch Auflösung freigesetzten, aber nicht für Betriebsaufstockungen verfügbaren Flächen bevorzugt als ländliche Heimstätten genutzt werden bzw. brach liegen. Während die durch die noch zu beschreibende Betriebsaufstockung freigesetzten aber nicht für Aufstockungszwecke verfügbaren Flächen meist für private und öffentliche Baumaßnahmen Verwendung gefunden haben bzw. finden.

Für diese Annahme spricht die Tatsache, daß Betriebsaufstockungen praktisch in allen Größenklassen vorkommen und daß sie oft nur von geringem Umfang sind.

Mit großer Wahrscheinlichkeit handelt es sich hierbei häufig um erzwungene bzw. erduldete und weniger um aktiv angestrebte Veränderungen. Daß der Verbleib eines Teiles der Flächen aufgelöster Betriebe in ländlichen Heimstätten ganz allgemein keine vage Vermutung sondern eine Realität ist, wird beispielsweise durch die bereits erwähnten Untersuchung von WERSCHNITZKY, FUSS und HOFMANN über "...Nebenberufliche Landbewirtschaftung in der Bundesrepublik ..." ¹⁾ bestätigt.

Danach bestehen etwa die Hälfte der insgesamt 1958 dort aufgelösten Untersuchungsbetriebe als ländliche Heimstätten mit geringfügigem Landbesitz (0,5 ha LN) fort. Da "zahlreiche Familien die unmittelbare Verbindung

1) Werschnitzky, U., Fuss, W. und Hofmann, L.: Nebenberufliche Landbewirtschaftung in der BRD, in: Berichte über Landwirtschaft, N.F., 180. Sonderheft. 1965, S. 37. Hamburg 1965

mit dem Lande beibehalten wollen, kommt es zu einer starken zahlenmäßigen Zunahme dieser Kleinstellen ... " ¹⁾). Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch von BABO und GERNER ²⁾ . (Siehe dazu außerdem ³⁾).

Wie dem statistischen Jahrbuch der BRD für 1962 ⁴⁾ zu entnehmen ist, hat sich die Zahl der "landwirtschaftlichen Betriebe" mit einer LN von 0,01 - 0,5 ha zwischen 1949 und 1960 im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) von 67 511 auf 82 058 oder um 21 % erhöht.

Die zugehörige Fläche betrug 1949 21 700 ha. Sie hatte sich bis 1960 um 9 % oder auf 23 700 ha vergrößert und umfaßt damit 0,18 % der LN der Bundesrepublik (ohne Saarland und Berlin) (1949 = 0,16 %).

Für das Untersuchungsgebiet bzw. die beiden Gemeindegruppen liegen entsprechende Unterlagen aus denen man Aufschluß über die Verbreitung ländlicher Heimstätten erhalten könnte, n i c h t vor. Es besteht jedoch kein Anlaß zu der Annahme, daß sie innerhalb desselben weniger häufig vorkommen als im Bundesgebiet.

e) Landbeanspruchung für nichtlandwirtschaftliche Zwecke

Während einer Präferenz der einen oder anderen Gemeindegruppe bzw. ganz allgemein des Standortes bei der Schaffung bzw. Erhaltung landwirtschaftlicher Heimstätten w e d e r für das vorliegende Untersuchungsgebiet n o c h für das Bundesgebiet insgesamt feststellbar war, dürfte der Landbedarf für n i c h t landwirtschaftliche Zwecke in den hier untersuchten industriellen Gemeinden größer sein als in den agrarischen Gemeinden.

Daß das auch darüber hinaus in anderen Teilen des Bundesgebietes zutrifft, ist beispielsweise der Untersuchung von RIEMANN ⁵⁾ über ... "Größe und Verbleib aufgelöster Kleinbetriebe" zu entnehmen. Danach haben die städtisch-industriellen Ballungszonen und deren unmittelbare Einflußbereiche

1) Werschnitzky, U. Fuss, W. und Hofmann, L.: Nebenberufliche Landbewirtschaftung ... a.O. S. 45

2) Babo, von, Gerner: Agrarstrukturelle Rahmenplanung ... in: Schriftreihe d.G.F.K., Bonn, Heft 16

3) Kötter, H.: Landbevölkerung im sozialen Wandel, Düsseldorf 1958, S. 151

4) Stat. Bundesamt: Statistisches Jahrbuch für die BRD, Stuttgart 1962, S. 165

5) Riemann, F.: Größe und Verbleib a.a.O., S. 257

eine rege Bautätigkeit aufzuweisen und folglich auch einen großen Baulandbedarf. Auch hier wird darauf verwiesen, daß das in stärker agrarisch orientierten Gebieten in viel geringerem Maße der Fall ist. Angaben über den Umfang des Landbedarfes werden dabei jedoch nicht gemacht.

Dagegen liegen Zahlenangaben über die Landbeanspruchung für nichtlandwirtschaftliche Zwecke für das gesamte Bundesgebiet vor. Jedoch umfassen diese auch Wald, Moor, Heide, Unland und Gewässer bzw. "... den gesamten Verlust an freier Landschaft." ¹⁾ Demzufolge werden in der Bundesrepublik "... t ä g l i c h ungefähr 70 ha LN Wald, Moor Wiese oder Feld durch technische, wirtschaftliche und bauliche Maßnahmen Vernichtet" ¹⁾. Umgerechnet auf ein Jahr resultiert daraus ein Bedarf von etwa 26 000 ha oder 0,1 % der gesamten Fläche des Bundesgebietes. (Siehe dazu auch ... ²⁾).

Allein im Lande Hessen verminderte sich die landwirtschaftliche Nutzfläche 1969 täglich um 8 ha oder um fast 3 000 ha im Jahr. ³⁾ "Diese Flächen wurden hauptsächlich als Bauland oder Verkehrsfläche benötigt." ⁴⁾ Aus dem vorliegenden Material läßt sich nicht ableiten, ob es gerechtfertigt ist, diese Verminderungsrate von etwa 0,3 % j ä h r l i c h auch auf das vorliegende Untersuchungsgebiet bzw. Teile desselben zu übertragen, oder ob diese hier niedriger bzw. höher liegt. Angesichts der ständigen Überschussituation auf den Agrarmärkten könnte man diese Situation bzw. Entwicklung jedoch begrüßen, wenn auch fraglich ist, ob sie zu einer spürbaren Entlastung derselben beizutragen vermag. ⁵⁾ Aus der Sicht des einzelnen aufstockungswilligen Landwirtes dürfte diese zusätzliche Landnachfrage jedoch nicht selten eine empfindliche Einschränkung des verfügbaren Bodens bedeuten. Hinzu kommt daß der nichtlandwirtschaftliche Bodenmarkt in zunehmendem Maße auch die Kaufpreise für landwirtschaftliche Grundstücke beeinflusst, bzw. in die Höhe treibt. (Siehe dazu ... ⁶⁾⁷⁾)

1) Buchwald, K., Lunholdt, W. und K. Meyer, in: Beiträge zur Landpflege Bd. 1, Stuttgart 1963 S. 28 und 29

2) Röhm, H.: Die westdeutsche Landschaft München 1964, S. 47

3) DLG-Mitteilungen vom 2.10.1969, S. 1264

4) Kötter, H.: Entwicklungstendenz der Struktur landwirtschaftlicher Betriebe, in: Hausmitteilungen über Landwirtschaft der EWG-Kommission, Nr. 20, Brüssel 1967

5) B. M. L.: Die Verbesserung der Agrarstruktur i. d. BRD, Bonn 1968, S. 133

6) Randow, von: Kauf- u. Pachtpreise landwirtschaftlicher Grundstücke in Industrieländern, in: Schriftenreihe der GfK, H. 10, Bonn 1965, S. 291

f) Ausreichende oder unzureichende Bodenmobilität

Die letztlich interessierende Frage, ob bzw. wann und wo die Bodenmobilität bzw. die Möglichkeiten zur Betriebsvergrößerung ausreichend sind, kann mittels objektiver Kriterien nicht beantwortet werden. Das wäre auch dann nicht möglich, wenn außer der örtlichen Betriebsgrößenstruktur und der notwendigen Mindestgröße (bzw. der Soll- oder Richtbetriebsgröße) der Umfang der für Aufstockungszwecke verfügbaren Fläche genau bekannt wäre.

Die Beurteilung der Bodenmobilität bzw. die Beantwortung dieser Frage setzt die Gegenüberstellung der konkreten Aufstockungswünsche der Landwirte mit dem örtlichen Landangebot für solche Zwecke voraus. Dabei besteht sowohl die Möglichkeit eines ausgeglichenen Bodenmarktes als auch eines Angebots- bzw. Nachfrageüberhangs bzw. einer Immobilität. Ein möglicher Angebots-Überhang findet seinen äußeren Niederschlag in der Brachlandbildung. Sie berührt aber nicht so sehr die Interessen der Landwirte als vielmehr die der Öffentlichkeit, welche sich in einem solchen Falle um die Erhaltung der Kulturlandschaft, etwa durch Schaffung einer zusätzlichen Bodennachfrage (Errichtung von Neusiedlungsbetrieben) bemühen muß. (Siehe dazu ¹⁾²⁾). Auch dieser gesamte Fragenkomplex ist hier von Interesse.

Ob, wo und welche diesbezüglichen Verhältnisse im Untersuchungsgebiet zur Zeit der Befragung herrschten, soll bzw. kann jedoch erst im letzten Teil der Untersuchung, mittels einer Analyse der Antworten auf die Fragen über Auflösungs- Auf- und Abstockungsabsichten sowie über Brachlandbildung sowie über Pacht- und Kaufpreise beurteilt werden.

g) Art der Veräußerung

Nicht minder wichtig als Auflösungsquote und Umfang der freigesetzten Fläche ist die Kenntnis der Art ihrer Veräußerung. Zu deren Ermittlung wurden den ehemaligen Inhabern der inzwischen aufgelösten Betriebe vier

1) Kötter, H.: Landbevölkerung im sozialen Wandel, Düsseldorf 1958 S. 151.

2) Thimm, H. U.: Funktionswandel der Landwirtschaft, in Agrarwirtschaft. H. 8 Hannover 1966, S. 263

Antwortalternativen vorgegeben. Die Frage lautete: Haben Sie ihren Betrieb vererbt - verkauft - verpachtet - oder wie haben Sie ihn veräußert? Die Antworten auf diese Frage werden in der nachfolgenden Tabelle wiedergegeben. Danach hat die Veräußerung auf dem Wege der Pacht mit Abstand die größte Verbreitung. Sie umfaßt mit 50 % genau die Hälfte der freigesetzten Fläche. Hierauf folgt, wenn auch nur mit 28 %, der Anteil der auf dem Erbwege freigesetzten bzw. veräußerten Fläche. Der Verkauf, mit Abstand die einschneidendste Maßnahme, hat dagegen mit 10 % der Fläche nur untergeordnete Bedeutung. Auf die vierte und letzte Kategorie, nämlich sonstiges, entfällt mit 12 % ebenfalls nur ein vergleichsweise geringer Teil der freigesetzten Fläche. Obwohl diese Untersuchung, wie anfangs ausdrücklich betont wurde, keinen Anspruch auf Verallgemeinerung der Ergebnisse erheben kann und will, bestätigt sie, wie schon mehrfach so auch jetzt, zumindest in qualitativer Hinsicht die Ergebnisse anderer ähnlich gelagerter Untersuchungen. So spricht KÖTTER¹⁾ von dem "...weniger durch Verkauf als durch Verpachtung freiwerdenden Land."

RIEMANN²⁾ berichtet in seiner Untersuchung über "Größe und Verbleib aufgelöster Kleinbetriebe" ebenfalls von einem Zurücktreten des Verkaufes hinter anderen Arten der Bodenveräußerung. Innerhalb der einzelnen Gemeindegruppen zeigt sich hinsichtlich der verschiedenen Arten der Veräußerung zwar eine ähnliche Tendenz wie im Durchschnitt aller Gemeinden, doch weichen die %-Anteile hiervon z. T. nicht unerheblich ab, wie der Tabelle außerdem zu entnehmen ist.

Tabelle : Art der Veräußerung der durch Betriebsauflösung zwischen 1958 und 1966 freigesetzten Flächen (682 ha) gesamt und nach Gemeindegruppen (in %)

Art d. Veräußerung:	verpachtet	vererbt	verkauft	sonstiges	gesamt
Gesamt	50	28	10	12	100
Agrar. Gemeinde	65	0	21	14	100
Industr. - Gemeinde	45	40	6	9	100

1) Kötter, H. : Landbevölkerung im sozialen Wandel, a.a.O., S. 153

2) Riemann, F. : Größe und Verbleib aufgelöster Kleinbetriebe, a.a.O., S. 270

So wurden in den hier untersuchten agrarischen Gemeinden nicht weniger als 65 % oder fast $\frac{2}{3}$ der durch Auflösung freigesetzten Flächen *verpachtet*. In den industriellen Gemeinden erreichte dieser Anteil dagegen nur 45 %. Den größten Schwankungen unterlagen die Anteile der durch *Vererbung* freigesetzten Flächen. Sie streuten zwischen 0 % in den agrarischen und 40 % in den industriellen Gemeinden. *Verkauft* wurden in den agrarischen Gemeinden 21 % und in den industriellen Gemeinden 6 % der freigesetzten LN. Der Rest von 14 % (agr. Gemeinden) bzw. 9 % (ind. Gemeinden) entfiel auf *sonstige* Arten der Veräußerung. Hierzu zählt *auch* die Rückgabe von Pachtländereien.

Eine Beziehung zwischen Betriebsgröße und Art der Veräußerung konnte hier nicht festgestellt werden. Es ist aber durchaus denkbar, daß ein solcher Zusammenhang grundsätzlich besteht. So könnten kleinere Landbesitzer eher zum *Verkauf* neigen, während die Eigentümer größerer Betriebe möglicherweise die Auflösung mittels *Verpachtung* vorziehen, um sich die spätere Möglichkeit zur Neugründung eines Betriebes, welche hier zumindest theoretisch besteht, nicht grundsätzlich zu verschließen. Die Ursachen der unterschiedlichen Verbreitung der verschiedenen Arten der Veräußerung zwischen den beiden Gemeindegruppen lassen sich im derzeitigen Stadium der Untersuchung nur unvollständig interpretieren.

So setzt die Beantwortung der Frage, ob die relativ geringe Verbreitung der Land *verpachtung* in den industriellen Gemeinden auf eine mangelnde Bereitschaft zur Verpachtung bei den Landbesitzern oder auf mangelndes Interesse an der Anpachtung von Grundstücken durch andere Landwirte zurückzuführen ist, die zusätzliche Berücksichtigung der Gründe und Motive für die Veränderungen voraus.

Diese aber ist erst Gegenstand des letzten Teils der Untersuchung.

Die Tatsache, daß in den industriellen Gemeinden ein geringerer Anteil der freigesetzten Fläche verkauft wurde als in den agrarischen Gemeinden, läßt sich möglicherweise damit erklären, daß man hier trotz der allgemein hohen Bodenpreise auf weitere Wertsteigerungen hofft und das Eigentum an Land deshalb auch nach der Betriebsauflösung weiter beibehält. Jedoch gilt auch hier, daß die vergleichsweise schmale Basis, welche gerade diesen Ergebnissen zugrunde liegt, eine erhebliche Unsicherheit in die Ergebnisse bringt. Unberührt von möglichen Zufälligkeiten bleibt jedoch die Fest-

stellung, daß hier wie auch über den Rahmen dieser Untersuchung hinaus mit Auflösung von Betrieben nur ausnahmsweise der Verkauf von Grund und Boden einhergeht.

Diese weitverbreitete Neigung zum Festhalten am Bodeneigentum, sicher weniger eine Folge der landwirtschaftlichen als der außerlandwirtschaftlichen Grundrentenerwartung, findet ihren Niederschlag beispielsweise in dem geringen Erfolg der staatlichen gelenkten Maßnahmen zur Erhöhung der Bodenmobilität und insbesondere der Verkäufe.

So wurden "... seit Beginn der Förderungsmaßnahmen zur freiwilligen Landabgabe im Jahre 1965 bis Ende 1968 nach den Richtlinien des B. M. L. mit insgesamt 19,5 Mill. DM gerade 2 447 ha Land gewonnen...". "Der Aufwand je ha betrug danach im Durchschnitt fast 8 000,- DM zuzüglich der Verwaltungskosten." ¹⁾

"Im vergangenen Jahr konnten sogar mit Einsatz von fast 4 Mill DM nur 417 ha erworben werden." ²⁾

Die daraus resultierenden Aufwendungen je ha betrugen etwa 10 000,- DM und lagen damit um 2 000,- DM oder 1/4 über denen der Periode zwischen 1965 - 1968.

Die staatliche Intervention auf dem Bodenmarkt induziert eine zusätzliche Nachfrage und führt damit zu einer weiteren Erhöhung der Preise.

Die Grundeigentümer ihrerseits reagieren darauf jedoch nicht mit einem verstärkten Angebot sondern eher mit einer weiteren Zurückhaltung in Erwartung noch günstigerer Verkaufsmöglichkeiten.

Auch nach HOFMANN ³⁾ führt die anhaltende Steigerung der Bodenpreise ... zu spekulativer Zurückhaltung des so - begehrten Verkaufsgutes ... Boden."

Da die landwirtschaftliche Nutzung jedoch nicht zwingend ein Eigentum an den Wirtschaftsflächen voraussetzt, kann sie den hohen Bodenpreisen im Rahmen der verfügbaren Pachtländereien ausweichen.

1) Agrarsoziale Gesellschaft, Göttingen, Rundbrief v. 24.3.69, S. 53

2) Agrarsoziale Gesellschaft, Göttingen, Rundbrief v. 24.3.69, S. 53

3) Hofmann, W.: in: Bodenordnung?, Stuttgart 1969, S. 17 (Hrsg.) von Schreiber F.

Eine zukunftsweisende Agrarpolitik wird deshalb verstärkte Bemühungen zur Ausweitung des Pachtlandangebotes machen müssen. Diese dürften zumindest insofern erfolversprechender sein, als hier mangels außerlandwirtschaftlicher Konkurrenz bzw. wegen der Orientierung der Preise an der Rentabilität der Landwirtschaft ein Zurückhalten seitens der potentiellen Verpächter diesen kaum wirtschaftliche Vorteile bringen dürfte.

h) Bisherige sozialökonomische Funktion der aufgelösten Betriebe

Zu Beginn dieser Ausführung wurde bereits darauf verwiesen, daß die Mehrzahl der hier untersuchten bzw. aufgelösten Betriebe dem Bereich der teilbäuerlichen Landwirtschaft angehört. In den nachfolgenden Ausführungen soll diese Feststellung weiter konkretisiert werden. Dazu bedarf es außer der Fläche als Maßstab für das landwirtschaftliche Einkommenspotential der zusätzlichen Berücksichtigung weiterer, relevanter Merkmale wie Einkommen aus nichtlandwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit und aus Renten.

Zur Ermittlung des landwirtschaftlichen Einkommenspotentials wurde zunächst für jede der Untersuchungsgemeinden die Mindestbetriebsgröße¹⁾ nach KÜTTNER²⁾ ermittelt. Die Anlehnung an diese Untersuchung scheint insofern gerechtfertigt, als das vorliegende Untersuchungsgebiet Teil des von KÜTTNER bearbeiteten Raumes ist. Da in dieser Untersuchung ein Vergleichseinkommen von 6 000,- DM je AK und Jahr unterstellt wurde, dasselbe aber 1958, dem hier interessierenden Zeitpunkt, nur 4 500,- DM³⁾ betrug, wurden die von KÜTTNER ermittelten Mindestbetriebsgrößen um denselben Wert, nämlich um 25 %, reduziert.

Anschließend wurde das Mittel der Mindestbetriebsgrößen für jede der beiden Gemeindegruppen errechnet und die Betriebe sowohl der agrarischen als auch der industriellen Gemeinden in folgende Klassen unterteilt :

Betriebe mit weniger als	50 % der Mindestgröße ;
Betriebe mit 50 % bis unter	100 % der Mindestgröße ;
Betriebe mit der vollen Mindestgröße und darüber.	

1) Ausschuß zur Verbesserung der Agrarstruktur, in: Schriftenreihe der G. F. K., Bonn, Heft 9, S. 25 - 30, 1957

2) Küttner, H.: Material zur regionalen Wirtschaftsentwicklung ..., Bonn 1965, S. 142

3) B. M. L.: Grüner Bericht 1964, S. 75

Die so ermittelte Mindestgröße für einen landwirtschaftlichen Betrieb mit 2¹⁾ AK und einem Vergleichslohn von 4 500,- DM je AK lag 1958 bei 12,5 ha im Mittel der hier untersuchten agrarischen Gemeinden und bei 10,5 ha in den von Natur aus meist begünstigten industriellen Gemeinden. Von den aufgelösten Betrieben hatten 1958 lediglich 8 % eine LN, die der vollen Mindestgröße entsprach bzw. darüber lag. Weitere 21 % verfügten über eine Fläche mit 50 % bis unter 100 % der Mindestgröße, während 71 % derselben eine Fläche von weniger als 50 % derselben bewirtschafteten. Zwischen den beiden Gemeindegruppen zeigen sich zunächst Abweichungen derart (Tabelle nächste Seite), daß der Anteil der Betriebe mit einer Fläche von 50 % der Mindestgröße und darüber in den agrarischen Gemeinden geringer war als in den industriellen Gemeinden. Im Gegensatz hierzu lag der Anteil der Betriebe mit weniger als 50 % der Mindestgröße in den agrarischen Gemeinden ü b e r den industriellen Gemeinden.

Die Anteile der Betriebe mit 100 % der Mindestgröße und darüber entsprachen sich dagegen in den beiden Gruppen weitgehend. Allerdings hat sich die Zahl der Fälle durch die zusätzliche Aufteilung stark reduziert, sodaß die daraus abgeleiteten Ergebnisse bzw. Unterschiede ein erhebliches Unsicherheitsmoment beinhalten. Sieht man hiervon ab, so würden sich die Ergebnisse mit der oben bereits gemachten Feststellung decken, wonach in den industriellen Gemeinden relativ größere Betriebe aufgelöst wurden als in den agrarischen Gemeinden.

Diese Unterteilung der Betriebe nach ihrem landwirtschaftlichen Einkommenspotential geschieht nach o b j e k t i v e n K r i t e r i e n. Sie schließt nicht aus daß die tatsächlichen Einkommen aus den jeweiligen Betrieben hiervon aufgrund besonderer Umstände wie etwa der unterschiedlichen Fähigkeit der Betriebsleiter sowohl nach oben als auch nach unten abweichen bzw. daß in einem Fall ein gegebenes Einkommen als ausreichend und im anderen Fall als unzureichend angesehen und u. U. durch zusätzliche Erwerbstätigkeit ergänzt wird.

1) siehe dazu: Kötter, H.: Landbevölkerung im sozialen Wandel, Düsseldorf 1958, S. 111

Tabelle : Betriebe mit weniger als 50 % der Mindestgröße
 Betriebe mit 50 % bis unter 100 % sowie Betriebe mit 100 % der
 Mindestgröße und darüber 1958, gesamt und nach Gemeindegrup-
 pen in % (N 158)

	gesamt (N 158)			agr. Gemeinden (N 52)				ind. Gemeinden (N 106)		
	50 % ¹⁾	50 u. 100 ¹⁾	100 u. 100 ¹⁾ mehr	50 % ¹⁾	50 u. 100 ¹⁾	100 u. 100 ¹⁾ mehr	50 % ¹⁾	50-u. 100 ¹⁾	100 u. 100 ¹⁾ mehr	
1958										
Zahl abs.	115	32	11	39	9	4	76	23	7	
%	71	21	8	75	17	8	71	22	7	

1) % der Mindestgröße (1958)

So beschränkt sich diese zusätzliche Erwerbstätigkeit des Betriebsleiters¹⁾ auch nicht auf Teilerwerbsbetriebe, wie sie andererseits auch nicht in allen diesen vorkam²⁾. 1958 übten beispielsweise 4 der insgesamt 11 Betriebsleiter, deren Betriebe bei Auflösung eine Fläche hatten, welche der vollen Mindestgröße entsprach bzw. darüber lagen, eine solche Tätigkeit aus. Auffallend war dabei, daß diese ausschließlich den industriellen Gemeinden angehörten.

Von den 32 Befragten, deren Betriebe bei Auflösung eine Fläche zwischen 50 % und unter 100 % der Mindestgröße bewirtschafteten, gingen zu diesem Zeitpunkt 21 oder 66 % einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit nach. Jedoch traf das nicht in gleichem Maße für beide Gemeindegruppen zu ; vielmehr lag der entsprechende Wert in den Betrieben der industriellen Gemeinden weit ü b e r und in den agrarischen Gemeinden entsprechend u n t e r dem Durchschnitt. Hier stellt sich die Frage nach dem Lebensunterhalt der ehemaligen Betriebsleiter ohne eine solche Tätigkeit n a c h Auflösung der Betriebe. Da die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit meist vor, selten gleichzeitig mit und praktisch nie nach Auflösung des Betriebes erfolgte, liegt es nahe, daß die Aufgabe des Betriebes hier im Zusammenhang mit dem Bezug der landwirtschaftlichen Altershilfe steht. Da der Bezug derselben die Abgabe des Betriebes zur Voraussetzung hat, können solche Befragte zum Zeitpunkt der Auflösung zwangsläufig n i c h t als Bezieher von Renten erscheinen. Ob, wo und in welchem Ausmaß das zutrifft, kann jedoch erst später dargestellt werden.

Die Gruppe der 115 noch verbleibenden Betriebe (50 % der Mindestgröße) umfaßt solche von Erwerbstätigen, Rentnern, Witwen etc. und in einigen Fällen auch solche, deren Inhaber k e i n e zusätzliche Erwerbstätigkeit ausübt, bzw. Renten bezieht (potentielle Bezieher von landwirtschaftlicher Altershilfe). Einer Erwerbstätigkeit gingen 52 % oder etwas mehr als die Hälfte der Betriebsinhaber nach, während 40 % Rentner und Witwen waren

1) Grundsätzlich wurden auch die Bezieher von Renten hierzu gezählt, doch kamen solche in Betrieben mit 50 % der Mindestgröße und d a r ü b e r nicht vor.

2) Hier wurde in Anlehnung an Werschnitzky, Fuss u. Hofmann (Berichte ü. Landwirtschaft, 180. Sonderh., S. 13) u m die zusätzliche Erwerbstätigkeit des Betriebsl. berücksichtigt, da Einkommen aus einer solchen Tätigkeit der anderen Familienmitglieder nicht oder nicht immer dem Familienbudget zufließen.

und der Rest von 8 % weder eine Erwerbstätigkeit ausübte noch eine Rente bezog. In den industriellen Gemeinden waren die Anteile der von Erwerbstätigen und Rentnern geführten Betriebe und in den agrarischen Gemeinden die der verbleibenden beiden Gruppen (Betriebe von Witwen, Ehefrauen etc. sowie Betriebsinhaber o h n e zusätzliche Erwerbstätigkeit und Renten) überdurchschnittlich verbreitet.

Unter Berücksichtigung aller o. a. Kriterien soll anschließend die sozial-ökonomische Funktion der aufgelösten Betriebe 1958 ermittelt und tabellarisch dargestellt werden. Dabei soll die Anlehnung an die diesbezüglichen Empfehlungen des Ausschusses zur Verbesserung der Agrarstruktur ¹⁾ folgende Unterteilung vorgenommen werden :

I Vollerwerbsbetriebe

- a) ohne zusätzliche Erwerbstätigkeit bzw. Rentenbezüge
- b) mit zusätzlicher Erwerbstätigkeit bzw. Rentenbezüge

II Haupterwerbsbetriebe

- a) ohne zusätzliche Erwerbstätigkeit bzw. Rentenbezüge
(Untergrenzbetriebe)
- b) mit zusätzlicher Erwerbstätigkeit bzw. Rentenbezüge
(Teilbäuerliche Vollexistenzen)

1) Ausschuß zur Verbesserung der Agrarstruktur, in: Schriftenreihe
G. F. K. a. a. o. . S. 25 - 30

III Nebenerwerbsbetriebe davon von Rentnern, Witwen etc.¹⁾ geführt.

Zu der Gruppe der Vollerwerbsbetriebe gehören alle, welche die jeweilige Mindestgröße erreichen bzw. überschreiten. Dabei wurden eine zusätzliche Unterteilung vorgenommen in solche, deren Inhaber über eine zusätzliche Einkommensquelle aus Erwerbstätigkeit oder Rente verfügen und in solche, für welche das nicht zutrifft. Den Haupterwerbsbetrieben wurden alle jene zugeordnet, welche eine Fläche von 50 % - unter 100 % der Mindestgröße umfaßten. Wurde von dem Betriebsinhaber darüber hinaus eine zusätzliche Erwerbstätigkeit ausgeübt oder bezog dieser ein zusätzliches Einkommen aus Renten, so zählte er zu den teilbäuerlichen Vollexistenzen. Im Gegensatz hierzu wurden alle, welche ausschließlich Einkünfte aus ihrem landwirtschaftlichen Betrieb bezogen als Untergrenzbetriebe bezeichnet. Die Gruppe der Nebenerwerbsbetriebe schließlich umfaßte alle, welche eine Fläche von weniger als 50 % Mindestgröße bewirtschafteten. Ihre Inhaber beziehen zum überwiegenden Teil Einkommen aus zusätzlicher Tätigkeit bzw. aus Renten.²⁾ Sie umfaßt neben selbständigen und unselbständigen Erwerbstätigkeit auch die Gruppe der Rentner und der Witwen und Ehefrauen, Schwerbeschädigten und Hinterbliebenen. (Hierzu kommen einige Betriebsinhaber, welche keine Erwerbstätigkeit ausüben und keine Renten beziehen.)

Die jährliche Dauer der Erwerbstätigkeit als weiteres Unterteilungskriterium konnte hier vernachlässigt werden, da diesselbe fast ausschließlich ganzjährig ausgeübt wurde. Während sich die überragende Mehrzahl der 158 aufgelösten Betriebe zweifelsfrei in die o. a. Gruppen einteilen ließen, bedurfte es in einigen Fällen der zusätzlichen Berücksichtigung hierfür relevanter Kriterien.

Das Ergebnis dieser Klassifizierung ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

-
- 1) Betriebe von Witwen, Ehefrauen, Hinterbliebene und Schwerbeschädigte
 - 2) Als oberstes Einteilungskriterium wurde hier die Betriebsgröße gezählt; Betriebe mit weniger als 50 % der Mindestgröße wurden grundsätzlich als Nebenerwerbsbetriebe bezeichnet. Das traf auch dann zu, wenn ihre Inhaber ausnahmsweise keine Erwerbstätigkeit ausübten bzw. Renten bezogen.

Tabelle: Sozialökonomische Funktion (N 138) der aufgelösten Betriebe zum Zeitpunkt der Auflösung
 nach dem landwirtschaftlichen Einkommenspotential und nach Einkommen aus zusätz-
 licher Erwerbstätigkeit und aus Renten und nach Gemeindegruppen absolut und in %.

	100 % u. mehr der Mindest- größe	50 % - u. 100 % der Mindest- größe	weniger als 50 % der Mindestgröße				
Zahl d. Betr. ges- und nach Gem. Gr. abs. u. %	Voll erwerbsbetriebe	Untergrenz- Teilbäuerliche betriebe Vollexist.	Neben erwerbsbetriebe				
	ohne mit	Haupterwerbsbetriebe					
	ohne mit	ohne mit	gesamt davon Betriebe				
	zusätzlicher Erwerbstä- tigk. Renten	zusätzl. Erwerbs- tätigkeit, Renten	von Rentnern Witwen etc.				
1958 ges. abs.	158	7	4	11	21	115	46
1958 %	100	5	3	7	14	71	
1958 agr. Ge- meinden abs.	52	4	0	3	6	39	25
1958 %	100	8	-	6	12	74	-
1958 ind. Ge- meinden abs.	106	3	4	4	19	76	16
1958 %	100	3	4	4	17	72	-

Danach gehören 8 % der aufgelösten Betriebe zu den Vollerwerbsbetrieben. Vier der insgesamt 11 Inhaber derselben übten zum Zeitpunkt der Auflösung eine Erwerbstätigkeit aus. Die Quote der Vollerwerbsbetriebe unter den aufgelösten Betrieben schwankt von Gemeindegruppe zu Gemeindegruppe nur wenig. Abweichungen ergaben sich nur bei der Verbreitung der Erwerbstätigkeit. So ging in den agrarischen Gemeinden keiner, in den industriellen Gemeinden aber 4 der 7 ehemaligen Inhaber dieser Betriebe zum Zeitpunkt der Auflösung einer Erwerbstätigkeit nach.

Zu den Haupterwerbsbetrieben gehörten 21 % der aufgelösten Betriebe. 66 % dieser insgesamt 32 Betriebe wurden auf Grund der Erwerbstätigkeit des Inhabers oder seiner Rentenbezüge zu den teilbäuerlichen Vollexistenzen gerechnet. 34 % derselben wurden mangels zusätzlicher Einkünfte den Untergrenzbetrieben zugezählt. Hier zeigen sich deutlich Unterschiede zwischen den beiden Gemeindegruppen. So hatten von den 9 Inhabern dieser Betriebe in den agrarischen Gemeinden 6 eine nichtlandwirtschaftliche Einkommensquelle, während das bei den industriellen Gemeinden in 19 von 23 Betrieben zutraf. Die verbleibenden 115 oder 71 % der aufgelösten Betriebe waren Nebenerwerbsbetriebe. Da die Fläche hier oberstes Einteilungskriterium war, mußten die insgesamt 8 % dieser Betriebe, deren Inhaber zum Zeitpunkt der Auflösung über keine zusätzliche Einkommensquelle verfügten, h i e r eingeordnet werden obwohl sie praktisch Untergrenzbetriebe darstellen. In den agrarischen Gemeinden fanden letztere eine etwas überdurchschnittliche Verbreitung. Dasselbe galt auch für die Betriebe von Ehefrauen, Witwen und Hinterbliebenen. Im Gegensatz hierzu waren die Betriebe von Erwerbstätigen und Rentnern in den industriellen Gemeinden leicht überdurchschnittlich verbreitet.

Aus diesen Ausführungen resultiert, daß sich unter den aufgelösten Betrieben der industriellen Gemeinden ein etwas überdurchschnittlicher Anteil an Voll- und Haupterwerbsbetrieben befand und daß Einkünfte aus Erwerbstätigkeit hier leicht überdurchschnittlich verbreitet waren.

2. Differenzierung der Größenstruktur der Untersuchungsbetriebe
zwischen 1958 und 1966

a) Größenstruktur der (N 530) Untersuchungsbetriebe 1958

Sieht man von der Auflösung ab, so kommt den Flächenverschiebungen zwischen bestehenden Betrieben für die Veränderung der Größenstruktur größte Bedeutung zu. Erbschaft, Kauf und Pacht bzw. Verkauf und Verpachtung führen hier häufig zu einer nicht unerheblichen Bodenmobilität. Dabei kann es sich sowohl um erzwungene als auch erduldete bzw. aktiv betriebene Veränderungen handeln. Das Ausmaß der hieraus resultierenden Bodenwanderungen läßt sich, zumindest soweit sie aus Käufen und Verkäufen, bzw. aus Erbgängen resultieren, genau ermitteln. Für Veränderungen auf dem Pachtwege gilt das nur insoweit, als Pachtverträge abgeschlossen bzw. Pachtanzeigen erstattet werden; doch gibt das Wissen um den Umfang der Bodenmobilität allein keine Auskunft über den daraus resultierenden agrarstrukturellen Effekt. So besteht zumindest theoretisch die Möglichkeit, daß sich auch relativ umfangreiche Bodenbewegungen letztlich gegenseitig kompensieren bzw. neutralisieren. Diese Möglichkeit besteht vor allem bei Veränderungen auf dem Wege der Erbschaft, welche in der Regel nicht zielgerichtet sind. Ähnliches gilt für Käufe und Verkäufe von landwirtschaftlichen Grundstücken, sofern sie nichtlandwirtschaftlichen Zwecken dienen; auch hier spricht nichts für eine Präferenz der einen oder anderen Betriebsgrößenklasse bei der Bereitstellung des Bodens. Im Gegensatz hierzu dürfen Kauf und Pacht (bzw. Verkauf und Verpachtung) für landwirtschaftliche Zwecke in höherem Maße betriebsgrößenspezifisch sein und je nach Umfang und zeitlicher Dauer zu Veränderungen der Betriebsgrößenstruktur führen. Ähnlich wie der Umfang so ist jedoch auch die Art bzw. die Richtung, in welcher sich eine solche Schwergewichtsverlagerung vollzieht, nicht unter allen Umständen gleich. Z. B. ist eine Konzentration des Bodens in den oberen Größenklassen nicht überall und zu allen Zeiten zwingend. So berichtet HARSCHÉ¹⁾ von dem noch in den 50er Jahren erfolgten Abbau großbäuerlicher Betriebe in Teilen des nordosthessischen Anerbengebietes und

1) Harsche, E.: Die Agrarstruktur als Bestandteil der industriellen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, AVA-Sonderheft Nr. 10, Wiesbaden 1962, S. 128

einem entsprechenden Zuwachs im Bereich der mittel- und kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Auch in den in diesen Teil der Untersuchung einbezogenen bzw. 1966 noch im Besitz der Befragungspersonen befindlichen (N 530) Betrieben erfolgten zwischen 1958 und 1966 zahlreiche Flächenveränderungen, deren Einfluß auf die Größenstruktur nachfolgend näher untersucht werden soll. Eine Gegenüberstellung der Betriebsgrößen für beide Zeitpunkte ergab in 17,3 % der Fälle eine Verminderung und in 40 % eine Vergrößerung derselben zwischen 1958 und 1966. In den restlichen 42,7 % der Betriebe blieb die Fläche dagegen unverändert.

Will man den hieraus resultierenden Einfluß auf die Größenstruktur der untersuchten Betriebe ermitteln so bedarf es jedoch außer einer Berücksichtigung der Ausgangssituation der zusätzlichen Ermittlung von Art und Umfang der Veränderungen innerhalb der verschiedenen Betriebsgrößenklassen bzw. Gemeindegruppen.

Tabelle : Größenstruktur der (N 530) Untersuchungsbetriebe 1958 ges. und nach Gemeindegruppen in %

	0-1	1-2	2-5	5 - 7,5	7,5 10	10- 15	15- 20	20- 30	30- 40	40- 50	50 ha	ges.
Betr.												
Größe	3,4	3,4	22	18	20	21	9,1	2,4	0,5	0	0,2	100
Agr.												100
Gem.	2		20	22	20	21	12	2	1	-	-	(N 238)
Ind.												100
Gem.	5	6	24	15	18	20	8	2	1	-	1	(292)

Die Ausgangssituation ist auch nach Abzug der meist den unteren Größenklassen entstammenden aufgelösten Betrieben betont klein- und mittelbetrieblich.

So gehörten 1958 mehr als 87 % der (N 530) Betriebe den Größenklassen von 0,5 bis 15 ha LN an. Dabei ist auffallend, daß ähnlich wie im Falle der Betriebe mit über 15 und insbesondere derer mit über 20 ha LN die beiden unteren Größenklassen (0,5 - 1 - 2 ha LN) nur schwach besetzt sind. Gerade bei letzteren kommt offensichtlich die Reduzierung des Potentials an Kleinstbetrieben durch Auflösung besonders stark zum Ausdruck.

b) Auf - und Abstockung von Betrieben

Setzt man nun die Art der oben bereits summarisch angegebenen Veränderungen (Aufstockung, Abstockung) in Beziehung zu den einzelnen Betriebsgrößenklassen, so wird deutlich, daß die Aufstockung befor-
zugt, wenn auch nicht ausschließlich, in den mittleren Betriebs-
größen (5 - 15 ha LN) erfolgte. Zwar wurden auch Betriebe mit mehr als
15 ha und weniger als 5 ha LN vergrößert, doch traf das nur in einer ver-
gleichsweise geringen Zahl von Fällen zu. Im Gegensatz hierzu häuften sich
die abgebauten bzw. abgestockten Betriebe in den unteren Größenklassen.
Lediglich bei den Betrieben, bei welchen sich die Fläche nicht verändert
hatte, ließ sich keine lineare Abhängigkeit zu der einen oder der anderen
Größenklasse feststellen.

Tabelle : Art der Flächenveränderungen zwischen 1958 und 1966 nach
Betriebsgröße (N 530) in %

Betriebs- größe 1958	0,5 - 1	1 - 5	5 - 15	15 ha LN	ges.
vergrößert	28	17	50	33	40
verkleinert	30	22	17	10	17,3
nicht verändert	42	61	33	57	42,7
	100	100	100	100	100

Wie der obigen Tabelle zu entnehmen ist, erstreckt sich die Flächen auf-
stockung bei den Größenklassen mit 5 - 15 ha LN auf die Hälfte aller Be-
triebe. Im Falle der Größenklassen mit mehr als 15 ha traf das dagegen
nur noch für jeden dritten Betrieb zu. Mit sinkender Betriebsgröße vermin-
dert sich auch die Quote der aufgestockten Betriebe. Trotzdem kann nicht
übersehen werden, daß sie mit 28 % (0,5 - 1 ha) bzw. 17 % (1 - 5 ha) auch
hier noch immer etwa in jedem 6. bzw. 4. Betrieb erfolgte. Während bei-
spielsweise die, nach der Zahl der Fälle, vergl-eichsweise umfangreiche
Aufstockung der Betriebe mit 5 - 15 ha in keiner Weise überrascht, er-
scheint sie bei den unteren Größenklassen nicht recht verständlich ; doch

berichtet auch RIEMANN ¹⁾, von der Aufstockung etwa eines Viertels der Untersuchungsbetriebe mit einer Ausgangsfläche von 2 - 5 ha LN. Dabei handelt es sich jedoch überwiegend um erduldete und weniger um aktiv angestrebte Veränderungen. Auch hier dürfte ein Teil der Veränderungen dieser Art sein, doch kann auf sie erst später genauer eingegangen werden. Eine weitere "Anomalie" dürfte darin bestehen, daß von den Betrieben mit mehr als 15 ha nur ein vergleichsweise geringer Anteil vergrößert wurde. Da Wettbewerbsnachteile auf dem örtlichen Bodenmarkt für diese Betriebe offensichtlich nicht bestehen, spricht vieles für eine Selbsteinschränkung, wie immer sie auch motiviert sein mag.

Unwahrscheinlich ist jedoch, daß es sich hierbei um einen Einzelfall, eine Ausnahme von der Regel handelt. Auch HARSCHKE ²⁾ konnte feststellen, daß die Inhaber großbäuerlicher Betriebe, namentlich in den Randzonen der industrialisierten Gebiete "...keinerlei Willen zur Betriebsaufstockung zeigen, sondern diese sogar verkleinern, während die Inhaber von Betrieben an der unteren Grenze des Haupterwerbs jede Möglichkeit zur Vergrößerung nutzen." Hier ist jedoch darauf zu verweisen, daß das vorliegende Material sowie die Untersuchung von HARSCHKE die Situation am Ende der 50er Jahre bzw. Anfang der 60er Jahre widerspiegeln und daß zwischenzeitlich möglicherweise hiervon abweichende Entwicklungstendenzen eingesetzt haben. Die Quote der abgestockten Betriebe steht eindeutig in umgekehrter Relation zur Ausgangsbetriebsgröße und schwankt zwischen 30 % (0,5 - 1 ha LN) und 10 % (15 ha LN). Dabei ist besonders die Tatsache von Bedeutung, daß im Bereich der Betriebe mit 5 - 15 ha und z. T. derer mit über 15 ha, parallel zu den Aufstockungen auch zahlreiche Betriebsverkleinerungen vorgenommen wurden. Als dritte und letzte Gruppe seien schließlich noch die Betriebe erwähnt, deren Fläche sich zwischen 1958 und 1966 nicht veränderte. Während hierunter insgesamt 42,7 % der (N 530) Betriebe fielen, streuten die Werte zwischen 33 % bei den Betrieben mit 5 - 15 ha und 61 % bei denen mit 1 - 5 ha LN. Eine lineare Anhängigkeit von der Betriebsgröße, wie das etwa im Falle der aufgestockten oder der abgestockten Betriebe zutraf, bestand dabei jedoch nicht.

1) Riemann, a. a. O., Berichte über Landwirtschaft, H. 2, 1962, S. 259

2) Harsche, a. a. O., AVA, H. 10, S. 155

Von den beiden Gemeindegruppen zeichnen sich die agrarischen Gemeinden durch eine u n t e r - und die industriellen Gemeinden durch eine ü b e r - durchschnittliche Mobilität aus. Das wird deutlich, wenn man die Untersuchungsbetriebe in jeder der beiden Gruppen für sich betrachtet. Dabei ergibt sich zunächst, daß im ersten Falle 44 % und im zweiten Fall 32 % k e i - n e flächenmäßigen Veränderungen aufzuweisen hatten.

Tabelle : Art der Flächenveränderungen in dem Untersuchungsgebiet zwischen 1958 und 1966 nach Gemeindegruppen in % (N 530)

Agr. Gemeinden			Ind. Gemeinden			Ges. (N 530)		
+	-	⁺ ₋₀	+	-	⁺ ₋₀	+	-	⁺ ₋₀
40	16	44	49	19	32	(40)	(17, 3)	(42, 7)

(+ = Fläche vergrößert; - = Fläche vermindert; ⁺₋₀ = Fläche nicht verändert)

Im Gegensatz hierzu lag der Anteil der abgestockten Betriebe in den agrarischen Gemeinden mit 16 % leicht unter und in den industriellen Gemeinden mit 19 % geringfügig über dem Durchschnitt von 17,3 %. Addiert man die beiden Werte für jede der beiden Gemeindegruppen und ermittelt die Differenz zu 100 %, so ergibt sich die Quote der jeweils aufgestockten Betriebe. Sie beträgt 40 % in den agrarischen und 49 % in den industriellen Gemeinden. Der Schwerpunkt der A u f s t o c k u n g lag wie im Durchschnitt a l l e r B e - triebe in den agrarischen und in den industriellen Gemeinden bei den Grös - senklassen von 5 - 15 ha LN. Der Anteil der aufgestockten Betriebe an der Gesamtzahl der Betriebe von 5 - 15 ha war jedoch in den agrarischen Ge - meinden mit 44 % geringer als in den industriellen Gemeinden, wo das für 49 % derselben zutraf. Während die Betriebe mit mehr als 15 ha LN in beiden Gemeindegruppen eine gleiche, dem Durchschnitt a l l e r U n t e r - suchungsbetriebe entsprechende Aufstockungsquote zu verzeichnen hatten stellten die Betriebe mit 1 - 5 ha LN in den agrarischen Gemeinden einen weiteren Aufstockungspunkt dar. Diese Feststellung ist insofern auffallend, als es sich bei diesen Betrieben i. d. H. um Nebenerwerbsbetriebe handeln dürfte.

Jedoch kommt auch HARSCHÉ ¹⁾ zu dem Ergebnis, daß in den dezentral gelegenen, passiven Zonen "... auch die Inhaber landwirtschaftlicher Nebenerwerbsbetriebe zuweilen gerne bereit sind, ihre Betriebe ... aufzustocken". Im Gegensatz hierzu überwogen in den industriellen Gemeinden bei den Betrieben von 1 - 5 ha LN Abstockung und Stagnation der Fläche, während die Aufstockung hier fast völlig in den Hintergrund trat ²⁾. Die bisherigen Ausführungen hatten ausschließlich Art und Zahl der Flächenveränderungen in Abhängigkeit von Betriebsgröße und Gemeindegruppe zum Gegenstand. Sie geben jedoch auch bei detaillierter Darstellung keinen Aufschluß über die daraus resultierenden Veränderungen der Betriebsgrößenstruktur. Deren Ermittlung setzt vielmehr die zusätzliche Berücksichtigung des Umfanges der Veränderungen voraus, wie es nachfolgend geschehen soll. Dabei ist zunächst darauf zu verweisen, daß die geringe Zahl von Fällen eine gleichzeitige Darstellung auf der Basis der Gemeindegruppen und der vier Betriebsgrößengruppen verbietet. Das gilt zumindest für die aufgestockten Betriebe mit weniger als 5 und mehr als 15 ha LN sowie für die abgestockten Betriebe aller Größenklassen. Aber auch dann, wenn man von einer derartigen Darstellung absieht, bleibt ein erhebliches Maß an Unsicherheit bestehen, beträgt doch die Gesamtzahl der Betriebe, bei denen das **A u s m a ß** der Veränderungen ermittelt werden konnte, nur 265. (Davon wurden 185 auf- und 80 abgestockt).

Unter Berücksichtigung dieser Beschränkungen sei zunächst erwähnt, daß sich der Umfang der Veränderungen, und in diesem Falle der Aufstockung, auch bei den mittleren Betrieben in vergleichsweise engen Grenzen hielt. Betriebsvergrößerungen um mehr als die Hälfte der ursprünglichen Fläche kamen in diesen Größenklassen nur selten und eine Verdoppelung derselben überhaupt nicht vor.

Der Schwerpunkt der Aufstockung konzentriert sich dabei auf Zuwachsraten zwischen mehr als 10 und weniger als 30 %, wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist :

1) Harsche, AVA ... a. a. O., S. H. 10, S. 155

2) Die durch zusätzliche Unterteilung in Gemeindegruppen erfolgte Aufsplitterung des Materials macht eine an sich wünschenswerte **q u a n t i t a t i v e** Darstellung besonders für die Betriebe, mit mehr als 15 und weniger als 5 ha unmöglich.

Tabelle : Umfang der zwischen 1958 und 1966 innerhalb der Betriebe mit 5 - 15 ha Ausgangsfläche erfolgten Betriebsvergrößerungen gesamt und nach Gemeindegruppen in %

Betriebsvergrößerungen	bis 10	10 - 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50	50 - 100 %	ges.
	- % -						
gesamt (N 145)	5	33	20	15	9	18	= 100
dav. agrar. Gemeinden (N 67)	5	45	23	12	8	7	= 100
indust. Gemeinden (N 78)	5	20	39	18	10	8	= 100

Danach wurden mit 33 % beispielsweise ein Drittel der aufgestockten Betriebe mit 5 - 15 ha LN Ausgangsfläche um nur 10 - 20 % vergrößert. Weitere 20 % oder 1/5 wurden um 20 - 30 % und nur 15 % oder wenig mehr als 1/7 derselben wurde um 30 - 40 % aufgestockt. Die noch umfangreicheren Flächenvergrößerungen traten dagegen zahlenmäßig völlig in den Hintergrund. Ähnliches gilt für die Betriebsvergrößerungen um weniger als 10 %, die insgesamt nur für 5 % dieser Betriebe zutreffen.

Innerhalb der einzelnen Gemeindegruppen ergaben sich interessante Abweichungen hiervon. Beispielsweise zeichneten sich die agrarischen Gemeinden, deren unterdurchschnittliche Aufstockungsquote bereits dargestellt wurde, gegenüber den Industriegemeinden durch ein Überwiegen flächenmäßig vergleichsweise geringfügiger Betriebsvergrößerungen aus und umgekehrt. So wurden in den agrarischen Gemeinden 45 % in den industriellen Gemeinden aber nur 20 % um 10 - 20 % vergrößert. Bei den nächst umfangreicheren Betriebsvergrößerungen bzw. Aufstockungen kehrte sich das Verhältnis zwischen den Gemeindegruppen um. In den agrarischen Gemeinden wurde beispielsweise nur 23 %, in den industriellen Gemeinden dagegen 39 % um 20 - 30 % vergrößert. Ähnliches gilt, wenn auch in abgeschwächter Form, für die Aufstockung um mehr als 30 %. Bei den Betrieben mit mehr als 15 ha Ausgangsfläche, von denen insgesamt nur 21 zwischen 1958 und 1966 aufgestockt wurden, kamen überwiegend geringfügige Vergrößerungen vor. Im Bereich der Betriebe mit weniger als 5 ha LN Ausgangsfläche wurden zwar prozentual umfangreichere Betriebsvergrößerungen vorgenommen, doch haben diese wegen der niedrigen Ausgangsfläche bzw. der geringen Zahl keinen spürbaren Einfluß beispielsweise auf die Veränderung der Betriebsgrößenstruktur. Parallel hierzu wurden in beiden Gemeindegruppen und in den verschiedenen Größenklassen Betriebe abgestockt. Während deren Zahl und Struktur bereits Gegenstand der Untersuchung waren, sollen anschließend die flächenmäßigen Veränderungen kurz dargestellt werden. Zunächst sei darauf verwiesen, daß der Umfang der prozentualen Betriebsabstockungen in umgekehrter Relation zur Ausgangsgröße stand. Im Bereich der Größenklassen mit 5 ha LN Ausgangsfläche und darüber wurden beispielsweise die Hälfte der abgestockten Betriebe um 10 - 30 % der Ausgangsfläche und nur jeder zehnte derselben um 30 - 40 % verkleinert.

In den nächst unteren Größenklassen häuften sich dagegen die prozentual umfangreicheren Betriebsverkleinerungen. Hier wurden fast $\frac{3}{4}$ um mehr als 40 % und nur etwa jeder Zehnte um 10 - 20 % verkleinert. Ähnlich wie die Abstockungsquote war der Umfang der Abstockung in den agrarischen Gemeinden durchweg geringer als in den industriellen Gemeinden.

Die Tatsache, daß auch größere Betriebe abgestockt wurden und daß hier wie im Falle der Kleinstbetriebe oft nur absolut geringe Flächen abgegeben wurden, deutet darauf hin, daß öffentliche landbeanspruchende Maßnahmen, (Straßenbau, Baulanderschließung, Wegebau, Flurbereinigung etc.) zumindest in einem Teil der Fälle diese Veränderungen auslösten bzw. erzwingen und daß die Fläche nur z. T. für Aufstockungszwecke verfügbar waren.

Aber auch dann, wenn man den nichtlandwirtschaftlichen Bodenanspruch unberücksichtigt läßt, wird deutlich, daß durch Abstockung nur wenig Fläche mobilisiert wurde. So betrug die gesamte A b stockungsfläche mit 208 ha LN zwischen 1958 und 1966 nicht einmal die Hälfte der A u f stockungsfläche von 567 ha LN.

Diese rekrutierte sich zwangsläufig zu einem großen Teil aus den Flächen aufgelöster Betriebe. Zumindest in einigen Gemeinden besteht darüberhinaus die Möglichkeit, daß Brachland wieder in Bewirtschaftung genommen und Bauland kultiviert wurde.

c) Größenstruktur der Untersuchungsbetriebe 1966

Auf- und Abstockung führten zwischen 1958 und 1966 bei gleichbleibender Zahl von Betrieben zu einer Differenzierung der Größenstruktur. Sie ist gekennzeichnet durch einen Rückgang gegenüber 1958 im Bereich der Größtenklassen von 2 - 15 ha LN und einem Zugang in den verbleibenden Klassen. (Lediglich die Zahl der Betriebe mit über 30 ha LN hat sich in diesem Zeitraum nicht verändert.) Das gilt mit Ausnahme der Betriebe von 2 - 5 ha LN der industriellen Gemeinden, deren Zahl sich zwischen 1958 und 1966 ebenfalls erhöht, für b e i d e Gemeindegruppen. Die prozentual stärksten Verluste hatten die Betriebe der Größenklassen mit 5 - 7,5 ha LN zu verzeichnen. Sie reduzierten sich von 100 % auf 81 % oder um 19 %. Hierauf folgten die Größenklassen mit 7,5 ha mit einer Verminderung von 100 %

auf 86 % oder um 14 %. Die Zahl der Betriebe mit 10 - 15 ha LN verminderte sich dagegen von 100 % auf 90 % oder um 10 %. Die mit Abstand geringsten Verluste (- 1 %) hatten jedoch die Betriebe mit 2 - 5 ha LN aufzuweisen. Innerhalb der beiden Gemeindegruppen ergaben sich Abweichungen hiervon derart, daß die industriellen Gemeinden durchweg überdurchschnittliche und die agrarischen Gemeinden unterdurchschnittliche Verminderungsraten aufzuweisen hatten. (Siehe dazu und zu den folgenden Angaben die beiden folgenden Tabellen).

Tabelle : Größenstruktur der (N 530) Untersuchungsbetriebe 1958 und 1966 absolut und in %

	0,5 - 1	1 - 2	2 - 5	5 - 7,5	7,5 - 10	10 - 15	15 - 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50	50 ha	ges.
1958	18	18	118	97	103	113	47	12	3	0	1	N 530 abs.
1966	22	28	117	78	89	102	62	28	3	0	1	N 530 abs.
1958 = 100 %	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100 %
1966 = ? %	118	157	99	81	86	90	132	235	100	-	100	100 %
Größenstruktur 1958 %	3,4	3,4	22	18	20	21	9,1	2,4	0,5	0	0,2	100 % (N 530)
Größenstruktur 1966 %	4,2	5,3	22	15	17	19	11,3	5,5	0,5	0	0,2	100 % (N 530)

Tabelle : Größenstruktur der (N 530) Untersuchungsbetriebe nach Gemeindegruppen 1958 und 1966
absolut und in %

Agr. Gem.	0,5 - 1	1 - 2	2 - 5	5 - 7,5	7,5 - 10	10 - 15	15 - 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50	50 ha
1958 abs.	3	2	48	53	49	51	26	5	2	0	238
1958 %	2		20	22	20	21	12	2	1	-	100 %
1966 abs.	4	3	42	47	46	48	34	12	2	0	238
1966 %	3		17,5	19,5	19,5	20,5	14	5	1	-	100 %
1958 = 100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	-	100
1966 = .. %	175	85	85	90	92	132	240	100	-	-	100
Ind. Gem.											
1958 abs.	15	17	70	44	54	62	21	7	1	-	292
1958 %	5	6	24	15	18	20	8	2	1	-	100
1966 abs.	18	25	74	32	44	54	27	16	1	0	292
1966 %	6	9	25,4	11	15	19	9	5	0,3	-	100 %
1958 = 100 %	100	100	100	100	100	100	100	100	100	-	100
1966 = .. %	120	148	110	75	83	89	133	230	100	-	100

Die größten Zuwachsraten (alle N 530 Betriebe) hatten die Betriebe der Größenklassen mit 20 - 30 ha LN zu verzeichnen. Ihre Zahl erhöhte sich von 100 auf 235 oder um 135 %. Hierauf folgten die mit 1 - 2 ha LN mit einem Zuwachs von 100 auf 157 oder um 57 %. In den Größenklassen mit 15 - 20 ha LN erhöhte sich deren Zahl von 100 auf 132 oder um 32 %. Mit einer Erhöhung von 100 auf 118 oder um 18 % hatten die kleinsten Betriebe den geringsten Zuwachs zu verzeichnen. Gerade aus dieser letzten Feststellung resultiert, daß durch Abstockung von Betrieben das durch Auflösung reduzierte Potential der Kleinstbetriebe auch nicht annähernd wieder aufgefüllt wird. Hier zeigten sich keine so eindeutigen Präferenzen der einen oder anderen Gemeindegruppe bzw. entsprachen sich die Veränderungen nicht nur in der Tendenz sondern auch in ihrem Ausmaß weitgehend. Aus diesen Veränderungen ergibt sich für 1966 eine stärkere Polarisierung der Betriebsgrößenstruktur. So gehörten 1966 nur noch 51 % der (N 530) Untersuchungsbetriebe den Größenklassen mit 5 - 15 ha LN an, im Gegensatz zu 59 % 1958. Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der Betriebe mit mehr als 15 ha LN von 12,2 (1958) auf 17,5 (1966). Ähnlich wie diese konnten auch die mit weniger als 5 ha LN ihren Anteil an der Gesamtzahl der (N 530) Untersuchungsbetriebe geringfügig, nämlich von 28,8 % auf 31,5 % vergrößern. Die bereits erwähnte größere Dynamik der Betriebsgrößenveränderungen der industriellen Gemeinden vermochte jedoch den historisch bedingten (teilweise Zugehörigkeit der agrarischen Gemeinden zu dem nordosthessischen Anrumbengebiet !) Vorsprung der agrarischen Gemeinden nicht einzuholen. So gehörten 1966 hier 20 % und in den industriellen Gemeinden 14,6 % der Untersuchungsbetriebe den Größenklassen mit 15 ha LN und darüber an.

Zu den Größenklassen mit 5 - 15 ha LN gehörten zum selben Zeitpunkt 59,5 % der Betriebe in den agrarischen und 45 % der Betriebe der industriellen Gemeinden. Die Differenz zu 100 % ergeben für jede der beiden Gruppen die Anteile der Betriebe mit weniger als 5 ha LN. Sie betrugen im ersten Falle 20,5 % und im letzten Falle 40,4 %.

Die zahlenmäßigen Zunahmen in den unteren Größenklassen resultieren aus Abstockungsmaßnahmen der größeren Betriebe, welche nur teilweise durch Aufstockungen über die Klassengrenze hinweg kompensiert wurden.

Die Reduzierung der Zahl der Betriebe in den mittleren Größenklassen resultiert aus A b stockungen in die unteren Größenklassen und ganz besonders aus A u f stockungen ü b e r die Klassengrenzen hinweg ; die Aufstockung aus den unteren in die mittleren Größenklassen kam dagegen selten vor.

Im Bereich der Betriebe mit 15 - 20 ha LN resultierte der Zuwachs aus der Differenz zwischen einer Aufstockung a u s unteren Größenklassen und einer Abstockung aus der oberen i n d i e s e.

Bei den Betrieben mit 20 - 30 ha LN resultiert der Zuwachs dagegen ausschließlich aus einer Aufstockung aus unteren Größenklassen.

Sowohl im Fall der. A u f stockung als auch der A b stockung gilt, daß nur selten eine und niemals zwei Betriebsgrößenklassen übersprungen werden. Es ist vielmehr so, daß im ersten Fall 45 % und im zweiten Fall 37 % der auf- bzw. abgestockten Betriebe nicht einmal eine Klassengrenze überspringen konnte.

Die Betriebe, bei denen der Umfang der Flächenveränderungen für einen Übergang in die ü b e r n ä c h s t e Größenklasse ausreichte, gehörten ausschließlich den mittleren Größenklassen an.

Die bevorzugte Aufstockung von Betrieben mit 5 - 15 ha LN Ausgangsfläche und die weniger häufigen Abstockungen dieser Betriebe deuten darauf hin, daß sie schon in dem vorliegenden Zeitraum nicht mehr als ausreichende Einkommensquelle angesehen wurden, bzw. daß offensichtlich eine Verbesserung der Einkommen bevorzugt durch Vergrößerung des Betriebes angestrebt wird.

Da das auch für die industriellen Gemeinden mit ihren günstigen nichtlandwirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten gilt, spricht vieles dafür, daß die mögliche Alternative, nämlich unveränderte Beibehaltung bzw. Abstockung oder Auflösung u n d Übernahme einer nichtlandwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit ungern bzw. erst dann wahrgenommen wird wenn ein Ausbau des Betriebes, etwa aus Gründen mangelnder Bodenmobilität etc. nicht oder nicht in dem wünschenswerten Umfang bzw. kurzfristig möglich ist.

Die Vergrößerung des Betriebes oder ganz allgemein dessen Ausbau u n d

die Aufnahme bzw. Ausübung einer nichtlandwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit, die auch innerhalb des hier untersuchten Samples vorkam, ist kein Widerspruch zu dieser Feststellung. So macht die Vergrößerung des Betriebes meist umfangreiche Investitionen notwendig, welche die Kapitaldienstgrenze des Betriebes zeitweise übersteigen und die Aufnahme einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit zur Kapitalschaffung als gangbaren Ausweg erscheinen lassen. Auffallend ist darüberhinaus, daß das Betriebsziel in beiden Gemeindegruppen offenbar bei Größenklassen von allenfalls 30 ha LN liegt.

Berücksichtigt man den g e m e i n s a m e n Einfluß von Auf- und Abstockung bzw. Auflösung auf die Größenstruktur, so ergibt sich 1966 gegenüber 1958 ein Rückgang der Zahl der Betriebe in allen Größenklassen mit 0,5 - 15 ha LN. (Dasselbe gilt zwar auch bei den Betrieben mit 30 - 40 ha LN, doch handelt es sich hier nur um einen Betrieb). Setzt man die Werte in jeder der Größenklassen für 1958 gleich 100 %, so ergeben sich für 1966 die niedrigsten Werte mit 52 % (Verlust von 48 %) bei den Betrieben mit 0,5 - 1 ha LN. Von hier steigen diese Werte bzw. sinken die Verluste mit zunehmender Betriebsgröße ab. (Siehe dazu und zu den folgenden Ausführungen die Tabelle auf den beiden folgenden Seiten). Während dieser Trend für beide Gemeindegruppen gilt, zeigen sich quantitative Abweichungen hiervon derart, daß die Kleinbetriebe in den agrarischen Gemeinden eine starke Reduzierung erfahren haben als die der industriellen Gemeinden, i. d. H. bedingt durch die verhältnismäßig umfangreichen Betriebsauflösungen in den unteren Größenklassen der agrarischen Gemeinden.

Im Bereich der mittleren Größenklassen kehren sich diese Verhältnisse um. Hier haben sich die Betriebe mit 5 - 15 ha LN der industriellen Gemeinden 1966 gegenüber 1958 prozentual stärker vermindert als die der agrarischen Gemeinden, bevorzugt bedingt durch Auf- und Abstockung und weniger durch Auflösung. Die Zunahmen beschränken sich dagegen zwischen 1958 und 1966 a u s s c h l e ß l i c h auf die Größenklassen mit 15 - 20 ha bzw. 20 - 30 ha. Das gilt sowohl insgesamt als auch für die beiden Gemeindegruppen. In diesem Falle entsprechen sich auch die Zuwachsraten insgesamt bzw. in den beiden Gemeindegruppen weitgehend. Die Zahl der Betriebe in den oberen Größenklassen veränderte sich dagegen praktisch nicht. Diese Entwicklung folgt nur mit Einschränkungen den strukturellen Veränderungen im Bundesgebiet; (auch sind die Erhebungszeiträume nicht voll vergleichbar.)

Tabelle : Betriebsgrößenstruktur 1958 (N 688) und 1966 (N 530) in %

Betr. Größe	0,5 - 1	1 - 2	2 - 5	5 - 7,5	7,5 - 10	10 - 15	15 - 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50	50 ha
1958 (N 688) ¹⁾	6	8	26	17	16	17	7,5	2	0	5	- 100 %
1966 (N 530) ²⁾	4,2	5,3	22	15	17	19	11,5	5,5	0	5	0,2 100 %
1958 (N 688) ¹⁾	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100 %
1966 (N 530) ²⁾	52	52,5	67	67	80	86	120	200	75	100	100 %

1) Alle aufgelösten Betriebe (N 158) sowie alle Betriebe welche 1966 noch im Besitz der Befragungspersonen waren (N 530)

2) Alle Betriebe, welche 1966 noch im Besitz der Befragungspersonen waren (N 530)

Tabelle: Betriebsgrößenstruktur 1958 / 290 ¹⁾ bzw. 398 ²⁾ und 1966 / N 238 ³⁾ bzw. 292 ⁴⁾ nach Gemeindegruppen in %

Agr. Gem.	0,5 - 1	1 - 2	2 - 5	5 - 7,5	7,5 - 10	10 - 15	15 - 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50	50 ha ges.
1958 (290)	4	4	23,5	20	18	18,5	9	2	1	-	- 100 %
1966 (238)	3		17,5	19,5	19,5	20	5	14	5	1	- 100 %
1958 = 100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100 %
1966 = ? %	36	25	61	75	83	87	123	200	75	-	-
Ind. Gem.	0,5 - 1	1 - 2	2 - 5	5 - 7,5	7,5 - 10	10 - 15	15 - 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50	50 ha ges.
1958 (398)	8	11	26	15	15,6	17	5	2	0,2	-	0,2 100 %
1966 (292)	6	9	25,4	11	15	19	9	5	0,3	-	0,3 100 %
1958 = 100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	-	100 %
1966 = ? %	60	61	73	56	70	82	126	200	100	-	100

1) 290 Zahl der 1966 noch bestehenden, bzw. im Besitz der Befragungsperson befindlichen Betriebe, sowie der zw. 1958 und 1966 aufgelösten Betriebe in den agr. Gemeinden

2) 398 Zahl der 1966 noch bestehenden, bzw. im Besitz der Befragungsperson befindlichen Betriebe, sowie der zw. 1958 und 1966 aufgelösten Betriebe in den ind. Gemeinden

3) 238 Zahl der 1966 noch bestehenden Betriebe in den agr. Gemeinden

4) 292 Zahl der 1966 noch bestehenden Betriebe in den ind. Gemeinden

Wie dem Statistischen Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Försten für 1968 ¹⁾ zu entnehmen ist, haben dort (zwischen 1960 und 1967) die Betriebe mit 20 - 50 ha LN mit 15,6 % die größten Zuwächse zu verzeichnen, gefolgt von den Betrieben mit über 50 ha (6,8) bzw. über 100 ha LN (5,5 %).

Zwar kam es auch dort zu merklichen Verlusten im Bereich der Betriebe mit 0,5 - 2 bzw. 2 - 5 ha LN, doch sind dieselben mit 17,4 % bzw. 22,4 % im Gegensatz zu dem vorliegenden Untersuchungsgebieten vergleichsweise gering. Eine gewisse Übereinstimmung nach Art und Umfang der Veränderungen zwischen dem Bundesgebiet und innerhalb des Untersuchungsgebietes besteht dagegen bei den mittleren Betriebsgrößenklassen, deren Anteil sich 1967 gegenüber 1966 in beiden Fällen verminderte.

Zwar ist die Vergleichbarkeit durch die voneinander abweichende Betriebsgrößeneinteilung, durch die nicht vollständig übereinstimmenden Vergleichszeiträume sowie durch die Tatsache, daß im vorliegenden Sample nur Betriebe bis 75 ha LN Ausgangsfläche berücksichtigt wurden, eingeschränkt, doch läßt sich sagen daß der Trend zur Verlagerung der Betriebe in die oberen Größenklassen auf Kosten der mittleren Betriebe im Durchschnitt des Bundesgebietes ebenfalls erfolgte und außerdem bereits weiter fortgeschritten ist als im vorliegenden Untersuchungsgebiet.

d) Besitzverhältnisse 1958 und ihre Veränderungen bis 1966

Die Landpacht war in dem vorliegenden Untersuchungsgebiet bzw. innerhalb der hier untersuchten Betriebe bereits 1958 weit verbreitet.

Dabei handelt es sich in der Hauptsache um die Zupacht und nur ausnahmsweise um die ausschließliche Bewirtschaftung von Pachtländereien. So hatten (1958) 262 der 530 Untersuchungsbetriebe außer ihren Eigentumsflächen solche hinzugepachtet, während 257 nur Eigenland und der Rest von 11 Betrieben nur Pachtland bewirtschaftete.

1) B. M. L.: Statistisches Jahrbuch über E. L. F. 1968, a. a. O., S. 27

Tabelle : Landwirtschaftliche Betriebe mit ausschließlich Eigenland, Pachtland oder beiden Besitzarten im Untersuchungsgebiet (1958) und im Bundesgebiet (1960) in %

Betr. mit ...	ausschl. Eigenland	ausschl. Eigenland	beides
Unters. Gebiet	48,5	2,0	49,5
Bundesgebiet ¹⁾	45,5	5,5	49

Setzt man die Gesamtzahl der (N 530) Untersuchungsbetriebe für 1958 gleich 100 % und ermittelt die % Anteile der verschiedenen Besitzarten, so ergeben sich die in der obigen Tabelle aufgeführten Werte. Danach bewirtschafteten 1958 48,5 % der Betriebe ausschließlich Eigen- und 2 % ausschließlich Pachtland. 49,5 % oder fast die Hälfte hatte dagegen beide Besitzarten. Aus der zweiten Zeile derselben Tabelle sind die entsprechenden Werte für den Durchschnitt des Bundes (1960) zu ersehen. Wie ein Vergleich ergibt, weichen sie nur geringfügig voneinander ab. Dabei ist der im Untersuchungsgebiet gegenüber dem Bund geringere Anteil von Betrieben mit ausschließlich Pachtland besonders hervorzuheben.

1958 bewirtschafteten im Untersuchungsgebiet Betriebe aller Größenklassen von 0,5 - 30 ha LN Pachtländereien. Der Schwerpunkt lag jedoch bei den Größenklassen mit über 2 - 20 ha LN, wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist :

Tabelle : X % der (N 530) Untersuchungsbetriebe in den verschiedenen Größenklassen bewirtschafteten 1958 Pachtland

Betr. Gr.	0,5-1	1-2	2-5	5-7,5	7,5-10	10-15	15-20	20-30	30-40	40-50	50 ha
	37,5	39	52	57	58	48	54	33	-	-	-

1) B. M. L. : Statistisches Jahrbuch über E. L. F. , 1968, a. a. O. , S. 24

Auch im Durchschnitt des Bundes hatten die mittleren Betriebsgrößenklassen die größte Pachthäufigkeit aufzuweisen. Im Gegensatz zu dem vorliegenden Untersuchungsgebiet nimmt sie dort mit zunehmender Betriebsgröße jedoch nicht so stark ab.¹⁾ Das erklärt sich jedoch zumindest teilweise aus der Tatsache, daß im Bereich der Betriebe mit 50 bzw. 100 ha LN, also z. T. außerhalb der hier einbezogenen Größenklassen, ganz allgemein die Betriebspacht stärker in den Vordergrund tritt. Eine Beziehung bestand darüberhinaus im Untersuchungsgebiet zwischen Pachthäufigkeit und Gemeindegruppe. So hatten 48 % der Untersuchungsbetriebe aus agrarischen und 55,5 % der Betriebe aus industriellen Gemeinden Land gepachtet. Sieht man von den insgesamt nur 11, meist den unteren Größenklassen angehörenden Betrieben mit ausschließlich Pachtland ab so erreichte der Pachtlandanteil nur ausnahmsweise $\frac{2}{3}$ der gesamten LN. Ganz allgemein läßt sich sagen, daß dieser in den mittleren Betriebsgrößenklassen am größten ist und sich von hier aus sowohl zu den größeren als auch den kleineren Betrieben hin vermindert. Wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, schwankt er zwischen 51 % im Bereich der Betriebe mit 5 - 7,5 ha LN und 23,5 % oder weniger als $\frac{1}{4}$ der gesamten LN in der Größenklasse von 5 - 20 ha LN. Kennzeichnend für die Pachtstruktur in den beiden Gemeindegruppen ist ein zahlenmäßiges Überwiegen flächenmäßig relativ kleiner Pachtungen in den agrarischen Gemeinden und umgekehrt. Die vorliegende Analyse von Häufigkeit und Struktur der Landpacht deckt folgenden, fast paradox erscheinenden Tatbestand auf. Die mittleren und sogar die kleineren unter den hier untersuchten Betrieben haben 1958 sowohl eine höhere Pachthäufigkeit als auch höhere Pachtlandanteile aufzuweisen als die Gruppen der Haufterwerbs- bzw. Vollerwerbsbetriebe.

Möglicherweise handelt es sich bei der relativ weiten Verbreitung der Landpacht im Bereich der kleineren und mittleren Betriebe um ein Relikt aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, in der das Streben nach Eigenversorgung mit Grundnahrungsmitteln auch landlose Familien und solche mit wenig Eigenland zur Anpacht bzw. Zupacht einiger Grundstücke veranlaßte.

1) B. M. L.: Stat. Jahrbuch über E. L. F., 1968, a. a. O. S. 24

Im Gegensatz hierzu stimmt die weitgehende Enthaltung der Inhaber größerer Betriebe auf dem Pachtlandmarkt mit der schon mehrfach gemachten Feststellung überein, wonach die Betriebe von ihren Inhabern zumindest noch 1958 als ausreichend bzw. noch nicht aufstockungswürdig angesehen werden. Ausgehend von dieser Darstellung sollen anschließend die zwischenzeitlich erfolgten Veränderungen der Besitzverhältnisse untersucht werden.

Ein Vergleich der Eigentums- und Pachtflächen für jeden der (N 530) Untersuchungsbetriebe ergibt, daß sich erstere zwischen 1958 und 1966 in 142 und letztere in 127 Betrieben veränderten. Addiert man beide, so erhält man die Zahl der Veränderungen insgesamt. Sie beträgt 269 und liegt damit geringfügig über der Gesamtzahl der Betriebe (265), deren Größe sich im selben Zeitraum durch Auf- und Abstockung veränderte. Diese Tatsache ist kein Widerspruch sondern deutet an, daß auch innerhalb ein- und desselben Betriebes gleichzeitig Flächen angenommen und abgegeben wurden, ohne daß sich die Betriebsgröße verändern muß. Dabei besteht sowohl die Möglichkeit der Zupacht von Grundstücken zwecks Kompensierung von Verlusten bei Eigenland, etwa durch öffentliche Baumaßnahmen als auch des Ankaufs bereits gepachteter Flächen. In beiden Fällen ändern sich zwar die Besitzverhältnisse, nicht aber die Betriebsgröße. Aus diesem Grunde ist die Summe der nachfolgend wiedergegebenen Veränderungen der Besitzverhältnisse nicht gleich der Summe der nachfolgend aufgeführten, aus Auf- und Abstockungen resultierenden Veränderungen der Betriebsgrößenstruktur.

Knüpft man diesem Exkurs wieder bei den obigen Ausführungen an, so ergibt sich zunächst, daß die Veränderungen der Besitzverhältnisse in 53 % der Fälle bei bzw. mittels Eigen- und nur in 47 % bei Pachtländereien erfolgte.

Eine zusätzliche Unterteilung nach Zu- und Abnahme der Flächen ergibt, daß die Zugänge überwiegend bei Eigenland erfolgten.

Tabelle : % - Anteil der Betriebe mit Pachtland an der Gesamtzahl der (N 530) Untersuchungsbetriebe sowie Pachtlandanteil aller Pachtland bewirtschaftenden Betriebe 1958 und 1966 nach Größenklassen in %

Betr. Größe	0,5 - 1	1 - 2	2 - 5	5 - 7,5	7,5 - 10	10-15	15-20	20-30	30-40	40-50	50 ha
Betrieb mit Pachtland u. 1958	37,5	39	52	57	58	48	54	33	-	-	-
Größenklassen 1966	30	30	42	50	62	56	62	45	-	-	-
Pachtland-anteil aller Pachtland bewirtschaftenden Betriebe	1958 30		46	51	37	25	23,5	30	-	-	-
	1966 21	22	34	40	40	32	30	32			

Tabelle : Veränderungen der Besitzverhältnisse in den Untersuchungsbetrieben zwischen 1958 und 1966 nach der Zahl der Fälle (N 269)

Eigenland	Zunahme		Abnahme		Veränderung ges.
	Pachtland	Eigenland	Pachtland		
85	71	57	56		269 (N)
31,5	26	21,5	21		100 (%)

Wie der obigen Tabelle zu entnehmen ist, erfolgten die Abgänge bzw. Verminderungen der Flächen dagegen etwa zu gleichen Teilen bei beiden Besitzarten. Innerhalb der Gemeindegruppen zeigen sich zwar geringfügige Abweichungen hiervon, doch bleiben die Relation, wie sie in der obigen Tabelle dargestellt wurden, unverändert. Zwar finden Zu- und Abgänge bei Eigen- und Pachtland praktisch in allen Größenklassen statt, doch zeigen sich bestimmte Schwerpunkte, wie nachfolgend dargestellt wird. So konzentrieren sich die Zugänge bei Eigenland in den Betrieben mit über 5 ha bzw. 5 - 15 ha LN; doch darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch die kleineren, zum Bereich der Teilerwerbslandwirtschaft gehörenden Betriebe, einen nicht unerheblichen Zugang bei Eigenländereien aufzuweisen haben.

Das Eigentum kann sowohl auf dem Wege der Erbschaft als auch des Kaufes erworben werden. Während erstere in der Regel nicht gezielt erfolgt und von dem Willen des Betriebsinhabers und der Betriebsgröße weitgehend unabhängig ist, trifft das für den Kauf nicht zu. Ankäufe von Grundstücken setzen eine bestimmte Zielvorstellung voraus. Im Bereich der Klein- und Kleinstbetriebe dürften sie bevorzugt darin bestehen, Geld sicher anzulegen und an Bodenwertsteigerungen zu partizipieren. Bei Inhabern größerer Betriebe stehen wahrscheinlich primär betriebswirtschaftliche Überlegungen im Vordergrund.

Die Abgänge bei Eigenland konzentrieren sich dagegen nach Zahl und Fläche in noch viel geringerem Maße auf bestimmte Betriebsgrößenklassen. Sie bringen offensichtlich zum Ausdruck, daß neben der fast autonomen eigen-

tumsrelevanten Erbteilung Grundstücksverkäufe bzw. Enteignungen zum Zwecke öffentlicher Baumaßnahmen weit verbreitet sind und zwangsläufig alle Betriebsgrößenklassen betreffen. Im Gegensatz zu dem Bodeneigentum entsprechen die Veränderungen bei der Pacht praktisch ausschließlich betriebswirtschaftlichen Überlegungen. Das trifft auch für das vorliegende Gebiet bzw. die bisher untersuchten Betriebe zu, bei denen die Größenklassen mit 5 - 15 ha (Ausgangsfläche 1958) den Schwerpunkt der zwischenzeitlich erfolgten Anpachtungen darstellen; die Betriebe mit weniger als 5 ha LN, 1958 noch ein bedeutendes Pachtlandreservoir, gaben ihre Pachtländereien zu einem großen Teil ab.

Aus diesen Veränderungen resultiert eine Zunahme der Betriebe mit Eigen- und Pachtland und eine entsprechende Verringerung bei den Betrieben mit ausschließlich Eigenland, während sich die ohnehin geringe Zahl von Betrieben mit lediglich Pachtflächen praktisch nicht veränderte, wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist :

Tabelle: Landwirtschaftliche Betriebe mit ausschließlich Eigenland sowie ausschließlich Pachtland oder beiden Besitzarten im Untersuchungsgebiet 1966 in %

Betriebe mit	ausschließl. Eigenland	ausschließl. Pachtland	beide Be- triebsarten	gesamt
absolut 1966	243	10	277	530
% 1966	46	2	52	100
% 1958	(48, 5)	(2)	(49, 5)	(100)

Auf die einzelnen Größenklassen verteilt, ergibt sich 1966 gegenüber 1958 eine prozentuale Zunahme der Pachtland bewirtschaftenden Betriebe im Bereich der Größenklassen mit mehr als 7, 5 ha LN (1966 !!) und eine Abnahme in den verbleibenden unteren Größenklassen. (Siehe dazu und zu den folgenden Ausführungen die Tabelle S. 78). Mit 62 % finden die Pachtland bewirtschaftenden Betriebe (1966) die weiteste Verbreitung in den Größenklassen mit 7, 5 - 10 ha bzw. mit 15 - 20 ha LN. Die geringsten Werte haben dagegen mit 30 % die Größenklassen mit 0, 5 - 1 bzw. 1 - 2 ha LN zu verzeichnen.

Die Pachtlandanteile im Durchschnitt aller Betriebe mit Pachtländereien folgen dieser Entwicklung jedoch nur mit Einschränkung. So verhinderte die gleichzeitige Zunahme der Eigentums- und der Pachtländereien in zahlreichen Betrieben die Veränderung der anteiligen Verbreitung der beiden Besitzarten. Hinzu kommt, daß zahlreiche Betriebe erstmals Ländereien angepachtet haben. Beides führt zu einer unterproportionalen Zunahme der Pachtlandanteile. Sie erreichten 1966 ihren höchsten Wert mit 40 % bei den Betrieben mit 5 - 7,5 bzw. 7,5 - 10 ha, um sich sowohl zu den größeren als auch zu den kleineren Betrieben hin zu verringern. Den geringsten Pachtlandanteil von 21 % hatten die Größenklassen mit 0,5 - 1 ha LN aufzuweisen. Diese Ausführungen machen deutlich, daß die Landpacht zunehmend als entscheidendes Instrument der Anpassung der Betriebe an die sich verändernden wirtschaftlichen Verhältnisse verstanden wird und daß die Trennung von Bodeneigentum und Bodenbewirtschaftung, welche in anderen Ländern bereits wesentlich weiter fortgeschritten ist, keineswegs als Anomalie bzw. als Unsicherheitsmoment aufgefaßt wird. Die parallel hierzu erfolgten Eigentumsveränderungen, welche nach der Zahl der Fälle, nicht aber nach dem Umfang der Fläche, überwogen, waren dagegen weniger zielgerichtet bzw. im geringeren Maße von primär landwirtschaftlichen bzw. betriebswirtschaftlichen Überlegungen getragen.

3. Die Organisation der Untersuchungsbetriebe 1958 sowie deren Veränderungen bis 1966

Unter Betriebsorganisation sei hier die quantitative und funktionale Zuordnung der Produktionsfaktoren Boden - Arbeit und Kapital verstanden. Sie ist kein statischer Zustand, sondern ein in ständiger Anpassung befindlicher Prozeß. Zu den Triebkräften zählen "...die agrarpolitische Lage, die natürlichen und wirtschaftlichen Standortverhältnisse sowie die Preise und Preisrelationen...., innerhalb des Betriebes wirken die innerbetrieblichen Verflechtungen.....".¹⁾ Das Ziel ist die Nutzenmaximierung.

1) Rolfes, M.: Handbuch der Landwirtschaft, Bd. V, 2. Auflage, Hamburg 1954, S. 347

Ebensowenig wie es eine für alle Zeiten optimale Betriebsorganisation gibt, kann es demnach eine für alle Betriebe gleichermaßen zweckmäßige Organisationsform geben. Trotzdem lassen sich in Abhängigkeit von Zeit und Raum bzw. von den natürlichen und wirtschaftlichen Standortbedingungen Gemeinsamkeiten der Betriebsorganisation und deren Veränderungen feststellen. (Siehe auch . . . 1) Hier sei nur an die in der BRD (und darüber hinaus in Westeuropa und Nordamerika) weit verbreitete Tendenz zur Substitution von Arbeitskräften durch Kapital, deren Vergrößerung der Betriebe und der Betriebszweige, der zunehmenden Spezialisierung sowie der abnehmenden Organisationsintensität erinnert. (Siehe . . . 2, 3, 4) Der Grad der Anpassung ist jedoch unterschiedlich bzw. nur selten optimal; auch erfolgt er meist mit einer zeitlichen Verzögerung. Die Hemmnisse für eine ständige, optimale und kurzfristige Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse sind sowohl psychologischer als auch wirtschaftlicher, technischer und organisatorischer Natur. (Siehe . . . 5) Auch in dem hier vorliegenden Gebiet bzw. innerhalb der in die Untersuchung einbezogenen Betriebe wurden zwischen 1958 und 1966 Veränderungen der Betriebsorganisationen vorgenommen.

Die Darstellung von Art, Umfang und räumlicher Verteilung derselben sowie der Ausgangssituation soll Gegenstand der nachfolgenden Ausführungen sein.

a) Bodennutzung

Der Boden ist derjenige unter den Produktionsfaktoren, dessen Nutzungsmöglichkeiten von Natur aus die weitestgehende Festlegung erfährt. Das gilt insbesondere für die anteilige Verbreitung der verschiedenen Kulturarten ⁶⁾ bzw. Nutzungsarten ⁷⁾.

1) Andreae, B.: Betriebsformen in der Landwirtschaft, Stuttgart 1964, S. 22 u. folgende.

2) Blohm, G.: Die Neuorientierung der Landwirtschaft, Stuttgart 1963, S. 11 u. folgende

3) Andreae, B.: Landbau bei hohem Lohn, Stuttgart 1962, S. 12 u. folgende

4) Andreae, B.: Der vereinfachte Betrieb, a. a. O.

5) Kötter, H.: Landbevölkerung im sozialen Wandel, Düsseldorf 1958, S. 102

6) Landwirtschaftliche Nutzfläche, Wald, bewirtschaftete Gewässer

7) Ackerland, Grünland, Gartenland, Rebland, etc.

Innerhalb dieses Spielraumes, der von Standort zu Standort erheblichen Schwankungen unterliegt, entscheidet der Betriebsleiter unter Berücksichtigung seiner eigenen Zielvorstellungen bzw. der gesamtgesellschaftlichen Situation und Entwicklung über die tatsächliche Nutzung. Die anschließend wiedergegebenen Gemeinsamkeiten sind ebenso wie die Abweichungen eine Folge des wechselnden Einflusses dieser beiden Faktoren. Die Gemeinsamkeiten bestehen zunächst in den Vorkommen der beiden wichtigsten Bodennutzungsarten Dauergrünland und Ackerland in der überragenden Mehrzahl aller untersuchten Betriebe. So hatten 1958 88 % der 530 hier untersuchten Betriebe beide Nutzungsarten, während nur 9 % ausschließlich über Ackerland und der Rest von 3 % ausschließlich über Grünland verfügte.

Die Betriebe mit beiden Nutzungsarten gehörten zum größten Teil den mittleren und oberen Größenklassen an. Mit abnehmender Betriebsgröße traten dagegen die mit nur einer der beiden bzw. mit nur Ackerland stärker hervor, wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist:

Tabelle: Untersuchungsbetriebe mit beiden Nutzungsarten sowie Betriebe mit ausschließlich Ackerland und ausschließlich Grünland nach Größenklassen (1958) in %

[illegible]

Danach hatten nur 12 % der Betriebe mit 0,5 - 1 ha LN zu diesem Zeitpunkt Ackerland und Grünland. In der Größenklasse von 1 - 2 ha LN erhöhte sich deren Anteil bereits auf 57 % oder auf mehr als die Hälfte, um dann sehr schnell auf 87 %, 90 % bzw. 95 % und schließlich 100 % anzusteigen. Im Gegensatz hierzu hatten 78 % der Betriebe von 0,5 - 1 ha LN nur Ackerland. Diese Quote verminderte sich mit zunehmender Betriebsgröße jedoch sehr schnell und betrug schließlich nur noch 3 % bzw. 4 % bei den Größenklassen mit 7,5 - 10 ha bzw. 10 - 15 ha. Bei den Betrieben mit mehr als 15 ha LN kamen dagegen solche ausschließlich auf Ackerbau ausgerichtete Betriebe überhaupt nicht mehr vor.

Die Betriebe mit ausschließlich Grünland, welche nach Zahl und Anteil die schwächste der 3 Gruppen darstellten, fanden ihre stärkste Verbreitung ebenfalls in den unteren Größenklassen; doch erreichte der höchste Wert hier (0,5 - 1 ha LN) nur 10 %, um dann auf 1 % in der Größenklasse von 10 - 15 ha LN abzusinken. Ähnlich wie bei den Betrieben mit ausschließlich Ackerland fanden sich solche mit ausschließlich Grünland in den oberen Größenklassen (über 15 ha LN) nicht. Wenn auch die geringe Zahl der Betriebe namentlich in den unteren Größenklassen ein Moment der Unsicherheit für die daraus resultierenden Aussagen darstellt, so scheinen diese doch durchaus glaubhaft. Das gilt insbesondere für die auch anderenorts gemachte Feststellung, wonach gerade die *Kleinbetriebe* häufig auf die Großviehhaltung und damit auch auf Grünland verzichten und bevorzugt Ackerfrüchte anbauen, während die größeren, die Haupt- und Vollerwerbsbetriebe wenn nicht ausschließlich so doch in der Mehrzahl vielseitig organisiert sind bzw. meist Acker- und Grünland bewirtschaften.

Im Gegensatz zu den Betriebsgrößen verkörpern die verschiedenen sozial-ökonomischen Gemeindegruppen auch gleichzeitig ausgeprägtere natürliche Standortunterschiede. Es ist daher zu prüfen, ob und in welchem Ausmaß sich diese auf die zahlenmäßige Verbreitung der verschiedenen Bodennutzungsarten auswirken.

Eine Zuordnung aller (N 530) Untersuchungsbetriebe zu den Gemeindegruppen ergab, daß davon 95 % in den agrarischen und 82 % in den industriellen Gemeinden (1958) sowohl Ackerland als auch Grünland bewirtschafteten.

Der Anteil der Betriebe mit ausschließlich Ackerland lag in den agrarischen Gemeinden mit 4 % erwartungsgemäß niedriger als im Durchschnitt aller Betriebe (9 %) bzw. der industriellen Gemeinden, bei denen das für 13 % derselben zutraf.

Betriebe mit ausschließlich Grünland waren dagegen in beiden Gruppen vergleichsweise selten. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe betrug in den agrarischen Gemeinden 1 % und in den industriellen Gemeinden 5 %.

Tabelle : Betriebe mit beiden Nutzungsarten sowie Betriebe mit ausschließlich Ackerland und ausschließlich Grünland 1958 nach Gemeindegruppen (%)

	Agrarische Gemeinden	Industrielle Gemeinden	Gesamt
Zahl der Betriebe ges.	238	292	N 530
% d. Betriebe mit Al. u. Gl.	95	82	88
% d. Betriebe mit nur Al.	4	13	9
% d. Betriebe mit nur Gl.	1	5	3
gesamt :	100 %	100 %	100 %

Die industriellen Gemeinden zeichneten sich danach offensichtlich, gemessen an der zahlenmäßigen Verbreitung der Bodennutzungsarten, durch eine leichte überdurchschnittlich ausgeprägte Vereinfachung der Bodennutzung aus. Jedoch konnte von einer weitreichenden Spezialisierung auch hier keine Rede sein. Die Kenntnis der Zahl der Betriebe mit Ackerland, mit Grünland und mit beiden Nutzungsarten reicht jedoch allein nicht aus, um das Gewicht bzw. die betriebswirtschaftliche Bedeutung für die einzelnen Betriebe zu beurteilen. Das setzt vielmehr die zusätzliche Berücksichtigung des Umfangs dieser Flächen (bzw. dieser Anbauverhältnisse) für die einzelnen Betriebsgrößenklassen und Gemeindegruppen voraus. Beide finden ihren gemeinsamen Niederschlag in den Bodennutzungssystemen. ¹⁾

1) Hauptverband landwirtschaftlicher Buchstellen e. V.: Betriebswirtschaftliche Begriffe in: Pflug und Feder H. 14, Bonn 1959, S. 7, 8, 9

Bodennutzungssysteme	Anbau in v. H. der landwirtschaftlichen Nutzfläche			
	Sonderkul- turen	Hack- früchte	Getreide	Futter- bau
I. Sonderkulturengruppe Sonderkulturbetriebe	üb. 10			
II. Hackfruchtbaugruppe				
H(Z)Zuckerrübenbaubetr.				
H(K)Kartoffelbaubetr.		üb. 25		
H Hackfruchtbaubetr.				
HG Hackfrucht-Getreidebaubetr.				
HG I mit stärkerem Hackfrucht.		20-25	üb. 20	0-50
HG II mit schwächerem "		15-20	üb. 20	0-50
HF Hackfrucht-Futterbaubetr.		15-25	0-30	üb. 50
III. Getreidebaugruppe				
GH Getreide-Hackfruchtbau		10-15	üb. 30	0-60
GF Getreide-Futterbaubetr.		0-10	30-60	40-70
IV. Futterbaugruppe				
Futterbaubetriebe				
FI mit 60-80 v. H. Futterbauanteil		0-15	0-30	60-80
FII mit 80 v. H. u. mehr Futteranteil		0-15	0-20	üb. 80
V. Sonstige Betriebe				
HGF Hackfrucht-Getreide- Futterbaubetriebe		10-15	20-30	40-60

In dieser Systematik werden die landwirtschaftlichen Betriebe in Sonderkultur - Hackfrucht - Getreide - und Futterbaubetriebe eingeteilt. Auch die hier untersuchten (N 530) Betriebe wurden nach diesen Kriterien unterteilt. Dabei ergab sich, daß 1958 mit 67 % etwa 2/3 derselben der Hackfruchtbaugruppe zugehörten. Auf die Getreidebaugruppe entfielen zu diesem Zeitpunkt 25 % und auf die Futterbaugruppe 8 %, während Sonderkulturbetriebe nicht vorkamen. Die drei Hauptgruppen werden zusätzlich, je nach Art und Umfang der verschiedenen Pflanzenarten in weitere Untergruppen unterteilt. Für die der Hackfruchtbaugruppe angehörenden Untersuchungsbetriebe ergibt sich aus einer solchen zusätzlichen Unterteilung, daß davon etwa 1/3 Hackfruchtbaubetriebe (H) im engeren Sinne waren während sich der Rest etwa zu gleichen Teilen auf Hackfruchtgetreidebaubetriebe I (HG I), Hackfruchtgetreidebaubetriebe II (HG II) und Hackfruchtfutterbaubetriebe (HF) verteilte. Von den zur Getreidebaugruppe gehörenden Betrieben waren 60 % sogenannte Getreide - Hackfruchtbaubetriebe (GH).

Die hier noch verbleibenden Betriebe gehörten ausschließlich zur Gruppe der Getreide-Futterbaubetriebe (GF). Die Betriebe der Futterbaugruppe (F), in ihrem Anbau homogener als die vorgenannten, wurden wegen ihrer geringen Zahl hier nicht weiter unterteilt. Die Betriebe mit den verschiedenen Bodennutzungssystemen verteilten sich (1958) nicht gleichmäßig auf die einzelnen Betriebsgrößenklassen und Gemeindegruppen sondern zeigten gewisse Ansätze zur Konzentration. So gehörten in den agrarischen Gemeinden 60 % und in den industriellen Gemeinden 71 % zu der Hackfruchtbaugruppe. Hier findet offensichtlich besonders der in den industriellen Gemeinden mit ihren günstigen natürlichen Standortbedingungen verbreitete Zuckerrübenanbau seinen Niederschlag.

Innerhalb der verschiedenen Größenklassen fanden die Hackfruchtbaubetriebe ihre prozentual stärkste Verbreitung bei den Betrieben mit einer LN von 0,5 - 1 ha. Zwar war deren Zahl verhältnismäßig gering, doch fällt auf, daß sie sowohl in der agrarischen als auch in den industriellen Gemeinden nicht nur ausschließlich der Hackfruchtbaugruppe sondern der Hackfruchtbaubetrieben im engeren Sinn angehörten. Dieser relativ umfangreiche, von den natürlichen und wirtschaftlichen Standortbedingungen weitgehend unabhängige Hackfruchtbau, der i. d. H. aus Kartoffeln besteht, dürfte vornehmlich dem in den 50er Jahren noch weit verbreiteten Streben nach Selbstversorgung entspringen. Pflege und Ernte der absolut geringen Hackfruchtflächen bereitete dabei keinerlei Schwierigkeiten und eine hohe Arbeitsproduktivität wurde wegen des (meist) zusätzlichen Einkommens aus einer nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeit bzw. aus Renten etc. hier nicht angestrebt. (Siehe dazu...¹⁾).

Demgegenüber verminderten sich mit zunehmender Betriebsgröße die Anteile der zur Hackfruchtbaugruppe gehörenden Betriebe und ganz besonders der Hackfruchtbaubetriebe im engeren Sinn. Das galt vornehmlich für die Größenklassen mit mehr als 15 ha LN in den agrarischen Gemeinden. Hier gehörten 1958 47 % der Betriebe zu der Hackfruchtbaugruppe, während der entsprechende Anteil bei den industriellen Gemeinden 66 % betrug.

1) Meimberg, P.: Zur Frage einer optimalen Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft, in: Agrarwirtschaft, Hannover 1961, H. S., S. 204

Die Betriebe der Getreidebaugruppe stellten in allen Größenklassen mit Ausnahme der Kleinbetriebe mit 0,5 - 1 ha LN bzw. in beiden Gemeindegruppen nach den Hackfruchtbaubetrieben die stärkste Fraktion dar. Ihre Anteile an der Gesamtzahl der Betriebe je Größenklasse erhöhte sich sowohl in den agrarischen als auch in den industriellen Gemeinden mit der Betriebsgröße und schwankten zwischen 28 % und 44 % in der ersten bzw. zwischen 21 % und 27 % in der zweiten Gruppe. Dabei überwogen in den agrarischen Gemeinden die Getreide-Futterbaubetriebe und in den industriellen Gemeinden die Getreide-Hackfruchtbaubetriebe.

Der Anteil der Futterbaubetriebe an der Gesamtzahl der Untersuchungsbetriebe betrug nur 8 %; ihre zusätzliche Unterteilung in Gemeindegruppen und Betriebsgrößenklassen führt zu unverhältnismäßig kleinen Gruppen, welche keine ausreichende Basis für darauf aufbauende Aussage darstellten. Trotzdem sei hier darauf verwiesen, daß ihr Anteil an der Gesamtzahl der Untersuchungsbetriebe mit mehr als 1 ha LN in beiden Gemeindegruppen in umgekehrter Relation zu der jeweiligen Betriebsgrößenklasse stand. In beiden Gemeindegruppen bestand danach, wenn auch mit unterschiedlicher, quantitativer Ausprägung eine negative Beziehung zwischen Betriebsgröße und Anbauintensität.

Jedoch beschränkt sich diese Erscheinung nicht auf das Untersuchungsgebiet; sie ist vielmehr darüber hinaus auch im Bundesgebiet verbreitet, wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist:

Tabelle : Landwirtschaftliche Betriebe (ohne H. P. R. Gartenbauerzeugnisse) mit 2 und mehr ha LN in der BRD nach Bodennutzungssystemen ¹⁾ 1960 in %

Bodennutzungssysteme	2 - 5	5 - 10	10 - 20	20 - 50 ha
Hackfruchtbaugruppe	41	38	35	29
Getreidebaugruppe	18	29	35	40
Futterbaugruppe	28	25	23	23
(Sonstige)	13	8	7	8
Gesamt	100	100	100	100

1) Errechne nach B. M. L., Stat. Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hamburg 1968, S. 29

Sieht man von den Kleinstbetrieben ab, bei denen ökonomische Gesichtspunkte stärker in den Hintergrund treten, so dürfte sich darin das Bestreben der Betriebsleiter widerspiegeln, bei gegebener Flächenausstattung und konstantem AK Bestand ein möglichst hohes Einkommen zu erzielen. Vergleichsweise hohe Grünland- und Hackfruchtanteile ermöglichen den kleineren und mittleren Betrieben eine relativ umfangreiche Viehhaltung, welche wiederum eine ganzjährige, produktive Auslastung des hier zwangsläufig hohen Arbeitskräftebesatzes erlaubt. Zwar vermögen sie auf diese Weise nur eine geringe Arbeitsproduktivität je Stunde zu erzielen, doch führt das im Zusammenhang mit dem großen Arbeitsanspruch dieses Betriebszweiges zu der höchstmöglichen Arbeitsproduktivität je Jahr. Im Gegensatz hierzu können die größeren, bodengesättigten Familienbetriebe solche Betriebszweige wählen, welche eine größere Arbeitsproduktivität je Stunde erbringen. Hierzu zählen die Mehrzahl der Ackerfrüchte und ganz besonders das Getreide. Obwohl die Zahl der benötigten Arbeitsstunden je ha dabei meist vergleichsweise gering ist, ermöglicht die größere Fläche doch eine produktive Auslastung des Arbeitskräftebestandes und folglich die Erwirtschaftung eines hohen Einkommens je Arbeitskraft und Jahr. Innerhalb des von Natur gesetzten Rahmens sind daher vergleichsweise hohe Grünlandanteile in den kleineren, bodenarmen Betrieben ebenso wie eine stärkere Ausdehnung des Getreidebaues in den größeren Betrieben betriebswirtschaftlich durchaus sinnvoll. (Siehe dazu auch ... ¹⁾ ²⁾).

Zwischen 1958 und 1966, dem Erhebungszeitpunkt, wurden in zahlreichen Betrieben Veränderungen der Bodennutzung vorgenommen. Obwohl solche Veränderungen bei allen Bodennutzungsarten vorkommen, lassen sich doch einige charakteristische Entwicklungstendenzen feststellen. So wurde der Hackfruchtbau häufiger eingeschränkt bzw. aufgegeben als ausgedehnt bzw. neu aufgenommen. Im Gegensatz hierzu überwogen beim Grünland und beim Getreide die Ausdehnung vor der Reduzierung. Eine ähnliche Entwicklung vollzog bzw. vollzieht sich auch darüber hinaus im Bundesgebiet, wie dem Statistischen Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu entnehmen ist. ³⁾ (Siehe außerdem ... ⁴⁾)

1) Andrae, B.: Der vereinfachte Betrieb, a.a.O., S. 47

2) Blohm, G.: Die Neuorientierung der Landwirtschaft, a.a.O., S. 113

3) B. M. L.: Stat. Jahrb. über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1968, Hamburg 1968, S. 69

4) Röh, H.: Die westdeutsche Landwirtschaft, München 1964, S. 48

Die Ausdehnung des Hackfruchtbaues zeigte in den agrarischen Gemeinden eine, wenn auch schwache Konzentration im Bereich der mittleren Betriebe (5 - 15 ha). Die Betriebe mit mehr als 15 ha LN waren dagegen kaum daran beteiligt. Im Gegensatz hierzu erstreckte sie sich in den industriellen Gemeinden auch und besonders auf diese. Dabei handelt es sich in der Hauptsache um Zuckerrüben, welche ausschließlich in den industriellen Gemeinden angebaut wurden. Der Umfang der Ausweitung des Hackfruchtbaues schwankte in weiten Grenzen ohne deutliche Schwerpunktbildung, erreichte jedoch nur selten mehr als die Hälfte der Ausgangsfläche. Einschränkung und Aufgabe desselben kamen dagegen in beiden Gemeindegruppen etwa in gleichem Umfange vor.

Während sie sich in den agrarischen Gemeinden im Bereich der Größenklassen mit 5 - 15 ha leicht häuften, traf das im Falle der industriellen Gemeinden auch für die Größenklassen über 15 ha LN zu. Nur ausnahmsweise wurde der Hackfruchtbau vollständig eingestellt. I. d. H. kamen Einschränkungen von weniger als der Hälfte der ursprünglichen Fläche vor. Die Ausdehnung des Getreidebaues beschränkte sich in den beiden Gemeindegruppen fast ausschließlich auf die Betriebe mit mehr als 5 bzw. 15 ha LN; sie kam in den industriellen Gemeinden häufiger vor als in den agrarischen Gemeinden. Der Umfang der Ausdehnung schwankt auch hier in weiten Grenzen; er lag jedoch in der Mehrzahl der Betriebe bei weniger als 50 % der ursprünglichen Getreideflächen. Im Gegensatz hierzu wurden Einschränkungen derselben in allen Größenklassen bzw. in beiden Gemeindegruppen vorgenommen.

Die Häufigkeit derselben stand namentlich in den industriellen Gemeinden in umgekehrter Beziehung zur Betriebsgröße. D. H., daß sie sich hier bevorzugt auf die kleineren Betriebe konzentrierte; während in den agrarischen Gemeinden eine solche Beziehung nicht bestand bzw. nicht feststellbar war. Nur in einigen meist kleineren Betrieben wurde der Getreidebau vollständig aufgegeben. In der Mehrzahl der Fälle erreichte die Einschränkung nicht einmal 50 % der Ausgangsfläche und in einigen Fällen betrug sie nur 10 %. Insgesamt überwog (und ganz besonders in den industriellen Gemeinden) die Tendenz zur Ausweitung des arbeitsproduktiven Getreidebaues in den dafür geeigneten größeren Betrieben. Ihre Grünland- bzw. Futterflächen hatten besonders die Inhaber mittlerer und größerer Betriebe ausgedehnt.

Obwohl diese Entwicklung in beiden Gemei ndegruppen zu verzeichnen war, zeigte sie eine gewisse Häufung in den agrarischen Gemeinden. Diese Tatsache erklärt sich unschwer aus den relativ ungünstigen natürlichen Standortbedingungen der Mehrzahl gerade dieser Gemeinden bzw. deren Eignung für Grünlandwirtschaft. Ausdehnung und Einschränkung der Grünlandflächen überstiegen nur selten die Hälfte der ursprünglichen Flächen. Ausdehnung um 100 % einerseits und vollständige Einschränkung andererseits kamen insgesamt nur in zwei Fällen vor und beschränkten sich auf mittlere Betriebe. Mit diesen Veränderungen muß nicht immer ein Übergang in ein anderes Bodennutzungssystem einhergehen. Das trifft nur dann zu, wenn dieselben einen gewissen Schwellwert überschreiten bzw. wenn nicht, etwa durch Ausdehnung oder Einschränkung der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der Anbau mehrerer oder aller Bodennutzungszweige (Hackfrucht, Getreide, Futterbau ...) gleichzeitig bzw. im gleichen Umfang ausgedehnt oder eingeschränkt wird, was jedoch häufig zutraf.

So kamen Übergänge von einen Bodennutzungssystem zum anderen auch seltener vor als Veränderungen im Anbau insgesamt. Für 1966 ergibt sich unter Berücksichtigung der durch Aufstockung und Abstockung veränderten Betriebsgrößenstruktur, für die verschiedenen Größenklassen bzw. Gemeindegruppen die nachfolgend wiedergegebene Verteilung der Bodennutzungssysteme. Danach gehörte auch 1966 die Mehrzahl der Betriebe zu der Hackfrucht- b augruppe. Das galt sowohl für die agrarischen als auch für die industriellen Gemeinden. Trotzdem hat sich ihr Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe zwischen 1958 und 1966 sowohl in den agrarischen als auch in den industriellen Gemeinden vermindert. Hervorzuheben ist dabei die Tatsache, daß deren Anteile zwischen 1958 und 1966 in allen Größenklassen der agrarischen Gemeinden stärker zurückgegangen sind als in den industriellen Gemeinden und daß die entsprechenden Zugänge bei den verbleibenden Bodennutzungssystemen im Falle der agrarischen Gemeinden bevorzugt auf die Futterbaubetriebe und in den industriellen Gemeinden i. d. H. auf die Getreidebaubetriebe aber auch auf die Futterbaubetriebe entfielen.

Wenn sich demnach die Umorganisation der Bodennutzung auch in vergleichsweise engen Grenzen hielt, so ist die Anpassung an die Bedürfnisse des Marktes innerhalb des Kräftedreieckes natürliche Standortbedingungen - Betriebsgröße und betriebsnotwendiger Arbeitskräftebesatz doch erkennbar. (Siehe dazu^{1) 2)}).

1) Andreae, B.: Der vereinfachte Betrieb, a.a.O., S. 47

2) Blohm, G.: Die Neuorientierung der Landwirtschaft, a.a.O., S. 113

Tabelle : Bodennutzungssystem nach Betriebsgrößenklassen und nach Gemeindegruppen 1958 und 1966 in %

Agr. Gem.	Betr. Größe 1958				/	Betr. Größe 1966			
	H %	G %	F %	%		H %	G %	F %	%
Betr. Größe	ges.					ges.			
(N 238)									
0,5 - 1	100	-	-	100		66	-	34	100
1 - 5	60	28	12	100		55	27	18	100
5 - 15	63	30	7	100		47	44	9	100
15	47	44	9	100		41	30	29	100
=====									
Ind. Gem.									

Betr. Größe									
(N 292)									
0,5 - 1	100	-	-	100		87	-	13	100
1 - 5	70	21	9	100		65	22	13	100
5 - 15	72	21	7	100		60	29	11	100
15	66	27	7	100		61	31	8	100

b) Nutztierhaltung

Nach WOERMANN ¹⁾ sind Bodennutzung und Nutztierhaltung auf allen Entwicklungsstufen der Landwirtschaft eng miteinander verbunden. Ihre Aufgaben bestehen je nach Entwicklungsstufe in Arbeitersparnis, Ertragssteigerung bzw. in Ertragsveredlung. ²⁾ "Auf der ersten Stufe der Weidewirtschaft ist die Nutztierhaltung das einzige Mittel um Nahrungs- und Genußmittel zu gewinnen. Auf der zweiten Stufe bewirkt die Verdichtung der Tierhaltung eine Steigerung der Produktivität des Ackerbaues. Auf der dritten Stufe sinkt zwar die Nahrungsmittelproduktion wegen des Veredlungsverlustes, doch steht diesen eine höhere Qualität ... der Nahrungsmittel gegenüber"... "damit tritt a u c h der Ackerbau in den Dienst der tierischen Produktion. Auf dieser Stufe der tierwirtschaftlichen Entwicklung befindet sich ein grosser Teil der europäischen und nordamerikanischen Landwirtschaft." ³⁾ Sie ist auch kennzeichnend für die Nutztierhaltung im Untersuchungsgebiet bzw. der hier untersuchten Betriebe. Charakteristisches Merkmal war bzw. ist dabei 1958 die zweite Verbreitung der wichtigsten Nutztierarten praktisch über alle Betriebsgrößenklassen und Gemeindegruppen sowie die Tatsache, daß sich die Bestandsgröße i. d. H. an der betriebseigenen Futterbasis orientieren. Rinder und Schweine, als wichtigste Nutztierarten der hiesigen Landwirtschaft wurden 1958 in weit mehr als 90 % aller Betriebe gleichzeitig gehalten, wie der Tabelle auf der folgenden Seite zu entnehmen ist. Darauf folgten Hennen und Zuchtsauen, während Masthähnchen insgesamt nur in einem Betrieb vorkamen. Zwischen den beiden Gemeindegruppen wichen diese Werte derart ab daß die Quote der Betriebe mit einer vielseitigen Tierhaltung in den agrarischen Gemeinden höher war als in den industriellen Gemeinden. Von den Inhabern der Kleinstbetriebe (0,5 - 1 ha) hielt 1958 nur jeder 5. Rinder und jeder 8. Milchkühe. Zuchtsauen und Masthähnchen kamen hier überhaupt nicht vor, während 75 % derselben Mastschweine und 44 % Legehennen hatten. (Auf die relativ große Bedeutung der Mastschweinehaltung in den Betrieben dieser Größenklassen weist auch KÜTTNER in seiner Untersuchung hin) ⁴⁾.

1) Woermann, E.: Handbuch der Landwirtschaft, Band 5 Hamburg 1954, S. 399

2) Brinkmann, Th.: Aufgaben und Bedeutung der Tierhaltung, in: Stang und Wirth, Tierheilkunde, Berlin 1926

3) Woermann, E.: Handbuch der Landwirtschaft, a. a. O., S. 400

4) Küttner, H.: Materialien zur regionalen Wirtschaftsentwicklung, Bonn 1965, S. 93

Tabelle: Verbreitung der Nutztierarten innerhalb der beiden Gemeindegruppen und der verschiedenen Betriebsgrößenklassen 1958 in %
 von 530 Untersuchungsbetrieben hatten %

Tierart	ges.	agr.	ind.	0,5-1	1-2	2-5	5-7,5	7,5-10	10-15	15-20	20-30	30-40	40-50	50ha
Zahl der Betr.	530	238	292	18	18	118	97	103	113	47	12	3	--	LN
... Rinder	92	95	86	20	78	96	95	99	97	100	100	100	-	1
Milchkühe	90	95	82	13	55	90	93	96	96	97	100	66	-	100
Mastschweine	95	97	88	75	84	93	95	95	95	98	100	100	-	100
Zuchtsauen	39	41	36	0	0	6	20	53	68	73	75	33	-	0
Hennen	76	78	70	44	83	74	78	77	78	78	75	33	-	100
Masthähnchen	0,2	0	0,3	0	0	1	0	0	0	0	0	0	-	0

Tabelle : Durchschnittliche Größe der Bestände ausgewählter Tierarten nach Betriebsgrößenklassen 1958

Betr. Gr. Tierart	0, 5-1	1-2	2-5	5-7, 5-10	7, 5-10	10-15	15-20	20-30	30-40	40-50	50
Rinder	2	2	4	7	9	11	16	19	26	-	25
Milchkühe	2	2	3	4	5	6	7	10	12	-	15
Mastschweine ¹⁾	3	3	4	6	17	18	24	27	51	-	35

1) Bei Mastschweinen Jahresproduktion !

Die Struktur der Nutztierhaltung in den Betrieben mit 0,5 - 1 ha LN bestätigt demnach in gewisser Weise die im Zusammenhang mit den Ausführungen über Bodennutzung gemachten Ausführungen, wonach diese in beiden Gemeindegruppen ausschließlich zu den Hackfruchtbaubetrieben gehörten und folglich nur über wenig Rauhfutterfläche als Basis für eine Rinderhaltung verfügten.

Der Umfang der Tierbestände war hier überwiegend auf die Selbstversorgung der Bewirtschafterfamilie abgestellt. So wurden im Durchschnitt der rinder- bzw. schweinehaltenden Betriebe 2 Rinder bzw. 3 Schweine (jährlich) gehalten. Auch die Hennenhaltung beschränkte sich hier ausschließlich auf Bestände von weniger als 50 Tieren.

Mit zunehmender Betriebsgröße erhöhte sich jedoch die Quote der rinderhaltenden Betriebe schnell. So hielten im Durchschnitt dieser Größenklassen von 1 - 2 ha LN bereits 78 % und von denen mit 2 - 5 ha sogar 96 % Rinder. Sieht man von den Betrieben mit weniger als 2 ha LN ab, so war die Rinderhaltung fast immer gleichbedeutend mit Milchviehhaltung. Nur wenige der Rinderhaltenden Betriebe mit mehr als 2 ha LN hatten ausschließlich Mastrinder. Die durchschnittlichen Bestandsgrößen je Größenklasse schwankten bei Rindern zwischen 2 und 26 und bei Milchkühen zwischen 2 und 15 Tieren. Mastschweine hielten bereits 84 % der Betriebe mit 1-2 ha LN. Mit zunehmender Betriebsgröße erhöhte sich auch diese Quote sehr schnell, erreichte jedoch erst bei den Größenklassen mit 20 ha LN und mehr 100 %. Die durchschnittliche Jahresproduktion erhöhte sich mit den Betriebsgrößenklassen und schwankte zwischen 2 und 51 Tieren. Wenn auch die Abweichungen hiervon in den einzelnen Betrieben nicht unerheblich waren, so bleibt doch festzustellen, daß nur ein einziger Betrieb 500 Schweine im Jahr mästete. Die Quote der Betriebe mit Hennen erreichte bei den Größenklassen von 1 - 2 ha LN 83 %. Die Quote wurde lediglich bei den Größenklassen von mehr als 50 ha LN (100 %) übertroffen. In allen anderen Größenklassen lag dieser Wert z. T. nicht unerheblich darunter. Die Hennenhaltung ist in viel geringerem Maße als die der vorgenannten Tierarten von der Betriebsgröße abhängig.

Ganz allgemein war die wirtschaftliche Bedeutung der Hennenhaltung für die untersuchten Betriebe gering. Nur ein Betrieb hatte einen Bestand zwischen

200 und 500 Tieren. Der Besatz ¹⁾ an Großvieheinheiten je ha stand in umgekehrter Relation zur Betriebsgrößenklasse. Er schwankte zwischen 1,5 GV/ha im Durchschnitt der Betriebe mit weniger als 2 ha LN und 0,8 GV bei denen mit mehr als 30 ha LN. Aus diesen Ausführungen resultiert, daß 1958 Ansätze zur Herausbildung einer spezialisierten und z. T. von Flächen unabhängigen Nutztierhaltung unter den hier untersuchten Bereich der Erwerbslandwirtschaft nicht feststellbar waren. Ob und in welchem Umfang das 1966 zutraf, soll nachfolgend untersucht werden.

Kennzeichnend für die Entwicklung zwischen 1958 und 1966 war zunächst ein Nebeneinander von Bestandserweiterungen und Bestandsverringerungen. Das traf für alle Tierarten mit Ausnahme der Masthähnchen zu. Nach der Zahl der Fälle überwogen jedoch die Bestandserweiterungen. Beides gilt sowohl für die agrarischen als auch für die industriellen Gemeinden, wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist. (Tab. siehe nächste Seite). Zwischen den beiden Gemeindegruppen zeigten sich Abweichungen derart, daß in den agrarischen Gemeinden die Bestände aller Tierarten häufiger ausgedehnt und die der meisten bzw. wichtigsten Tierarten (Rinder, Milchkühe und Mastschweine) seltener reduziert wurden als in den industriellen Gemeinden. Die Betriebsgrößen erwiesen sich auch hier als relevant. Erwartungsgemäß hatten die kleineren Betriebe bevorzugt, wenn auch nicht ausschließlich, Bestandsverminderungen und die größeren Betriebe Bestandsvergrößerungen aufzuweisen.

Die Bestandsveränderungen folgten bei Rindern nach Art und Umfang weitgehend den vorausgegangenen Veränderungen der Fläche der Betriebe. ²⁾ Bei Mastschweinen, Zuchtsauen und Hennen traf das in geringem Maße zu, da hier sowohl die Möglichkeit des direkten Verkaufs der Futtermittel als auch des Zukaufes besteht.

Die Vergrößerung der Rinderbestände 1966 gegenüber 1958 beschränkte sich in mehr als der Hälfte der Betriebe, welche ihre Rinderhaltung ausgedehnt hatten auf Zuwachsraten von allenfalls 30 %.

1) Hauptverband der landwirtschaftlichen Buchstelle: Buchführungsbegriffe a.a.O., S. 10

2) z. T. wurden die Bestände allerdings trotz gleichbleibender Fläche auf Kosten der Futterfläche für zwischenzeitlich abgeschaffte Zugtiere vergrößert.

Tabelle: Betriebe mit Vergrößerungen, Verringerungen sowie Betriebe ohne zahlenmäßige Veränderungen der Tierbestände zwischen 1958 und 1966 nach Gemeindegruppen in %.

Tierart	agr. und ind. Gem. ges.			agrarische Gemeinden			industrielle Gemeinden					
	-	+	0	ges.	-	+	0	ges.	-	+	0	ges.
Rinder	20	49	31	100	16	50	34	100	23	45	32	100
Milchkühe	20	40	40	100	16	41	43	100	22	30	48	100
Mastschweine	13	46	41	100	13	48	39	100	14	43	43	100
Zuchtsauen	8	20	72	100	8	22	70	100	6	18	76	100
Hennen	11	10	68	100	13	33	54	100	12	24	64	100

Nur in jedem 6. dieser Betriebe wurden die Rinderbestände zwischenzeitlich verdoppelt.

Diese Bestandsvergrößerungen konzentrierten sich bevorzugt auf die Größenklassen 5 - 15 ha LN Ausgangsfläche. Die Verminderung der Rinderbestände war nicht nur nach der Zahl der Fälle sondern auch nach ihrem Umfang weitaus geringer. Nur etwa in jedem 10. dieser Betriebe wurden sie ganz aufgegeben, während sie etwa in der Hälfte der Fälle um 30 - 50 % reduziert wurde. Sie beschränkte sich fast ausschließlich auf die Klein- und Kleinstbetriebe mit geringen Ausgangsbeständen. Die Aufstockung war in den agrarischen Gemeinden stärker als in den industriellen Gemeinden. Unter den zusätzlich eingestellten Rindern waren Masttiere häufiger als Milchkühe.

Die Ausdehnung der Mastschweinebestände war im Gegensatz hierzu weit aus umfangreicher. Sie führte beispielsweise in einem Drittel der entsprechenden Betriebe zu einer Verdoppelung der Ausgangsbestände. In einem Teil der Fläche handelt es sich zwar um ursprüngliche Kleinstbestände, so daß die Produktion den Umfang der Selbstversorgung auch 1966 nicht wesentlich überstieg. In der Mehrzahl wurden dadurch jedoch Bestände von weit mehr als 100 Tieren Jahresproduktion erreicht. Sie konzentrieren sich auf die mittleren und oberen Größenklassen (5 - 15 ha bzw. 15 ha LN Ausgangsfläche). Die vollständige Aufgabe der Mastschweinehaltung kam dagegen nur in jedem 5. der Betriebe mit einer Verminderung der Mastschweinebestände vor. Dabei handelt es sich wiederum fast ausschließlich um Bestände mit 1 - 3 Tieren. Die Einschränkung der Bestände in den verbleibenden Betrieben zeigte dagegen keine deutliche Schwerpunktbildung bzw. war in ihrem Umfang von untergeordneter Bedeutung. Hier erweisen sich die Gemeindegruppen als weitgehend neutral.

Die Haltung von Zuchtsauen bzw. die Erzeugung von Ferkeln diente offensichtlich auch 1966 überwiegend der Eigenversorgung. Sie folgt in ihren Entwicklungstendenzen und im Umfang weitgehend den Bestandsveränderungen bei Mastschweinen.

Die Ausdehnung der Hennenbestände erreichte etwa in einem Drittel der Fälle 100 % des Ausgangsbestandes und darüber. Sie erfolgte ebenfalls i. d. H. in den mittleren Größenklassen. Die dadurch erreichten Bestandsgrößen überschritten jedoch 500 Tiere in der Regel nicht. Die verbleibenden Bestandsvergrößerungen waren aufgrund der geringen Ausgangsgröße bzw. der niedrigen Zuwachsrates ohne praktische Bedeutung. Ähnliches gilt für die gleichzeitig erfolgten Bestandsvermindierungen. Masthähnchen wurden auch 1966 nur in einem Betrieb gehalten. Hier wie im Falle der Mastschweine bzw. Zuchtsauenhaltung zeigt sich keine Präferenz der einen oder anderen Gemeindegruppe.

Aus diesen Veränderungen resultiert gegenüber 1958 nur geringfügige zahlenmäßige Zunahme der Betriebe mit einer Vereinfachung bzw. vollständigen Aufgabe der Nutztierhaltung. Die wenigen Fälle erstrecken sich in der Hauptsache auf die Klein- und Kleinstbetriebe, während solche vereinfachten bzw. spezialisierten Betriebe im Bereich der eigentlichen Erwerbslandwirtschaft auch 1966 eine Ausnahme darstellten bzw. viehlose Betriebe hier überhaupt nicht vorkamen. Der Viehbesatz verringerte sich 1966 gegenüber 1958 in den unteren Größenklassen geringfügig; in den mittleren und größeren Betrieben blieb er praktisch unverändert, da i. d. R. mit der Aufstockung der Bestände auch eine Vergrößerung der Fläche einherging. Das gilt zumindest für die Rindviehhaltung, auf welche der größte Teil des Tierbesatzes entfällt. Praktisch unverändert blieben aus diesem Grund auch die durchschnittlichen Tierbestände in den verschiedenen Größenklassen.

Die gestaltenden Kräfte in der Nutztierhaltung der Untersuchungsbetriebe sind, wie aus ihrer Vielfalt geschlossen werden kann, auch 1966 die natürlichen Standortbedingungen (Rinder bzw. Milchviehhaltung auf der Basis des absoluten Grünlandes) und die Betriebsgröße bzw. der Zwang zur produktiven Auslastung der betriebsnotwendigen Arbeitskräften (Ausdehnung der Rinder- bzw. Milchviehhaltung über das Volumen des absoluten Grünlandes hinaus in den kleinen und mittleren Betrieben und teilweise Veredelung des ansich marktfähigen Getreides und der Kartoffel).

Diese sowie die langfristige Festlegung durch spezielle Investitionen verhindern oder erschweren offensichtlich eine stärkere Ausrichtung der Nutztierhaltung auf dem Markt.

c) Mechanisierung

Die Ausgangssituation in der Mechanisierung der Untersuchungsbetriebe (1958) war gekennzeichnet durch den Einsatz von Schleppern etwa in der Hälfte aller Betriebe (48 %).

Sie fanden sich, wenn auch mit unterschiedlicher Häufigkeit, in allen Größensklassen. Die Quote der Schlepperbetriebe stieg mit der Betriebsgröße an und schwankte zwischen 22 % im Durchschnitt der Betriebe mit 5 ha LN und darunter und 90 % im Durchschnitt derer mit 15 ha LN und darüber.

50 % der Untersuchungsbetriebe hatten zum Zeitpunkt Pferde und 17 % hatten Arbeitskühe. Diese Werte addiert ergeben insgesamt 115 %. Daraus resultiert, daß ein Teil der Betriebe (15 %) außer Schlepper auch über tierische Zugkräfte verfügte.

Hierbei handelt es sich in der Hauptsache um die Kombination von Pferden und Schleppern und seltener um die von Arbeitskühen und Schleppern. Der Einsatz von tierischen Zugkräften zusätzlich zu den Schleppern beschränkte sich i. d. H. auf die Größenklassen von 7,5 - 30 ha LN, wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist: (Tabelle siehe nächste Seite). Die Betriebe mit über 30 ha LN und weniger als 7,5 ha LN verfügten dagegen nur ausnahmsweise über zweierlei Arten von Zugkräften. Dabei wurden jedoch bereits 1958 in mehreren größeren Betrieben Zweitschlepper eingesetzt, während andererseits in den Größenklassen mit weniger als 5 bzw. 2 ha LN nicht immer bzw. nur ausnahmsweise eine eigene Zugkraft vorhanden war. Alle Zugkraftarten (Arbeitskühe, Pferde und Schlepper) waren 1958 in den agrarischen Gemeinden prozentual etwas stärker verbreitet als in den industriellen Gemeinden. Von den Schleppern der Untersuchungsbetriebe waren insgesamt nur fünf im Gemeinschaftsbesitz. Davon entfielen zwei auf die agrarischen und drei auf die industriellen Gemeinden.

Für das Bundesgebiet lagen vergleichbare Werte für 1958 nicht vor. Wie dem Statistischen Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für 1968 ¹⁾ zu entnehmen ist, lag der Bestand an betriebseigenen ²⁾ Schleppern jedoch 1960 im Bundesdurchschnitt in allen Größenklassen geringfügig über dem des Untersuchungsgebietes.

1) B. M. L.: Statistisches Jahrbuch über E. L. F., 1968, a. a. O., S. 57

2) "Quote der Schlepperbetriebe" und "Bestand an betriebseigenen Schleppern" hier vergleichbar, da im Untersuchungsgebiet 1958 nur wenig zweite Schlepper.

Tabelle 1: Betriebe mit Arbeitskühen, mit Pferden sowie Betriebe mit Schleppern nach Größenklassen 1958 und 1966 in %

Betriebsgröße	0, 5-1	1-2	2-5	5-7, 5	7, 5-10	10-15	15-20	20-30	30-40	40-50	50	ges.
Zahl der Betr.	18	18	118	97	103	113	47	12	3	0	1	530
1958												
% der Betr. hat- ten Ar. Kühe	0	0	41	22	13	3	4	0	0	0	0	17
% hatten Pferde	0	0	11	35	69	87	85	75	0	0	100	50
% hatten Schlepper	22	17	21	50	50	60	90	91	100	0	100	58
Zahl der Betr.	22	28	117	78	89	102	62	28	3	0	1	530
1966												
% der Betr. hat- ten Ar. Kühe	0	18	19	22	0	0	0	0	0	0	0	8
% hatten Pferde	0	0	15	26	25	44	32	25	0	0	0	25
% hatten Schlepper	27	29	69	83	84	93	100	100	100	0	100	80

Bis 1966 erhöhte sich die Zahl der Betriebe mit Schlepper um etwa 60 %. Damit verfügten 80 % der Betriebe über mindestens einen Schlepper. Die Gesamtzahl der Schlepper stieg jedoch noch etwas stärker an, bedingt durch die Anschaffung von Zweit-Schleppern in 55 Betrieben. Auch 1966 waren alle Schlepper mit Ausnahme von 7 im Alleinbesitz

Der Zuwachs erstreckte sich bevorzugt auf die bis dahin relativ schwach mit Schleppern ausgerüsteten Betriebe der Größenklasse von 2 - 15 ha LN. Das traf sowohl für die agrarischen als auch die industriellen Gemeinden zu, sodaß sich die Proportionen gegenüber 1958 kaum veränderten. Damit ging auch eine Verdrängung der Arbeitskühe und der Pferde einher.

Etwa die Hälfte der Betriebe, welche 1958 noch mit Kühe arbeiteten, hatten ihre Bestände bis 1966 ganz und der Rest zum größten Teil abgeschafft. Nur in einem Fall erhöhte sich ihre Zahl gegenüber 1958 geringfügig.

Die Quote der Betriebe, welche ihre Pferdehaltung aufgegeben hatten, lag noch etwas höher. Auch sie wurde außerdem in vielen Fällen weitgehend eingeschränkt.

Die Zahl bzw. die Anteile der Betriebe, welche Schlepper und Zugtiere hielten, gingen jedoch insgesamt nur geringfügig zurück, bedingt durch den starken Zuwachs an Schleppern. Aus diesen Veränderungen resultiert, daß sich 1966 die Zugkräfte in den Betrieben mit mehr als 30 ha ausschließlich aus Schleppern rekrutierten.

Die Zugkräfte in den Betrieben mit 7,5 - 30 ha LN bestanden dagegen aus Schleppern und Pferden, während in allen Größenklassen mit 2 - 5 ha die Kombination Arbeitskühe und / oder Pferde mit Schlepper vorkam. Die Quote der Betriebe mit eigener Zugkraft lag auch 1966 in den Größenklassen von 2 ha und darunter bei weniger als 50 % bzw. 30 %. Sie bestanden hier überwiegend aus Schleppern und nur ausnahmsweise aus Arbeitskühen. Pferde wurden hier überhaupt nicht gehalten. Bei den Veränderungen von Art und Zahl der Zugkräfte hatte keine der beiden Gemeindegruppen eine eindeutige Präferenz aufzuweisen. Trotz dieses nicht unerheblichen Zuwachses an Betrieben mit Schleppern bzw. an Schleppern insgesamt war der Schlepperbesatz im Bundesgebiet auch 1966 höher als im Untersuchungsgebiet. ¹⁾

1) B. M. L. : Stat. Jahrbuch über Ernährung, Landw. u. Forsten 1968...a.a.O. . S. 57

Die oben gemachte Feststellung, wonach in zahlreichen Betrieben mit Schleppern a u c h Zugtiere gehalten wurden, findet zumindest eine teilweise Erklärung in dem Fehlen von Anbaugeräten bzw. von Folgemaschinen, welche den Schlepper zur vielseitigen Arbeitsmaschine machen und die Zugtiere zum größten Teil ersparen.

So entfielen 1958 auf 530 Untersuchungsbetriebe, welche bereits zu diesem Zeitpunkt etwa zur Hälfte mit Schleppern ausgerüstet waren, beispielsweise nur 9 Kartoffelvollernter, 12 Rübensvollernter, 3 Hochdruckpressen, 1 Niederdruckpresse und vier Häcksler. Während sich die Zahl der Schlepperbetriebe bis 1966 etwa um 60 % erhöhte, betrug der Zuwachs bei den o. a. Anbaugeräten und Maschinen ein vielfaches hiervon, wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist :

Tabelle : Veränderungen der Zahl der Anbaugeräte und Maschinen zwischen 1958 und 1966 innerhalb der 530 Untersuchungsbetriebe absolut.

Art der Maschinen	1958 abs.	1966 abs.
Kartoffelvollernter	9	73
Z. Rübensvollernter	12	44
Presse Hochdruck	3	23
Presse Niederdruck	1	32
Feldhäcksler	4	20
Mähdrescher	9	111
Miststreuer	27	162

Trotzdem war die Ausstattung mit diesen Geräten, gemessen an der Gesamtzahl der Schlepperbetriebe auch 1966 noch vergleichsweise gering. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß ein nicht unerheblicher Teil der Betriebe aufgrund der Größe bzw. Betriebszweiggröße und ihrer Organisation keine oder nur einige dieser Maschinen und Geräte benötigt. Hierzu kommt, daß sich alle diese Maschinen für den überbetrieblichen Einsatz eignen und daß sie auch in der Tat meist in mehreren Betrieben eingesetzt werden.

Tabelle : Von den verschiedenen Anbaugeräten bzw. Maschinen wurden 1958 bzw. 1966 ... % in mehreren Betrieben eingesetzt ¹⁾.
Z a h l der Betriebe, in welchen die verschiedenen Anbaugeräte und Maschinen eingesetzt wurden 1958 und 1966 ²⁾.

Art der Geräte und Maschinen	1958 ¹⁾	1958 ²⁾	1966 ¹⁾	1966 ²⁾
Kartoffelvollernter	66	26	90	165
Rübenvollernter	58	31	80	98
Presse Hochdruck	0	3	0	23
Presse Niederdruck	0	1	19	50
Feldhäcksler	0	4	5	23
Mähdrescher	11	11	59	320
Miststreuer	7	29	11	145

Die A r t des überbetrieblichen Maschineneinsatzes war nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung. Jedoch wurden Zahl und Anteile der Teilnehmer für die einzelnen Maschinen ermittelt. Aus der Zahl der Maschinen insgesamt bzw. der Maschinen im überbetrieblichen Einsatz und der Zahl der Beteiligten läßt sich ableiten, wieviel Betriebe an den verschiedenen Maschinen partizipierten; auch diese Werte wurden in der obigen Tabelle aufgeführt.

Typische, im überbetrieblichen Einsatz befindliche Maschinen waren danach Kartoffelernter, Rübenvollernter, Mähdrescher und Miststreuer. Ganz allgemein läßt sich sagen, daß von den n a c h 1958 angeschafften Maschinen ein größerer Anteil im überbetrieblichen Einsatz war als von den vor 1958 gekauften Maschinen.

Trotz der vergleichsweise geringen zahlenmäßigen Verbreitung der o. a. Maschinen und Geräte ermöglicht der überbetriebliche Einsatz einer beträchtlichen Zahl von Betrieben die Arbeitserledigung mittels moderner Arbeitsverfahren. Das gilt insbesondere für den Mähdrusch, der zwischen 1958 und 1966 eine rasche Verbreitung fand und zu diesem letzten Zeitpunkt bereits in etwa 60 % der Betriebe eingeführt war. Hierauf erfolgten Kartoffel-

ernter (in 35 % aller Betriebe), Miststreuer (in 28 % der Betriebe) und Rübenvollernter (in 18 % der Betriebe).

Die verbleibenden Maschinen hatten dagegen weder nach der Zahl noch nach ihrem Einsatz eine besondere Bedeutung. Das galt sowohl 1958 als auch 1966, obwohl die prozentualen Zuwachsraten gerade hier aufgrund der geringen Ausgangsbasis recht beachtlich waren.

Von einer detaillierten Ermittlung des Besatzes der o. a. einzelnen Maschinen nach Betriebsgrößenklassen und Gemeindegruppen muß wegen der absolut geringen Zahl derselben abgesehen werden. Die meisten dieser Maschinen waren jedoch, sofern sie sich im Alleinbesitz befanden, in den größeren Betrieben. Das galt sowohl 1958 als auch 1966. Für die Maschinen mit mehreren Eigentümern galt das nicht so ausgeprägt. Noch viel weniger betriebsgrößenspezifisch war dagegen der Einsatz derselben. Das galt besonders für den Mähdrescher, der zumindest 1966 auch und gerade in den Klein- und Kleinstbetrieben ohne eigene Anspannung eingesetzt wurde.

Im Gegensatz zu den Zugkräften, für die ein etwas höherer Besatz der agrarischen gegenüber den industriellen Gemeinden festgestellt worden war, konnte im Falle der Verbreitung o. a. Anbaugeräte und Maschinen weder für 1958 noch für 1966 eine eindeutige Präferenz der einen oder anderen Gemeindegruppe nachgewiesen werden.

Das gilt natürlich unter Berücksichtigung der tatsächlichen Einsatzmöglichkeiten bzw. des Bedarfes. (Einen Zuckerrübenvollernter benötigen nur Zuckerrübenbauer, welche sich wiederum ausschließlich in den industriellen Gemeinden finden etc.).

Von den Maschinen der Innenwirtschaft waren bereits 1958 Melkmaschinen und Fördererrichtungen (Gebläse, Greifer für Heu, Stroh und Stallmist) weit verbreitet.

So wurden Melkmaschinen bereits 1958 in 22,5 % und Fördergebläse in 36,5 % der Untersuchungsbetriebe eingesetzt.

Tabelle : Veränderungen der Zahl der Maschinen und Geräte der Innenwirtschaft zwischen 1958 und 1966 (N 530) absolut.

Art der Masch. /Geräte	Zahl 1958	Zahl 1966
Melkmaschinen	119	257
Fördereinrichtungen (Gebläse, Greifer etc.)	193	329
Entmistungsanlagen	3	20
Trocknung Heu	0	17
Trocknung Getreide	2	8

Ihre, gegenüber den Maschinen der Außenwirtschaft (ohne Schlepper) große Verbreitung dürfte in der Hauptsache darauf zurückzuführen sein, daß sie ganzjährig oder den überwiegenden Teil des Jahres einsetzbar sind und schwere unangenehme Arbeiten erleichtern oder vollständig übernehmen. Hinzu kommen auch die vergleichsweise geringen Anschaffungskosten und die lange Lebensdauer. Für den Eingang bzw. die Verbreitung von Maschinen in der Innenwirtschaft ist darüber hinaus allerdings auch die Möglichkeit des nachträglichen Einbaues in alte Gebäude von Bedeutung. Hier sei nur daran erinnert, daß mechanische Entmistungsanlagen beispielsweise, wenige, lange und möglichst gerade Mistachsen voraussetzen. (Bestünden solche Hemmnisse nicht, so wäre diese schwere, schmutzige und zeitraubende Arbeit sicherlich zumindest 1966 in mehr als 20 Betrieben mechanisiert.)

Der Einsatz von Maschinen in der Innenwirtschaft wird außerdem in vielen Fällen von Veränderungen in der Außenwirtschaft beeinflußt bzw. erzwungen. So ist die Ausnutzung der vollen Kapazität des Mähdreschers unter unseren klimatischen Bedingungen ohne Trocknungs- und Reinigungsmöglichkeiten für das Dreschgut nur sehr schwer möglich. Allerdings dürften viele Betriebe finanziell überfordert sein, wenn sie gleichzeitig mit dem Mähdrescher auch diese Folgeeinrichtung anschaffen sollen. Hiermit und nicht etwa mit mangelnder Einsicht der Betriebsinhaber dürfte es zu erklären sein, daß auch 1966, trotz eines Bestandes von 111 Mähdreschern bzw. des Ein-

satzes derselben in etwa 60 % aller Untersuchungsbetriebe insgesamt nur 8 Betriebe über eine Getreidetrocknung verfügten. Da diese in der Regel stationär sind, befinden sie sich meist im Alleinbesitz und haben folglich keine große Breitenwirkung. Auch wenn man unterstellt, daß zahlreiche Betriebe zumindest ihr im Direktverkauf abgesetztes Getreide im Bedarfs-falle bei der aufnehmenden Hand trocknen und reinigen lassen, so ist doch anzunehmen, daß der Bedarf die bestehende Trocknungskapazität weit übersteigt. Daß die Landwirte versuchen, diese Lücke zu schließen, ist ziemlich sicher und wahrscheinlich würde sich durch eine derzeit in den selben Betrieben durchgeführte Untersuchung schon ein wesentlich größerer Bestand derartiger Einrichtungen nachweisen lassen.

Ähnliches gilt auch für die Einrichtungen zur Nachtrocknung von Heu, doch dürften hier die Siloanlagen eine große Alternative darstellen.

Diese Maschinen (bzw. Anlagen) sind, wie bereits erwähnt, im Gegensatz zu denen der Außenwirtschaft meist stationär und für den überbetrieblichen Einsatz folglich wenig geeignet. Auch ihr Einsatz ist ökonomisch nur vertretbar, wenn ihnen ein Mindestvolumen an Arbeiten geboten wird. Dieses ist aber bevorzugt in größeren und nur bedingt in mittleren Betrieben der Fall. Daraus resultiert, daß diese Maschinen bzw. die daraus resultierenden Arbeitsverfahren weitgehend betriebsgrößenspezifisch sind, und daß ihre Ausbreitung namentlich auf die unteren Größenklassen nur begrenzt möglich bzw. sinnvoll erscheint. Diese Auffassung wird offensichtlich durch die Tatsache bestätigt, daß sich beispielsweise die Zahl der Melkmaschinen zwischen 1958 und 1966 nur wenig mehr als verdoppelt hat, wie der obigen Tabelle u. a. zu entnehmen ist.¹⁾ Ähnliches gilt für die Fördereinrichtungen, welche 1966 in 329 oder 62 % der 530 Betrieben vorhanden waren, aber gegenüber 1958 nur einen Zuwachs von 70 % zu verzeichnen hatten. (Die Zahl der wichtigsten Maschinen der Außenwirtschaft erhöhte sich dagegen um mehrere 100 %.)

Folgerichtig gewann der Einsatz von Melkmaschinen 1958 erst in den Betrieben mit 10 ha LN und darüber an Bedeutung. Zwar waren auch zu diesem Zeitpunkt einige Melkmaschinen in kleineren Betrieben (Größenklassen von

1) B. M. L.: Stat. Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn 1968, a. a. O., S. 58 (Zahl der Melkmaschinen erhöhte sich im Bundesgebiet zwischen 1960 u. 1967 um 58 %).

7, 5 - 10 ha) im Einsatz, doch wurde andererseits immerhin noch in fast jedem vierten Betrieb mit 10 ha LN und darüber ausschließlich mit der Hand gemolken.

Die Ausweitung der Zahl der Melkmaschinen bis 1966 führte zu einem Übergang zum Maschinenmelken praktisch in allen milchvieh-haltenden Betrieben mit 10 ha LN und darüber, aber kaum zu einer Ausdehnung auf die unteren Größenklassen. (Eine Mittelstellung nehmen dabei die Betriebe mit 7, 5 - 10 ha LN ein). Die Verbreitung der Melkmaschinen wich innerhalb der beiden Gemeindegruppen geringfügig voneinander ab. Sie lag in den agrarischen Gemeinden geringfügig unter dem Wert der industriellen Gemeinden. Im Gegensatz hierzu waren Fördereinrichtungen bereits 1958 praktisch in allen Betrieben mit 10 ha LN und darüber im Einsatz. Die Betriebe der nächst unteren Größenklassen verfügten dagegen zu diesem Zeitpunkt nur selten darüber. Der Zuwachs bis 1966 kam hier im Gegensatz zu den Melkmaschinen bevorzugt den mittleren und z. T. auch kleineren Betrieben zugute. Hier waren die industriellen Gemeinden den agrarischen Gemeinden deutlich überlegen. Bereits 1958 wurden in 55 % der Untersuchungsbetriebe aus industriellen Gemeinden Fördereinrichtungen eingesetzt, während der entsprechende Wert für die agrarischen Gemeinden bei 40 % lag. Auch der Zuwachs bis 1966 vermochte diese Unterschiede nicht vollends auszugleichen. Entmistungsanlagen sowie Einrichtungen zur Trocknung von Getreide und Heu beschränkten sich sowohl 1958 als auch 1966 ausschließlich auf die größeren Betriebe. Ihre zu beiden Zeitpunkten außerordentlich geringe Zahl macht jedoch eine detaillierte Betrachtung unmöglich.

Die noch verbleibenden meist kleineren Maschinen und Geräte sowohl der Innen- als auch der Außenwirtschaft sollen hier nicht berücksichtigt werden, da sie keinen spürbaren Einfluß auf die Organisation haben.

Der Besatz der Untersuchungsbetriebe ist demnach namentlich bei Schleppern gekennzeichnet durch einen leichten Rückstand gegenüber dem Bundesdurchschnitt. Die Mechanisierungswelle beginnt auch hier bevorzugt in den oberen Größenklassen und pflanzt sich, wenn auch mit abnehmender Maschinendichte auf die mittleren und unteren Betriebsgrößenklassen fort. Das geschieht offensichtlich z. T. dadurch, daß die mittleren und kleineren Betriebe Gebrauchtmaschinen von den größeren übernehmen.

Die nach 1958 erworbenen Maschinen werden verstärkt überbetrieblich genutzt. Das gilt sowohl für die agrarischen als auch die industriellen Gemeinden. Die Auffassung, wonach die Landwirte wenig begünstigter Standorte, offensichtlich unter dem Druck der ökonomischen Verhältnisse, kooperationsfreudiger seien als Landwirte auf günstigeren Standorten konnte hier weder bestätigt noch widerlegt werden.

4. Sozialökonomische Funktion der Untersuchungsbetriebe 1958 und deren Veränderungen bis 1966

a) Die (530) Untersuchungsbetriebe nach ihrem landwirtschaftlichen Einkommenspotential 1958 und 1966

Hier soll, wie im Falle der aufgelösten Betriebe, die sozialökonomische Funktion zunächst der 1966 noch bestehenden (N 530) und später aller (N 688) untersuchten Betriebe unter Berücksichtigung der Betriebsgröße und etwaiger nichtlandwirtschaftlicher Einkommensquellen wie Erwerbstätigkeit und Rentenbezüge für 1958 und 1966 ermittelt bzw. dargestellt werden.

Während die oben angewandte bzw. bereits dargestellte Methode (siehe unter V, 1 h... "sozialökonomische Funktion der aufgelösten Betriebe") auch hier unverändert übernommen werden, bedurfte es für 1966 wegen der zwischenzeitlich erfolgten Erhöhung des Vergleichslohnes (63 % 1966 gegenüber 1958) einer Vergrößerung "der Mindestbetriebsgröße." So waren 1966 bei einem Vergleichseinkommen von 7350,- DM¹⁾ je AK und einem Besatz von 2 AK je Betrieb in den agrarischen Gemeinden 22,5 ha LN, in den industriellen Gemeinden aber nur 20,5 ha LN zur Erwirtschaftung dieses Einkommens notwendig. Unterteilt man die 530 Untersuchungsbetriebe in solche mit einer Fläche von weniger als 50 % bzw. von 50 % bis unter 100 % und in solche mit 100 % der Mindestgröße und mehr, so ergeben sich folgende Werte: (Siehe Tabelle nächste Seite) Danach hatten 1958 35 % der (N 530) Untersuchungsbetriebe eine Fläche von weniger als 50 % der Mindestgröße; 39 % hatten zum selben Zeitpunkt eine Fläche zwischen 50 % und weniger als 100 % und die verbleibenden 26 % oder etwas mehr als 1/4 verfügten

1) errechnet nach B.L.M.: Grüner Bericht 1964, Bonn a.a.O., S. 75

Tabelle : Betriebe mit weniger als 50 %, Betriebe mit 50 % - unter 100 % und Betriebe mit 100 % der Mindestgröße und darüber 1958 und 1966 gesamt und nach Gemeindegruppen absolut und in % (N 530)

Jahr	ges. (N 530)			agr. Gemeinden (N 238)			ind. Gemeinden (N 292)		
	50 % ¹⁾	50 % ¹⁾	100 % ¹⁾	50 % ¹⁾	50 % ¹⁾	100 % ¹⁾	50 % ¹⁾	50 % ¹⁾	100 % ¹⁾
			mehr			mehr			mehr
1958 Zahl	186	205	139	79	100	59	107	105	80
%	35	39	26	33	42	25	35	37	28
1966 Zahl	350	152	28	154	73	11	196	79	17
%	66	29	5	64	31	5	67	27	6

1)% der Mindestgröße

über eine solche von 100 % der Mindestgröße und darüber. Dabei waren die Abweichungen zwischen den beiden Gemeindegruppen vergleichsweise gering, wie der vorhergehenden Tabelle ebenfalls zu entnehmen ist. Sie bestanden in einem geringen Vorsprung der industriellen Gemeinden gegenüber den agrarischen Gemeinden bei der Quote der Betriebe mit 100 % der Mindestgröße und darüber, während sich die agrarischen Gemeinden durch eine leicht überdurchschnittliche Quote von Betrieben mit 50 - 100 % der Mindestgröße auszeichneten.

Die Veränderungen bis 1966 waren durch eine relative Verkleinerung der Betriebe gekennzeichnet. So hatten zu diesem Zeitpunkt 66 % oder 2/3 der selben eine Fläche von weniger als 50 % der Mindestgröße. 29 % der Betriebe hatten 50 % bis unter 100 % der Mindestgröße und nur noch 5 % hatten eine Größe, welche der vollen Mindestgröße entsprach bzw. darüber lag. Während sich demnach Zahl und Quote der ersten Gruppe an der Gesamtzahl der (N 530) Untersuchungsbetriebe zwischen 1958 und 1966 kräftig erhöhte, verminderten sich die Prozentanteile der beiden verbleibenden und ganz besonders bei der zuletzt genannten Gruppe. So hatten 1958 139, 1968 aber nur noch 28 der 530 Untersuchungsbetriebe eine Fläche, welche der vollen Mindestgröße entsprach bzw. darüber lag. Ähnlich wie 1958 waren auch 1966 die Unterschiede zwischen den beiden Gemeindegruppen relativ gering. Im Bereich der Betriebe mit 100 % der Mindestgröße und darüber waren sie praktisch völlig nivelliert. Zieht man auch die (N 158) aufgelösten Betriebe in einen solchen Vergleich mit ein, so ergeben sich jedoch Abweichungen hiervon. Und zwar hatten 1958 43 % der N 688 ¹⁾ Untersuchungsbetriebe eine Fläche von weniger als 50 % der Mindestgröße, während 35,5 % 50 - 100 % und der Rest von 21,5 % eine solche von 100 % und mehr der Mindestgröße bewirtschafteten. Setzt man diese drei Gruppen für 1958 gleich 100 % und ermittelt die Veränderung bis 1966, so ergeben sich die nachfolgend wiedergegebenen Veränderungen :

1) (N 688 Untersuchungsbetriebe = 158 aufgelöste Betriebe und 530 Betriebe, welche 1958 und 1966 im Besitz der Befragungspersonen waren).

Tabelle : Veränderungen der Zahl der (688 / bzw. 530) Untersuchungs-
betriebe mit weniger als 50 % der Mindestgröße sowie der Be-
triebe mit 50 % bis unter 100 % bzw. mit 100 % der Mindestgröße
und darüber zwischen 1958 und 1966 in % (1958 = 100)

		50 %	50 % - 100 %	100 % u. mehr	
1958	=	100	100	100	(N 688)
1966	=	116	64	19	(N 530)

Danach erhöhte sich die Zahl der Betriebe mit weniger als der halben Mindestgröße 1966 gegenüber 1958 von 100 auf 116 oder um fast 1/6. Der Tendenz nach entgegengesetzt verlief die Entwicklung bei der zweiten Gruppe. Hier verminderte sich die Zahl der Betriebe im selben Zeitraum von 100 auf 64 oder um mehr als 1/3. Die Zahl der Betriebe mit einer Fläche, die der vollen Mindestgröße entsprach bzw. darüber lag, verminderte sich sogar von 100 auf 19 oder um mehr als 4/5.

Diese starke Tendenz zur relativen Verkleinerung der Betriebe bzw. die Tatsache, daß trotz Auflösung und Abstockung auf der einen und Aufstockung der verbleibenden Betriebe auf der anderen Seite immer mehr von ihnen zu Grenzbetrieben werden, beschränkt sich nicht auf das Untersuchungsgebiet sondern findet sich in ähnlicher Weise auch darüber hinaus. Hier sei nur an die Untersuchung von KÜTTNER ¹⁾ erinnert. Obwohl die Vergleichbarkeit mit dem hier voneinander abweichenden Zeiträumen bzw. unterschiedlichen Betriebsgrößenstruktur nicht vollgegeben ist entsprechen sich die Ergebnisse dieser Arbeit und der hier vorliegenden Untersuchung zu mindest den Größenordnungen nach. So hatten bei KÜTTNER bereits 1960 weniger als 70 % der untersuchten Betriebe eine Fläche, welche der vollen Mindestgröße entsprach bzw. darüber lag, während gleichzeitig weniger als 30 % eine Fläche von 50 - unter 100 % der Mindestgröße bewirtschafteten.

Die Tatsache, daß es trotz der erheblichen Standortunterschiede und den daraus resultierenden unterschiedlichen Mindestbetriebsgrößen zwischen den beiden Gemeindegruppen zu keinen nennenswerten Unterschieden in der anteiligen Verbreitung der Betriebe mit der vollen, der halben und weniger

1) Küttner, H.: Materialien, a.a.O., S. 142

als der halben Mindestgröße kam, ist auf den historisch bedingten Vorsprung der betriebsgrößenstruktur der agrarischen Gemeinden zurückzuführen. Er konnte bisher durch die besseren Standortbedingungen und die größere Bodenmobilität der industriellen Gemeinden noch nicht kompensiert bzw. überkompensiert werden.

Dieser Vorsprung der agrarischen Gemeinden dürfte sich, wenn nicht schon heute so doch in absehbarer Zeit ausgleichen bzw. zugunsten der industriellen Gemeinden verändern.

Die relative Ungunst der Standortbedingungen der agrarischen Gemeinden bzw. die daraus resultierende höhere Mindestbetriebsgröße sowie die vergleichsweise geringe Bodenmobilität dürfte dann gerade hier dazu führen, daß die landwirtschaftlichen Betriebe fast ausschließlich Teilerwerbsfunktionen haben.

- b) Betriebsinhaber mit einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit. Betriebsinhaber ohne eine solche, sowie Betriebe von Rentnern und Witwen bzw. Ehefrauen, Schwerbeschädigten, Alleinstehenden und Hinterbliebenen 1958 und 1966

Von den Inhabern der (N 530) hier untersuchten Betriebe übten bereits 1958 46 % eine zusätzliche Erwerbstätigkeit aus, während 44 % angaben, nie eine solche Tätigkeit ausgeübt zu haben. Diese letzte Gruppe umfaßt jedoch auch 5 % Betriebe von Witwen, Ehefrauen, Schwerbeschädigten und Hinterbliebenen.

Diese gehörten bevorzugt den unteren Größenklassen an. Die verbleibenden 10 % gaben an, vor 1958 eine solche Tätigkeit ausgeübt zu haben. Auch diese Gruppe war in ihrer Zusammensetzung nicht homogen, sondern umfaßte neben solchen, welche zwischenzeitlich zum Vollerwerbsbetrieb entwickelt wurden bzw. Betriebsinhabern, denen aus familiären und sonstigen Gründen die Ausübung einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit nicht mehr möglich war auch 3 % Rentnerbetriebe, deren Inhaber die Altersgrenze inzwischen erreicht bzw. überschritten hatten. Auch diese gehörten bevorzugt den unteren Größenklassen an.

Die Unterschiede zwischen den beiden Gemeindegruppen insgesamt waren auch hier auffallend gering. So lag z. B. die Quote der Betriebsleiter mit einer nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeit in den industriellen Gemeinden nur geringfügig über und in den Gemeinden nur geringfügig unter dem Durchschnitt von 46 %. Jedoch ergaben sich stärkere Abweichungen zwischen den verschiedenen Betriebsgrößenklassen bzw. den Betriebsgrößenklassen der beiden Gemeindegruppen, wie der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen ist. Danach erhöhte sich die Quote der Betriebsleiter, welche 1958 eine nichtlandwirtschaftliche Tätigkeit ausübten mit abnehmender Betriebsgröße. Sie umfaßte etwa $\frac{3}{4}$ derselben im Durchschnitt der Betriebe mit weniger als 5 ha, um auf etwa $\frac{1}{5}$ bei den Betrieben mit 15 - 20 ha LN abzusinken. Auffallend war dabei die Tatsache, daß im Bereich der Betriebe mit weniger als 5 ha LN die industriellen Gemeinden und bei den Betrieben mit 5 ha LN und darüber die agrarischen Gemeinden einen leichten Vorsprung aufzuweisen hatten.

Die Betriebe, deren Inhaber angaben, vor 1958 eine zusätzliche Erwerbstätigkeit ausgeübt zu haben und welche zwischenzeitlich wieder eine ausschließlich landwirtschaftliche Tätigkeit ausübten, beschränkten sich in beiden Gemeindegruppen fast ausschließlich auf die mittleren Größenklassen.

Die Rentnerbetriebe gehörten in beiden Gemeindegruppen den unteren Größenklassen an; ähnliches galt für die von Witwen, Schwerbeschädigten, Ehefrauen und Hinterbliebenen geführten Betriebe. ¹⁾

1) Nachfolgend werden die Betriebsinhaber in folgende Gruppen unterteilt :

- a) Betriebsleiter, welche 1959 (bzw. 1966) eine zusätzliche Erwerbstätigkeit ausübten;
- b) Betriebsleiter, welche 1958 bzw. 1966 angaben, nie eine solche Tätigkeit ausgeübt zu haben ohne Betriebe von Witwen etc.
- c) Betriebsleiter, welche zwischenzeitlich aus anderen als aus Alters- bzw. Gesundheitsgründen keine solche Tätigkeit mehr ausübten
- d) Rentnerbetriebe
- e) Betriebe von Witwen, Ehefrauen, Hinterbliebenen, Schwerbeschädigten.

Tabelle: Betriebsleiter mit einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit, Betriebsleiter ohne zusätzliche Erwerbstätigkeit sowie Betriebe von Rentnern bzw. von Witwen etc. 1958 nach Betriebsgrößenklassen und Gemeindegruppen in %

- 1958 -

Agr. Gem.	0,5 - 1	1 - 2	2 - 5	5-7,5	7,5-10	10-15	15-20	20-30	30-40	40-50	50ha	
Zahl d. Betr-	3	1	48	53	49	51	26	5	2	0	0	N 238
1)	65	80	71	59	41	29	19	20	-	-	-	%
2)	-	-	-	40	59	69	81	80	100	-	-	%
3)												
4)	35	-	19	-	-	-	-	-	-	-	-	%
5)	-	20	10	1	-	2	-	-	-	-	-	%
gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	-	-	%

- 1958 -

Ind. Gem.	0,5 - 1	1 - 2	2 - 5	5-7,5	7,5-10	10-15	15-20	20-30	30-40	40-50	50ha	
Zahl d. Betr.	15	17	70	44	54	62	21	7	1	-	1	N 292
1)	84	76	73	52	33	19	19	14	-	-	-	%
2)	-	-	-	48	67	91	81	86	100	-	-	%
3)												
4)	8	18	7	-	-	-	-	-	-	-	-	%
5)	8	6	20	-	-	-	-	-	-	-	-	%
gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	%

1) - 5) siehe nächste Seite :

Zu Tabelle Seite 118

- 1) Zusätzliche Erwerbstätigkeit 1958 bzw. 1966 ja
- 2) Zusätzliche Erwerbstätigkeit 1958 bzw. 1966 nie gehabt, (ohne Witwen, Ehefr., Schwerbeschädigte und Hinterbliebenen)
- 3) Zusätzliche Erwerbstätigkeit 1958 bzw. 1966 nicht mehr gehabt (ohne Rentner)
- 4) Rentnerbetriebe 1958 bzw. 1966 (... soweit Rentenbezüge aus eigener Erwerbstätigkeit resultieren)
- 5) Betriebe von Witwen, Ehefrauen, Schwerbeschädigten und Hinterbliebenen

Die Quote der Betriebe, deren Inhaber nie eine zusätzliche Erwerbstätigkeit ausgeübt hatten (= abzüglich der Betriebe von Ehefrauen, Witwen, Schwerbeschädigten und Hinterbliebenen), erhöhte sich dagegen sowohl in den agrarischen als auch in den industriellen Gemeinden mit der Betriebsgröße. Während solche in den Größenklassen mit weniger als 5 ha überhaupt nicht vorkamen, entfielen darauf mehr als 4/5 der Betriebe mit 20-30 ha LN. Auffallend war dabei, daß diese zumindest in den mittleren Größenklassen der industriellen Gemeinden etwas stärker verbreitet waren als in den gleichen Betriebsgrößen der agrarischen Gemeinden.

Bis 1966 ergaben sich Veränderungen derart, daß sich die Quote der Betriebe, deren Inhaber eine zusätzliche Erwerbstätigkeit ausübten, auf Kosten derer, welche nie einer solchen nachgegangen waren, erhöhte.

Der Zuwachs bei der Gruppe derer, welche eine nichtlandwirtschaftliche Tätigkeit ausübten (+ 2 %), entsprach jedoch nicht ganz dem Rückgang (- 3 %) im Bereich derer, welche nie eine solche Tätigkeit ausgeübt hatten, bedingt durch den Übergang ehemaliger Erwerbstätiger in die Gruppe der Rentner. Ihr Anteil erhöhte sich dadurch 1966 gegenüber 1958 um 1 %. Auch die Gruppe der Betriebe von Witwen, Ehefrauen, Schwerbeschädigten und Hinterbliebenen hatten einen solchen Zuwachs (+ 4 %) aufzuweisen. Vermindert (- 4 %) hatten sich dagegen Zahl bzw. Anteil derer, welche keine zusätzliche Tätigkeit mehr ausübten bzw. welche diese aus anderen als Altersgründen etc. aufgegeben hatten. Daraus resultiert, daß 1966 48 % der (N 530) befragten Betriebsleiter eine nichtlandwirtschaftliche Tätigkeit ausübten, während gleichzeitig 36 % angaben, nie einer solchen Tätigkeit nachgegangen zu sein. (= ohne Witwen, Ehefrauen etc.) 7 % übten zum Zeitpunkt der Befragung keine solche mehr aus. (Hiervon entfiel 4 % auf Rentner und 3 % auf solche, welche diese beispielsweise aus anderen als aus Altersgründen etc. aufgaben.)¹⁾ 9 % der Betriebe wurden von Witwen, Ehefrauen, Hinterbliebenen und Schwerbeschädigten geleitet. Von Gemeindegruppe zu Gemeindegruppe ergaben sich nur geringfügige Abweichungen hiervon.

1) Tätigkeit wieder ausschließlich in eigenem landwirtschaftlichen Betrieb.

Von Interesse war dabei, daß 1966 gegenüber 1958 die Gruppe der Betriebsleiter, welche eine zusätzliche Erwerbstätigkeit ausübten, in den agrarischen Gemeinden einen etwas stärkeren Zuwachs zu verzeichnen hatten als in den industriellen Gemeinden, sodaß sich die Werte 1966 mit 48 % in beiden Gemeindegruppen entsprachen. Im Gegensatz hierzu hatte die Gruppe der Rentnerbetriebe in den industriellen Gemeinden einen etwas stärkeren Zuwachs zu verzeichnen als in den agrarischen Gemeinden. Offensichtlich war die zusätzliche Erwerbstätigkeit der Betriebsleiter in Ersteren schon früher üblich als in den agrarischen Gemeinden sodaß dort inzwischen Übergänge in das Rentenalter etwas häufiger vorkam. Von besonderem Interesse ist dabei, daß sich die zwischenzeitliche Erhöhung der Quote der Betriebsinhaber mit einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit in den agrarischen Gemeinden auf die Größenklassen mit 7,5 - 20 ha LN (1966) und in den industriellen Gemeinden auf die Größenklassen von 5 - 15 ha LN 1966 beschränkte. Sowohl in den unteren als auch in den oberen Größenklassen beider Gemeindegruppen verminderten sich ihre Anteile gegenüber 1958, wenn auch z. T. nur geringfügig. Wenn auch die Zahl der Betriebe namentlich in den Größenklassen mit weniger als 2 ha und mehr als 20 ha in beiden Gemeindegruppen vergleichsweise gering war, so ist der Rückgang in den unteren Größenklassen doch bemerkenswert. Wie ein weiterer Vergleich zeigt, erfolgte er hier zu Gunsten der Betriebe von Rentnern Witwen und Ehefrauen etc. In den oberen Größenklassen beider Gemeindegruppen kam dieser dagegen der Gruppe derer zugute, welche keine solche Tätigkeit mehr ausübten bzw. welche zur ausschließlichen Tätigkeit im eigenen Betrieb untergingen.

Die Zunahme der Gruppe der Betriebsleiter mit einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit erfolgten in allen Größenklassen der beiden Gemeindegruppen auf Kosten derer, welche 1958 angaben, nie eine solche Tätigkeit ausgeübt zu haben.

1966 schwankten die Anteile der Betriebsinhaber mit einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit in den agrarischen Gemeinden zwischen 69 % in den Größenklassen mit 2 - 5 ha LN (1966) und 8 % bei denen mit 20 - 30 ha LN. In den industriellen Gemeinden schwankten diese Werte zwischen 83 % bei den Betrieben mit 0,5 - 1 ha und 6 % bei diesen mit 20 - 30 ha LN.

Tabelle: Betriebsleiter mit einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit, Betriebsleiter ohne zusätzliche Erwerbstätigkeit sowie Betriebe von Rentnern bzw. von Witwen etc. nach Betriebsgrößenklassen und Gemeindegruppen 1966 in %:

(Betriebsgrößenstruktur 1966 !!)

- 1966 -												
Agr. Gem.	0,5 - 1	1 - 2	2 - 5	5-7,5	7,5-10	10-15	15-20	20-30	30-40	40-50	50ha	
Zahl d. Betr.	4	3	42	47	46	48	34	12	2	-	-	N 238
1)	50	34	69	58	57	46	23	8	-	-	-	σ'_0
2)	-	-	11	26	33	52	74	92	100	-	-	σ''_0
3)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
4)	-	-	3	4	5	1	-	-	-	-	-	σ'_0
5)	50	66	17	12	5	1	3	-	-	-	-	σ''_0
gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	-	-	σ'_0
- 1966 -												
Ind. Gem.	0,5 - 1	1 - 2	2 - 5	5-7,5	7,5-10	10-15	15-20	20-30	30-40	40-50	50ha	
Zahl d. Betr.	18	25	74	32	44	54	27	16	1	-	1	N 292
1)	83	64	69	46	20	19	6	-	-	-	-	σ'_0
2)	-	4	13	28	38	76	81	94	100	-	100	σ''_0
3)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
4)	-	8	3	-	12	4	-	-	-	-	-	σ'_0
5)	17	24	15	3	4	-	-	-	-	-	-	σ''_0
gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	-	100	σ'_0

1 - 5 siehe Anlage zu der vorhergehenden Tabelle - Seite 119 !

Die Anteile derer, welche nie eine solche zusätzliche Erwerbstätigkeit ausgeübt hatten (ohne Witwen etc.) sowie die, welche angaben, keine mehr auszuüben (= ohne Rentner), also die, welche nach eigenen Angaben ausschließlich Einkünfte aus ihrem landwirtschaftlichen Betrieb bezogen, hatten sich 1966 gegenüber 1958 in den Betriebsgrößenklassen mit 5 - 20 ha LN (1966) der agrarischen bzw. derer mit 5 - 15 ha LN der industriellen Gemeinden vermindert. In den Größenklassen mit weniger als 5 ha bzw. mit 20 ha LN und darüber erhöhte sich dieser Wert gegenüber 1966 in beiden Gemeindegruppen ¹⁾, während derselbe in der Gruppe mit 15 - 20 ha LN der industriellen Gemeinden unverändert blieb.

Unbeschadet dieser Veränderungen zeigte sich jedoch auch 1966 eine positive Beziehung zwischen der Betriebsgröße und der anteiligen Verbreitung dieser Betriebe sowohl in den agrarischen als auch in den industriellen Gemeinden. Die Werte schwankten zwischen 11 % bei den Größenklassen mit 2 - 5 ha LN (1966) und 100 % bei denen mit 30 ha LN und darüber in den agrarischen und zwischen 4 % (1 - 2 ha LN) bzw. 100 % (30 ha LN und darüber) in den industriellen Gemeinden. Die Betriebe von Rentnern und Witwen, welche auch 1966 in beiden Gemeindegruppen bevorzugt den unteren Größenklassen angehörten, können hier wegen der geringen Zahl keiner weiteren Analyse unterzogen werden.

Die jährliche Dauer der zusätzlichen Erwerbstätigkeit betrug in 80 % der Fälle 12 Monate. In weiteren 10 % schwankte sie zwischen 6 Monaten und einem Jahr. Nur ausnahmsweise wurde sie weniger als drei Monate ausgeübt. Sie kann deshalb als zusätzliches Einteilungskriterium bei der nachfolgenden Bildung von sozialökonomischen Betriebstypen unberücksichtigt bleiben.

1) ... dabei ist zumindest im Falle der Betriebe mit weniger als 5 ha zweifelhaft, ob die Betriebsinhaber 1966 tatsächlich ausschließlich von Einkünften aus diesen kleinen Betrieben lebten ;

c) Sozialökonomische Funktion der Untersuchungsbetriebe nach dem landwirtschaftlichen Einkommenspotential sowie unter Berücksichtigung zusätzlicher Einkommensquellen wie Erwerbstätigkeit und Rentenbezüge 1958 und 1966

Unter Berücksichtigung der o. a. Kriterien soll anschließend die sozialökonomische Funktion der Untersuchungsbetriebe 1958 und 1966 ermittelt werden. Die dabei angewendete Methode ist dieselbe, welche bereits bei der Klassifizierung der aufgelösten Betriebe angewendet wurde. (Siehe: V 1. G) Auch hier ist die Betriebsgröße das oberste Einteilungskriterium bzw. werden Betriebe mit Einkommen aus zusätzlicher Erwerbstätigkeit und aus Renten zusammengefaßt. Aus alledem resultiert, daß von den (N 530) Untersuchungsbetrieben 1958 N 103 oder 19 % zur Gruppe der Vollerwerbsbetriebe ohne zusätzliche Erwerbstätigkeit bzw. Renten und N 36 oder 7 % zur Gruppe der Vollerwerbstätigkeit mit einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit gehörten. Damit hatte etwa jeder vierte Inhaber eines Vollerwerbsbetriebes eine solche zusätzliche Einkommensquelle.

Zwischen den beiden Gemeindegruppen ergaben sich nur geringfügige Abweichungen hiervon. Und zwar lag die Quote derer ohne eine solche zusätzliche Einkommensquelle in den industriellen Gemeinden etwas über dem entsprechenden Wert der agrarischen Gemeinden. Zur Gruppe der Haupterwerbsbetriebe ohne eine zusätzliche Erwerbstätigkeit bzw. Rente (Untergrenzbetriebe) gehörten 1958 N 121 oder 23 % und zur Gruppe derer mit einer solchen (teilbäuerlichen Vollexistenz) N 84 oder 16 % der N 530 Betriebe. Von den Inhabern der Haupterwerbsbetriebe hatten damit insgesamt 41 % eine solche zusätzliche Einkommensquelle. Hier war im Gegensatz zu den Vollerwerbsbetrieben der Anteil derer ohne eine solche Tätigkeit bzw. Rente in den agrarischen Gemeinden größer als in den industriellen Gemeinden. Die verbleibenden N 186 oder 35 % der Untersuchungsbetriebe waren nach der hier verwendeten Definition Nebenerwerbsbetriebe, von denen wiederum 21 % von Rentnern bzw. Witwen geführt wurden. Ähnlich wie der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe an der Gesamtzahl der (N 530) Untersuchungsbetriebe war auch die Quote der von Rentnern und Witwen geführten Betriebe in den agrarischen Gemeinden mit 19 % etwas geringer als in den industriellen Gemeinden, wo ihr Anteil 23 % betrug.

Bis 1966 verminderte sich nicht nur Zahl und Anteil der Vollerwerbsbetriebe auf 5 % ¹⁾ der N 530 Untersuchungsbetriebe sondern es hatte auch keiner ihrer Inhaber eine zusätzliche Einkommensquelle aus Erwerbstätigkeit bzw. aus Renten. Das galt sowohl für die agrarischen als auch für die industriellen Gemeinden. Diese Veränderungen resultierten jedoch nur zu einem Teil aus zwischenzeitlicher Aufgabe der zusätzlichen Erwerbstätigkeit seitens dieser Betriebsleiter. Die Ursache für diesen Rückgang liegt vielmehr bevorzugt in dem fast sprunghaften Anwachsen der Mindestgröße. Daraus resultiert, daß viele derjenigen Betriebe, welche 1958 noch der örtlichen Mindestgröße entsprachen bzw. darüber lagen, 1966 zu Haupterwerbsbetrieben geworden waren. Soweit es sich dabei um Betriebe handelt, deren Inhaber ein zusätzliches Einkommen bezog, mußte sich auch die Quote der Inhaber von Vollerwerbsbetrieben mit einer zusätzlichen Einkommensquelle vermindern.

Die relative Verkleinerung führte auch im Bereich der H a u p t erwerbsbetriebe zu einem zahlenmäßigen bzw. anteiligen Rückgang 1966 gegenüber 1958. Offensichtlich war dieser so umfangreich, daß der überaus beachtliche Zugang aus der Gruppe der Vollerwerbsbetriebe hierdurch überkompensiert wurde. Die Zahl der Betriebe, deren Inhaber keine zusätzliche Einkommensquelle hatten, betrug hier 1966 N 110 während N 42 über eine solche Einkommensquelle verfügten. Von den insgesamt 152 Inhabern dieser Betriebe bezog - danach zu diesem Zeitpunkt nur etwa jeder Dritte ein solches zusätzliches Einkommen. Beides traf sowohl für die agrarischen als auch die industriellen Gemeinden zu, wenn auch letztere von dem Rückgang der Betriebsleiter m i t einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit bzw. Renten stärker betroffen waren als die agrarischen Gemeinden. D. H. , daß 1966 28 % der Inhaber von Haupterwerbsbetrieben ihr landwirtschaftliches Einkommen durch ein solches aus zusätzlicher Erwerbstätigkeit bzw. aus Renten ergänzte. Dabei lag der entsprechende Wert in den agrarischen Gemeinden mit 35 % über dem der industriellen Gemeinden mit 20 %.

1) (Da die Untersuchung auf Betriebe mit maximal 75 ha LN 1958 beschränkt war, dürfte der Anteil der Vollerwerbsbetriebe im gesamten Untersuchungsgebiet faktisch etwas über den o. a. Werten liegen.)

Tabelle : Sozialökonomische Funktion der (N 530) Untersuchungsbetriebe nach dem landwirtschaftlichen Einkommenspotential und nach Einkommen aus zusätzlicher Erwerbstätigkeit und Renten 1958 und 1966 gesamt und nach Gemeindegruppen absolut und in %

	Zahl d. Betr. gesamt und nach Gem. Gruppen abs. / u. %	100 % u. mehr der Mindestgröße		50 % - unter 100 % der Mindestgröße		weniger als 50 % der Mindestgröße	
		V o l l e r w e r b s b e t r .		H a u p t e r w e r b s b e t r .		N e b e n e r w e r b s b e t r .	
		o h n e	m i t	o h n e ¹⁾	m i t ²⁾	g e s a m t	d a v o n
		z u s ä t z l .	E r w e r b s -				B e t r i e b e v o n
		t ä t i g k .	b z w .				R e n t n e r n u n d
		R e n t e n					W i t w e n e t c .
1958 ges. abs.	530	103	36	121	84	186	40
1958 %	100	19	7	23	16	35	
agr. Gem. abs.	238	42	17	57	43	79	15
agr. " %	100	18	7	24	18	33	
ind. Gem. abs.	292	57	23	54	51	107	25
ind. " %	100	20	8	19	18	35	
1966 ges. abs.	530	28	0	110	42	350	64
1966 %	100	5	0	21	8	66	
agr. Gem. abs.	238	11	0	47	26	154	27
agr. " %	100	5	0	20	11	64	
ind. Gem. abs.	292	17	0	63	16	196	37
ind. " %	100	6	0	22	5	67	

1) Untergrenzbetriebe,

2) Teilbäuerliche Vollernten.

Die zahlenmäßige bzw. anteiligen Verluste der beiden o. a. Gruppen kamen zwangsläufig den Nebenerwerbsbetrieben zugute. Ihre Zahl erhöhte sich zwischen 1958 und 1966 von N 186 auf N 350 oder um 88 %. Dabei war der Zugang bei den agrarischen Gemeinden stärker als in den industriellen Gemeinden. Trotzdem lag die Quote der Nebenerwerbsbetriebe an der Gesamtzahl der 530 Untersuchungsbetriebe 1966 in den agrarischen Gemeinden mit 64 % etwas niedriger als in den industriellen Gemeinden (67 %). Von ihnen gehörten 1958 21 % und 1966 18 % Rentnern und Witwen etc. Zwar erhöhte sich ihre Zahl, doch sank ihr Anteil an der Gesamtzahl der Nebenerwerbsbetriebe wegen des Zuganges aus oberen Größenklassen, der sich meist aus berufstätigen Betriebsinhabern rekrutierte, ab.

Berücksichtigt man darüber hinaus auch die N 158 zwischen 1958 und 1966 aufgelösten Betriebe bzw. deren Einfluß auf die Veränderungen der Verbreitung der verschiedenen sozialökonomischen Betriebstypen, so ergibt sich, daß 1958 N 110 oder 16 % der N 688 Untersuchungsbetriebe zur Gruppe der Vollerwerbsbetriebe ohne und N 40 oder 6 % derselben Gruppe der Vollerwerbsbetriebe mit einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit bzw. Rente gehörten. Zum selben Zeitpunkt waren N 132 oder 19 % dieser Betriebe Haupterwerbsbetriebe, deren Inhaber über keine zusätzliche Einkommensquelle verfügten, während N 105 oder 15 % über eine solche verfügten. Gleichzeitig waren N 301 oder 44 % der untersuchten Betriebe Nebenerwerbsbetriebe.

Setzt man diese Werte jeweils für 1958 gleich 100 %, so ergeben sich bis 1966 Verluste bei den Voll- und Haupterwerbsbetrieben mit und ohne Erwerbstätigkeit und Renten und ein Zuwachs bei den Nebenerwerbsbetrieben. Die Verluste betrugen in beiden Gemeindegruppen 100 % bei den Vollerwerbsbetrieben mit einer zusätzlichen Einkommensquelle, gefolgt von denen ohne eine solche Einkommensquelle. Ihre Zahl verminderte sich im Durchschnitt aller Betriebe 1966 gegenüber 1958 von 100 auf 25, In den industriellen Gemeinden war der Rückgang unter- und in den agrarischen Gemeinden leicht überdurchschnittlich.

Tabelle: Veränderungen der sozialökonomischen Funktion der Untersuchungsbetriebe zwischen 1958 (N 688 Betriebe ¹⁾) und 1966 (N 530 Untersuchungsbetriebe ²⁾) absolut und in %

	Zahl d. Betr. ges. u. nach Gem. Gruppen abs. / u. %	100 % d. Mindest- größe und mehr	50 - u. 100 % der Mindestgröße	weniger als 50 % der Mindestgröße	
		Voll erwerbsbetr.	(Untergrenz-(Teilbäuerl. Neben erwerbsbetr. betriebe Vollexist.) Haupterwerbsbetr.		
		ohne mit zusätzl. Erwerbs- tätigkeit u. Renten	ohne mit zusätzl. Erwerbs- tätigkeit u. Renten	gesamt davon Betr. von Rentnern u. Witwen etc.	
1958 ges. abs.	688 1)	110	132	301	86
1958 ges. %	100	100	100	100	100
1966 ges. abs.	530 2)	28	110	42	64
1966 ges. %	?	25	84	40	75
=====					
1958 agr. Gem. abs.	290 3)	46	60	118	40
1958 agr. Gem. %	100	100	100	100	100
1966 agr. Gem. abs.	238 4)	11	47	26	27
1966 agr. Gem. %	?	24	79	53	68
=====					
1958 ind. Gem. abs.	398 5)	60	58	183	41
1958 ind. Gem. %	100	100	100	100	100
1966 ind. Gem. abs.	292 6)	17	63	16	37
1966 ind. Gem. %	?	39	109	23	90
=====					

1) - 6) : siehe nächste Seite

- 1) N 688 = Zahl der zwischen 1958 und 1966 aufgelösten Betriebe (N 158) u n d 1966 noch bestehenden bzw. im Besitz der Befragungsperson befindlichen Betriebe (N 530)
- 2) Zahl der 1966 noch bestehenden bzw. im Besitz der Befragungsperson befindlichen Betriebe
- 3) Zahl der zwischen 1958 und 1966 in den agrarischen Gemeinden aufgelösten Betriebe (N 52) u n d der 1966 noch bestehenden bzw. noch im Besitz der (N 238) Befragungspersonen befindlichen Betriebe.
- 4) Zahl der zwischen 1966 in den agrarischen Gemeinden n o c h bestehenden bzw. im Besitz der Befragungspersonen befindlichen Betriebe.
- 5) Zahl der zwischen 1958 und 1966 in den industriellen Gemeinden aufgelösten Betriebe (N 106) u n d der 1966 noch bestehenden bzw. im Besitz der (N 292) Befragungspersonen befindlichen Betriebe.
- 6) Zahl der zwischen 1966 in den industriellen Gemeinden n o c h bestehenden bzw. im Besitz der Befragungspersonen befindlichen Betriebe.

Wesentlich geringer waren die Verluste bei den Haupterwerbsbetrieben. Die Zahl derer ohne eine zusätzliche Erwerbstätigkeit bzw. Rente verminderte sich von 100 auf 84 % und die Zahl derer mit einer solchen von 100 auf 42 %. Unterteilt nach Gemeindegruppen ergibt sich jedoch zumindest bei denen ohne eine zusätzliche Erwerbstätigkeit etc. nur bei den agrarischen Gemeinden ein Verlust, während die industriellen Gemeinden einen Zuwachs zu verzeichnen haben. Die Zahl der Haupterwerbsbetriebe mit einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit bzw. Rente verminderte sich in den agrarischen Gemeinden von 100 auf 53 %, in den industriellen Gemeinden aber von 100 auf 23 %. Die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe erhöhte sich dagegen trotz Auflösung von 100 auf 116 %. In den agrarischen Gemeinden war der Zugang überproportional (100 auf 130 %) und in den industriellen Gemeinden (100 auf 107 %) unterproportional.

Anerkennt man ganz allgemein und auch in diesem speziellen Fall die Konzeption des Vergleichslohnes und darauf aufbauend die Unterteilung der landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrem Ertragspotential nach objektiven Kriterien bzw. sieht man davon ab, daß ein gegebenes Einkommen in einem Fall als subjektiv ausreichend und im anderen Fall als völlig unzureichend angesehen wird, so ergibt sich aus diesen Ausführungen, daß trotz Auflösung und Abstockung der Betriebe auf der einen und Aufstockung auf der anderen Seite die Teilerwerbsfunktion der hier untersuchten Betriebe kräftig zugenommen hat. Nur 5 % derselben hatten 1966 noch eine Größe, welche zur Erwirtschaftung des Vergleichslohnes ausreichten bzw. darüber lag. Jedoch läßt sich das eigentliche Problem nicht an der Quote der Vollerwerbsbetriebe messen. Im Mittelpunkt des Interesses stehen weder sie noch die Nebenerwerbsbetriebe, da im ersten Fall zumindest das landwirtschaftliche Einkommenspotential zur Erwirtschaftung eines angemessenen Einkommens ausreicht, während letztere in der überwiegenden Mehrzahl über eine zusätzliche bzw. Haupteinkommensquelle in Form von Erwerbstätigkeit und Renten verfügen.

Da gerade sie beispielsweise durch Lohnerhöhung etc. an den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritten partizipieren, können sie die relative Verkleinerung ihrer Betriebe hierdurch kompensieren, wenn nicht sogar überkompensieren.

Das eigentliche Problem stellen die Betriebe dar, deren Fläche zur Erwirtschaftung des Vergleichslohnes nicht ausreicht und welche andererseits aufgrund des Arbeitsanspruches dieser Betriebe oder in Ermangelung nichtlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze keine zusätzliche Erwerbstätigkeit ausüben können.

Ein Vergleich dieser Ergebnisse mit der sozialökonomischen Funktion der landwirtschaftlichen Betriebe des Bundesgebietes bzw. von Teilgebieten desselben wäre zur Relativierung der obigen Ausführungen von größtem Interesse. Jedoch ergeben sich hierfür Schwierigkeiten wegen der voneinander abweichenden Methode und der Untersuchungszeiträume.

So wird im "grünen Bericht"¹⁾ der Bundesregierung zwar eine Einteilung der Betriebe nach ihrem Erwerbscharakter in Voll- Zu- und Nebenerwerbsbetriebe vorgenommen, doch basiert diese auf einer subjektiven Bewertung. Und zwar werden alle jene zu den Vollerwerbsbetrieben gerechnet, in welchen " ... die Familie voll tätig ist ... bzw. ihren Lebensunterhalt in der Regel ausschließlich aus dem landwirtschaftlichen Betrieb bezieht. "

Eine ähnliche Unterteilung nach Betriebsinhabern in Haupt- und Nebenberuf wird auch im Statistischen Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des B. M. L. für 1968²⁾ vorgenommen, welche deshalb ebenso wie die des grünen Berichtes hiermit nicht vergleichbar ist. Gerade das im "Grünen Bericht" angewendete Verfahren muß zu einer Fehlbeurteilung der sozialökonomischen Funktion der landwirtschaftlichen Betriebe bzw. einer überhöhen Quote der Vollerwerbsbetriebe führen, da zu den tatsächlichen Vollerwerbsbetrieben auch solche Betriebe gezählt werden, deren Einkommenspotential zur Erwirtschaftung des Vergleichseinkommens nicht ausreicht, welche aber dem Inhaber als ausschließliche Einkommensquelle dienen²⁾. (Untergrenzbetriebe) Trotzdem läßt sich sagen, daß die Landwirtschaft im Untersuchungsgebiet bereits in höheren Maße als im Ø des Bundes Teilerwerbsfunktion erfüllt ohne daß zusätzliche Einkommensquellen als Mittel zur Kompensation der ungenügenden landwirtschaftlichen Einkommen im Untersuchungsgebiet eine wesentlich größere Verbreitung gefunden hätten als im Bundesgebiet.

1) B. M. L. : Bericht der Bundesregierung ... a. a. O., Bonn 1969, S. 21

2) B. M. L. : Statistisches Jahrbuch über E. L. F. a. a. O., S. 37, Hamburg 1968

3) B. M. L. : Bericht der Bundesregierung ... a. a. O., 1969, S. 21

d) Wechselbeziehungen zwischen Veränderungen von Struktur und Organisation der Untersuchungsbetriebe

Veränderungen der Betriebsgröße waren in der Regel nur dann von Veränderungen der Betriebsorganisation begleitet, wenn die Auf- oder Abstockung gewisse Schwellenwerte überschritt.

Im Falle der Bodennutzung ging mit der Abstockung auf weniger als 1 ha LN meist eine relative Intensivierung einher. Sie resultiert aus einer überproportionalen Verminderung der Futter- und Getreideflächen. Gleichzeitig erfolgte eine weitgehende Einschränkung, wenn nicht eine völlige Aufgabe, der Rinder- und besonders der Milchkuhhaltung. Die Abschaffung der Arbeitskühe ging hier nur selten mit der Anschaffung von Schleppern einher. Die Durchführung der wenigen Fuhrarbeiten auf dem Wege der Nachbarschaftshilfe bereitet hier offensichtlich keinerlei Schwierigkeiten.

Im Gegensatz hierzu folgte auf die Aufstockung in die oberen Größenklassen eine, wenn auch teilweise nur vorsichtige, relative Extensivierung. Sie bestand in einer überproportionalen Ausdehnung des Getreidebaues und einer Abnahme des Anteiles der Futterflächen. Das galt jedoch nur in dem Maße, in dem die natürlichen Standortbedingungen eine alternative Nutzung der Flächen ermöglichen. In den agrarischen Gemeinden mit ihren höheren Niederschlägen bzw. den stärkeren Hanglagen waren auch die größeren Betriebe durch hohe Grünlandanteile und eine entsprechende Rinder- bzw. Milchkuhhaltung gekennzeichnet. Die Haltung von Mastschweinen (und Legehennen) ist in viel geringerem Maße betriebsgrößen- bzw. standortspezifisch. Zwar steigt die Zahl der im Mittel gehaltenen Tiere auch hier mit der Betriebsgrößenklasse an, doch ergeben sich in Einzelfällen erhebliche Abweichungen hiervon. In der Zahl der gehaltenen Mastschweine bzw. Hennen spiegeln sich offensichtlich individuell Arbeitskräfte- bzw. Marktsituationen wider, welche im einen Falle eine Ausdehnung und im anderen Falle eine Einschränkung der Bestände begünstigen. Die meisten Betriebe verfügten nicht erst 1966 sondern bereits vorher über eigene Schlepper. Die nach 1958 durchgeführten Neuananschaffungen erfolgten i. d. R. in den mittleren und unteren Größenklassen. Sie beschränkten sich nicht etwa auf die Betriebe, welche auch gleichzeitig aufgestockt wurden, sondern fanden sich ebenso häufig in denen, welche keine Veränderungen der Flächen bzw. Abstockungen vorgenommen hatten.

VI. Gründe, welche zur Auflösung und zur Umstellung von Betrieben führen.

Entsprechend der Zielsetzung dieses Teiles der Untersuchung soll nachfolgend geprüft werden, ob bzw. welche konkreten Verhältnisse zur Auflösung und zur Umstellung von Betrieben führten. Da es sich hier fast ausschließlich um Betriebe mit Familienarbeitsverfassung handelt, bei denen die Arbeitskräfte eine autonome Größe darstellen, welche sich im Gegensatz zu Boden und Kapital bzw. zu den Arbeitskräften in Lohnarbeitsbetrieben der Disposition seitens der Betriebsleiter weitgehend entziehen, liegt es nahe, Veränderungen von Größe und Organisation der Betriebe mit Veränderungen der Arbeitskräfteverhältnisse in den jeweiligen Familien in Zusammenhang zu bringen. Es ist jedoch kaum zu erwarten, daß sich alle Veränderungen der Arbeitskräfteverhältnisse der bäuerlichen Familien in den Betrieben niederschlagen bzw. daß nur sie die Ursachen von Veränderungen sind. Vielmehr besteht darüberhinaus auch die Möglichkeit, daß bestimmte Einkommensverhältnisse bzw. Einkommensvorstellungen, unter Umständen im Zusammenhang mit der Familiengröße, Veränderungen in den Betrieben auslösen. Schließlich sei noch an die möglichen Einflüsse exogener, ökonomischer und soziologischer bzw. sozialpsychologischer Faktoren erinnert.

Sieht man von den Fällen ab, in denen beispielsweise Tod oder Erwerbsunfähigkeit von Betriebsinhabern oder Familienangehörigen bzw. die Beanspruchung von Betriebsflächen für öffentliche Baumaßnahmen bestimmte Veränderungen erzwangen, so dürften hierfür meist mehrere Faktoren verantwortlich sein, deren Einflüsse sich im einzelnen mittels des hier angewendeten Instrumentariums jedoch nicht oder nur unvollständig voneinander eliminieren lassen.

1. Gründe für die Auflösung von Betrieben

a) Endogene Gründe

Wenn sich Veränderungen der Arbeitskräfte in den Familien, sofern sie einen bestimmten Schwellenwert überschreiten, in Veränderungen der Betriebsorganisation niederschlagen, dann wäre im Falle der Betriebsauflösung zu erwarten, daß hier eine zahlenmäßige Verminderung der Arbeitskräfte bei den Besitzerfamilien erfolgte, bzw. daß die aufgelösten Betriebe über weniger Arbeitskräfte verfügen als die noch bestehenden Betriebe vergleichbarer Größen. Um zu überprüfen, ob und in welchem Maße sich die Arbeitskräfteverhältnisse in den beiden Gruppen unterscheiden, soll nachfolgend der Arbeitskräftebesatz der einzelnen Betriebe ermittelt und gegenübergestellt werden. Die Arbeitspersonen verschiedenen Alters und Geschlechtes wurden zu diesem Zweck zu Voll-A. K. zusammengefaßt. ^{1) 2)}

1) Ruhr-Stickstoff AG: Faustzahlen für die Landwirtschaft, Bochum 1957, S. 51

männl. u. weibl. Personen	/ A. K.
im Alter von : 14 - 16 Jahren	0,5
16 - 65 Jahren	1,0
65 Jahren	0,3

2) Im Interesse der besseren Vergleichbarkeit werden hier nur solche Betriebe berücksichtigt, deren Inhaber eine Erwerbstätigkeit ausübten bzw. eine Rente bezogen.

Die Vernachlässigung der wenigen Betriebe, deren Inhaber keine Erwerbstätigkeit ausübten oder Rente bezogen, scheint vertretbar während eine separate Betrachtung wegen der geringen Zahl nicht möglich ist.

Zur besseren Vergleichbarkeit erfolgt eine Umrechnung des AK-Besatzes auf 100 ha LN. Einbezogen werden alle im Haushalt des Betriebsinhabers lebenden Personen. Voll-Arbeitskräfte, welche einer ganzjährigen nicht-landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit nachgehen, wurden für den Betrieb mit 0,5 AK veranschlagt. Geht man von einer jährlichen Soll-Arbeitszeit von 2400 Stunden aus, so scheint dieser Ansatz zwar zu hoch, berücksichtigt man jedoch die faktische Arbeitsleistung in landwirtschaftlichen Betrieben

und ganz besonders in Nebenerwerbsbetrieben, so kann durchaus unterstellt werden, daß eine voll leistungsfähige Person, welche eine ganzjährige nicht-landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit ausübt, in dem landwirtschaftlichen Betrieb zusätzlich noch 1200 Arbeitsstunden jährlich leistet. Für Hausarbeiten wurden für jede zu versorgende Person und je Tag 2 Stunden angesetzt.¹⁾ bzw. von dem jeweiligen AK-Besatz in Abzug gebracht. Die Ergebnisse dieser Untersuchung

Tabelle : Arbeitskräftebesatz (AK/100 ha LN) der aufgelösten und der noch im Besitz der Befragungspersonen befindlichen Betriebe²⁾ nach Gemeindegruppen und Betriebsgruppengrößengruppen absolut und in %

	Betr. mit weniger als 5 ha LN		Betr. mit 5 ha LN und mehr	
	absolut	%	absolut	%
Agr. Gem.	27	100	17	100
Betr. aufgel.	26	96	15	88
Betr. noch in Bes.	29	108	18	106
Ind. Gem.	38	100	13	100
Betr. aufgel.	39	103	9	70
Betr. noch im Bes.	38	100	15	115

gehen aus der obigen Tabelle hervor. Danach zeichnen sich die aufgelösten Betriebe mit Ausnahme derer mit weniger als 5 ha LN in den industriellen Gemeinden durch einen geringeren Arbeitskräftebesatz aus als die noch bestehenden Betriebe vergleichbarer Größe. Setzt man die Durchschnitts-Werte für jede der beiden Gemeinde- bzw. Betriebsgrößengruppen gleich 100 %, so ergibt sich für die aufgelösten Betriebe der agrarischen Gemeinden mit weniger als 5 ha LN der Wert von 96 %. Bei den aufgelösten Betrieben mit 5 ha LN und darüber sinkt der entsprechende Wert sogar auf 88. Die noch im Besitz der Befragungspersonen befindlichen Betriebe verfügen dagegen über Werte von 108 bzw. 106. In den Betrieben mit weniger als 5 ha der industriellen Gemeinden haben die aufgelösten Betriebe mit 103 allerdings einen

1) Ruhr-Stickstoff AG: Faustzahlen, a.a.O., S. 51

2) Betriebe entsprechend der Definition auf S. 134

überdurchschnittlichen Arbeitskräftebesatz zu verzeichnen. In den Betrieben mit 5 ha LN und darüber sinken die Werte jedoch ähnlich wie bei den agrarischen Gemeinden weit unter den Durchschnitt ab. Sie betragen hier 70 % und erreichen damit den geringsten Wert aller Vergleichsgruppen. Die noch bestehenden Betriebe mit 5 ha LN und darüber haben dagegen mit 115 hier einen überdurchschnittlichen Besatz an Arbeitskräften zu verzeichnen.

Wie diesen Ausführungen zu entnehmen ist, zeichnen sich die aufgelösten Betriebe zwar überwiegend durch einen geringeren Arbeitskräftebesatz aus als die noch bestehenden Betriebe vergleichbarer Größe, doch zeigen die Abweichungen z w i s c h e n den verschiedenen Betriebs- und Gemeindegruppen, daß das Unterschreiten eines bestimmten AK-Besatzes nicht zwangsläufig zur Betriebsauflösung führt, bzw. daß die aufgelösten Betriebe durchaus unterschiedliche AK-Besatzzahlen aufweisen. Ob ein Betrieb aufgelöst oder weitergeführt wird, hängt demnach offensichtlich noch von anderen Faktoren ab.

Gerade die zahlreichen mittleren und kleineren Betriebe stellen meist nur eine zusätzliche Einkommensquelle für die jeweiligen Inhaber dar. Die geringe Effizienz der eingesetzten Arbeit und des Kapitals könnten daher gerade hier Anlaß zur Betriebsauflösung sein. Das wäre insbesondere dann zu erwarten, wenn der Arbeitskräftebesatz gering und das nichtlandwirtschaftliche Einkommen relativ hoch ist.

Es bedarf daher der Überprüfung möglicher Zusammenhänge zwischen diesen drei Größen. Während der Arbeitskräftebesatz der Betriebe bereits Gegenstand der Untersuchung war, soll nachfolgend die Höhe der nichtlandwirtschaftlichen Einkommen in Abhängigkeit von Betriebsgrößen und Gemeindegruppen für die Inhaber der aufgelösten und der noch bestehenden Betriebe dargestellt werden. Einbezogen werden alle nachhaltigen Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Renten ¹⁾ der im Haushalt des Befragten lebenden Personen. Um mögliche Einflüsse der Familiengröße zu eliminieren, wurden die nichtlandwirtschaftlichen Einkommen durch die Zahl der im Haushalt lebenden Personen dividiert. Die Höhe der so ermittelten Einkommen schwankten zwischen 600,- DM und 4000,- DM je Person und Jahr.

1) Einkommen aus Kapital, Vermietung und Verpachtung waren unbedeutend und wurden deshalb nicht berücksichtigt

Diese extremen Werte kamen jedoch nur vereinzelt vor. In der Mehrzahl der Betriebe bzw. Familien hielten sich die Einkommensunterschiede in wesentlich engeren Grenzen, wie der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen ist.

Tabelle : Durchschnittseinkommen aus Erwerbstätigkeit und aus Renten aller im Haushalt der Befragten ¹⁾ lebenden Personen je Person und Jahr in DM und in % zum Zeitpunkt der Auflösung bzw. der Begabung

	Betriebe mit weniger als 5 ha LN		Betriebe mit 5 ha LN und mehr	
	absolut	%	absolut	%
Agr. Gem.	4. 000, -- DM	100	3. 500, -- DM	100
Betr. aufgel.	3. 600, -- DM	90	3. 600, -- DM	103
noch im Besitz	4. 500 -- DM	112	3, 500, -- DM	100
Ind. Gem.	3. 900, -- DM	100	3. 400, -- DM	100
Betr. aufgel.	4. 000, -- DM	103	3. 500, -- DM	103
noch im Besitz	3. 900, -- DM	100	3. 400, -- DM	100

Danach schwankten die jährlichen Bruttoeinkommen je im Haushalt lebender Person bei den o. a. Gruppen zwischen 3.400, -- und 4.500, -- DM. Dabei entfallen die Höchstwerte wider Erwarten auf die agrarischen und die geringsten auf die industriellen Gemeinden. Sieht man von den Betrieben der agrarischen Gemeinden mit einer LN von weniger als 5 ha ab, so liegen die Einkommen in den aufgelösten Betrieben über denen der noch bestehenden Betriebe. Die Unterschiede sind jedoch relativ gering. Setzt man auch hier die Durchschnittswerte für jede der Gemeinde- bzw. Betriebsgruppen gleich 100 %, so ergibt sich für die agraischen Gemeinden bzw. Betriebe mit weniger als 5 ha LN, ein relatives Einkommen von 90 für die aufgelösten und von 112 für die noch best ehenden Betriebe.

Bei den Betrieben mit 5 ha LN und darüber betragen die Werte 103 bzw. 100. Die gleichen Werte gelten auch für die industriellen Gemeinden, wie den Zeilen 5 und 6 der Tabelle zu entnehmen ist.

1) Inhaber von Betrieben im Sinne der Definition auf S. 134

Die Inhaber der aufgelösten Betriebe beziehen danach meist höhere nicht-landwirtschaftliche Einkommen als die der noch bestehenden Betriebe vergleichbarer Größe. Jedoch läßt sich hier ebensowenig wie im Falle des Arbeitskräftebesatzes eine objektive Einkommensschwelle fixieren, deren Überschreiten etwa zur Auflösung von Betrieben führt.

Daß Arbeitskräfte- und Einkommensverhältnisse auch aus der Sicht der Befragten auf Weiterführung oder Auflösung der Betriebe einen Einfluß ausüben, geht aus deren in der folgenden Tabelle aufgeführten Antworten auf diesbezügliche Fragen hervor : So werden u. a. Arbeitskräftemangel und anderweitige bessere Beschäftigungsmöglichkeiten für die Auflösung verantwortlich gemacht. Außerdem spielen Krankheit und Todesfälle sowie Landbeanspruchung für öffentliche Maßnahmen eine bedeutende Rolle.

Tabelle : Subjektive Gründe für die Auflösung von Betrieben in % (N 158)

Arbeitskräftemangel (war keine Zeit zum Bewirtschaften; waren ganz allein. Arbeitsbelastung zu groß)	33 %
Bessere Arbeits- u. Einkommensmöglichkeiten (bin im Hauptberuf Schreiner; wegen der Gastwirtschaft)	20 %
Krankheit, Todesfälle, Alter	30 %
Landbeanspruchung für öffentliche Baumaßnahmen ; Einzug von Pachtland	11 %
Keine Angaben	6 %
Gesamt	100 %

Auch in der Literatur werden Arbeitsüberlastungen und bessere außerlandwirtschaftliche Einkommensalternativen als Auflösungsursachen genannt. Hier sei nur an die Untersuchungen von RIEMANN¹⁾ bzw. von WERSCHNITZKY, FUSS und HOFMANN²⁾ erinnert. Darüberhinaus werden sowohl von den ehemaligen Inhabern der hier untersuchten aufgelösten Betriebe als auch in der Literatur Alter und Generationswechsel als häufige Auflösungsursachen

1) Riemann, F. : Größe und Verbleib aufgelöster Kleinbetriebe in: Berichte über Landwirtschaft 1962, H. 2, a. a. O., S. 247

2) Werschnitzky, Fuß, Hofmann : Nebenberufliche Landbewirtschaftung a. a. O. S. 36

genannt. Sieht man jedoch von den Betriebsinhabern ab, welche keine Erben haben, so kann das zunehmende Alter und die damit einhergehende sinkende Leistungsfähigkeit nicht primär als Auflösungsursache angesehen werden, da in der normalen dreigenerativen Familie die sinkende Leistungsfähigkeit der Alten durch die heranwachsenden Jugendlichen wieder kompensiert werden. Während die jeweiligen Arbeitskräfte- und Einkommensverhältnisse für die Entscheidung der Betriebsleiter über Auflösung oder Weiterführung der Betriebe offensichtlich von erheblicher Bedeutung sind, zeichnen sich andererseits, wie den vorher angeführten Tabellen ebenfalls zu entnehmen ist, die Betriebe in den Gebieten bzw. Gemeindegruppen mit der größten Auflösungshäufigkeit (industrielle Gemeinden) nicht durch unterdurchschnittliche Arbeitskräftebesatzzahlen oder durch überdurchschnittliche Einkommen aus nichtlandwirtschaftlichen Quellen aus und umgekehrt.

Dieser scheinbare Widerspruch dürfte sich in der Weise auflösen, daß bestimmte Marginalsituationen z. B. bei Arbeitskräften und Einkommen aus nichtlandwirtschaftlichen Quellen zwar eine kritische Wertung des subjektiven Nutzens, welcher der landwirtschaftliche Betrieb seinem Inhaber bringt, fördern, daß aber die eigentliche Entscheidung über Weiterführung oder Auflösung des Betriebes von anderen, wahrscheinlich exogenen Faktoren, maßgeblich beeinflußt wird. D. h., daß gegebene Arbeitskräfte bzw. Einkommensverhältnisse unter dem Einfluß auflösungsfördernder Umweltverhältnisse (wie z. B. in den industriellen Gemeinden) bereits als Marginalsituationen verstanden werden und zur Auflösung führen, während es in einer auflösungshemmenden Umwelt (agrarische Gemeinde) einer noch stärkeren Verknappung der Arbeitskräfte bzw. einer weiteren Erhöhung der nichtlandwirtschaftlichen Einkommen bedarf, um dieselbe Reaktion seitens der Betriebsinhaber auszulösen.

b) Exogene Gründe

Damit konzentriert sich das Interesse auf die auflösungsfördernden bzw. hemmenden exogenen Faktoren. In der Literatur wird die Tatsache, daß die agrarischen Gebiete i. d. R. relativ geringe und die städtisch-industriellen Gebiete dagegen hohe Auflösungsquoten zu verzeichnen haben, weitgehend auf die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse zurückgeführt. Hier sei nur an

die Untersuchungen von HARSCHKE¹⁾ und RIEMANN²⁾ sowie an die von WERSCHNITZKY, FUSS und HOFMANN³⁾ erinnert. WERSCHNITZKY, FUSS und HOFMANN³⁾ führen den Rückgang der "... Betriebe vorwiegend auf die günstige wirtschaftliche Entwicklung im Untersuchungsgebiet zurück." KÜTTNER⁴⁾ erklärt die geringen Auflösungsquoten in den agrarischen Teilen seines Untersuchungsgebietes mit dem noch fehlenden Vertrauen in die nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten; RIEMANN²⁾ erklärt die umfangreichen Auflösungsquoten i. d. H. mit den nicht mehr benötigten Einkünften aus der Landwirtschaft.

Die räumliche und zeitliche Entsprechung von relativ hoher Auflösungsquote und günstiger wirtschaftlicher Situation bzw. Entwicklung und umgekehrt reicht dabei offenbar zur Verifizierung der Hypothese von der wirtschaftlichen Bedingtheit der Betriebsauflösung aus.

Unter dem Begriff "wirtschaftliche Verhältnisse" werden z. B. bei WERSCHNITZKY, FUSS und HOFMANN⁵⁾ außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze und Verdienstmöglichkeiten verstanden. Ähnliches gilt auch für HARSCHKE⁶⁾ und RIEMANN⁷⁾, während die speziellen Verhältnisse der Landwirtschaft in keinem Fall mit einbezogen werden.

Die Auffassung, relativ hohe und sichere nichtlandwirtschaftliche Einkommen machten die Einkünfte aus dem landwirtschaftlichen Betriebe überflüssig (siehe auch...⁸⁾), unterstellt den Menschen offensichtlich verbindliche Vorstellungen über ein notwendiges bzw. wünschenswertes Einkommen bzw. als strebten sie nur ein Existenzminimum an, dessen Überschreiten auf der einen Seite etwa durch Lohnerhöhung, zwangsläufig eine Einschränkung der wirtschaftlichen Aktivität auf der anderen Seite, hier z. B. durch Auflösung des landwirtschaftlichen Betriebes nach sich ziehe. Diese Unterstellung wird jedoch durch das weit verbreitete Streben nach ständigem wirtschaftlichem und sozialem Aufstieg hinreichend widerlegt. Zwar sind Arbeitsproduktivität

1) Harsche, E.: Die Agrarstruktur als Bestandteil, a. a. O., S. 131

2) Riemann, F.: Größe und Verbleib ... a. a. O., S. 252 und folgende

3) Werschnitzky, Fuß, Hofmann: Nebenberufliche Landwirtschaft, a. a. O., S. 36

4) Küttner, H.: Materialien zur ... a. a. O., S. 58

5) Werschnitzky, Fuß, Hofmann: Nebenberufliche Landwirtschaft a. a. O., S. 36

6) Harsche, E.: Agrarstruktur als Bestandteil, a. a. O., S. 252 u. folgende

7) Riemann, F.: Größe und Verbleib ... a. a. O., S. 252 u. folgende

8) Küttner, H.: Landbevölkerung im sozialen Wandel, a. a. O., S. 142

und Einkommen namentlich in den kleineren landwirtschaftlichen Betrieben, um welche es sich hier bevorzugt handelt, durchweg sehr viel geringer als in den meisten nichtlandwirtschaftlichen Berufen, doch handelt es sich bei der zusätzlichen Arbeit im landwirtschaftlichen Kleinbetrieb fast immer um die Ausnutzung von Restzeiten, welche beim Fehlen eines solchen Betriebes nur in Ausnahmefällen durch zusätzliche, nichtlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit genutzt würden.

Speziell für die industriellen Gebiete gilt daß die günstigen direkten Absatzmöglichkeiten für landwirtschaftliche Produkte wie Milch, Eier, Kartoffel, Obst und Gemüse und die daraus resultierenden preislichen Vorteile zu einer höheren relativen Rentabilität der Landwirtschaft führen als in den agrarischen Gebieten, in denen diese Möglichkeit nicht oder nur in beschränktem Umfang bestehen. Hinzu kommt, daß die industriellen gegenüber dem agrarischen Gebieten meist günstigere Boden- und Klimaverhältnisse aufweisen. Außerdem haben die berufstätigen Landwirte in städtischen Gebieten oft einen kürzeren Arbeitsweg als die der agrarischen Gebiete, sodaß ihnen mehr Zeit zur Arbeit in ihren Betrieben verbleibt.

Berücksichtigt man darüber hinaus, daß die Löhne für vergleichbare nichtlandwirtschaftliche Tätigkeit in beiden Gebieten einander weitgehend entsprechen¹⁾, so wäre in Gegensatz zu der tatsächlichen Situation zu erwarten, daß gerade die industriellen Gemeinden die geringsten und die agrarischen Gemeinden die höchsten Auflösungsquoten zu verzeichnen hätten.

Auch das von KÜTTNER²⁾ zitiert "...noch fehlende Vertrauen der berufstätigen Landwirte in die Sicherheit der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplätze..." als Grund für das weitverbreitete Festhalten am Betrieb in den agrarischen Gebieten bzw. die dem Betrieb damit zwangsläufig unterstellte Sicherungsfunktionen (siehe auch³⁾) in Zeiten von Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit, welche die agrarischen Gebiete zweifellos öfter und härter treffen als die industriellen Gebiete, dürfte namentlich bei den kleineren Betrieben der Konfrontation mit der Realität nicht standhalten.

1) Wie o.a. lagen die Brutto-Einkünfte der Haushalte aus nichtlandwirtschaftlichen Quellen in den agr. Gemeinden sogar geringfügig über denen der industriellen Gemeinden.

2) Küttner, H.: Materialien zur ... a.a.O., S. 58

3) ASG: Die Meinung der Landwirte über die zukünftige Entwicklung ihrer Betriebe und ihrer Berufstätigkeit, Göttingen 1969, S. 1.

Die meist geringe Produktivität der Landwirtschaft der agrarischen Gebiete im Zusammenhang mit dem ebenfalls meist geringen Produktionsvolumen sowie die gesamtwirtschaftliche Verflechtung (Zwang zum Bezug von Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln etc.) und nicht zuletzt der relativ hohe Lebensstandard mit seinen vielfältigen Bedürfnissen auch auf dem Nahrungsmittelsektor, welche ein landwirtschaftlicher Betrieb nur noch zu einem Bruchteil zu erfüllen vermag, haben diesen im Gegensatz zu der Kriegs- und Nachkriegszeit seiner Autonomie bzw. seiner Sicherungsfunktion faktisch bereits entkleidet.

Aus alledem resultiert, daß weder die relativ häufigen Betriebsauflösungen der industriellen noch die weniger häufigen Auflösungen in den agrarischen Gebieten in dem Maße, wie es zu geschehen pflegt, den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen zugeschrieben werden dürfen. Vielmehr schaffen offensichtlich die mannigfaltigen, direkten und indirekten Einflüsse von Industrie, Handel und Gewerbe, von KÖTTER ¹⁾ als Industrieklima bezeichnet, eine auflösungsfördernde Umwelt, während mit abnehmender Intensität und zeitlicher Dauer derselben die Neigung zur Weiterführung der Betriebe wächst. Die eigentlichen Ursachen für Auflösung und Weiterführung dürften dabei in hohem Maße sozialpsychologischer bzw. psychologischer Natur sein.

Nach van DEENEN handelt der Mensch als soziales Wesen sehr stark schematisch in weitgehend automatisierten oft gruppenspezifischen Verhaltensmustern, welche fast von selbst ablaufen. Die Aktionen können (daher) nicht (immer) aus dem individuellen der Person erklärt werden. ²⁾

Die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe ³⁾ ist offensichtlich ein fundamentales Bedürfnis des Menschen, wenn nicht sogar eine Bedingung für seine Existenz. Die Gruppe kennt bzw. entwickelt Verhaltensweisen und Normen, welche für ihre "Glieder" in gewisser Weise obligatorisch sind, ohne daß sie von diesen notwendigerweise als Zwang oder Bevormundung verstanden würden.

1) Kötter, H. : Landbevölkerung a. a. O. , S. 163

2) van Deenen, B. : Die Leistungskraft der bäuerlichen Familie, in: Der bäuerliche Familienbetrieb, ein überholtes Leitbild?, Witten 1965, S. 88

3) Das menschliche Zusammenleben spielt sich in Gruppen ab; eine soziale Gruppe besteht aus mehreren Personen, die durch ein Netzwerk sozialer Beziehungen miteinander in Verbindung stehen. Sie interagieren in mehr oder weniger standardisierten Rollen nach gemeinsamen Werten und Normen. Die Gruppe wird durch ein Gefühl gemeinsamer Identität zusammengehalten. Die Gruppensolidarität schließt Konflikte nicht aus. Zit. nach Kötter, H. : Vorlesung ü. Wirtschaftssoziologie, Gießen, Wintersemester 1969/70

So findet sich das Individuum entweder unreflektiert in Übereinstimmung mit der Norm oder es leistet ihr als einer Forderung des Gemeinwesens bewußt Folge." ¹⁾ Die Kenntnis der "Gruppenmeinung" bzw. die unbesehene automatische Befolgung ihrer Normen enthebt das Individuum im konkreten Fall der Notwendigkeit einer zeitraubenden und seine intellektuellen Fähigkeiten u. U. übersteigenden kritischen Auseinandersetzung mit den Problemen und nimmt ihm praktisch autonome Entscheidungen ab.

Die Konsequenz, mit der die gruppenspezifischen Normen von den einzelnen Mitgliedern befolgt werden, schwankt jedoch erheblich. Innerhalb gewisser Grenzen werden Abweichungen zwar toleriert; um der Gefahr einer Disfunktionalisierung vorzubeugen belegt die Gruppe allerdings notorische Verletzungen der Normen mit Sanktionen.

Eine solche Verhaltenshabitualisierung kann nicht nur für das Individuum eine außerordentliche Hilfe sein, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt, macht sie doch das menschliche Verhalten in gewisser Weise vorauskalkulierbar.

Von Nachteil muß sie jedoch sowohl für den Einzelnen wie für die Gesellschaft werden, wenn die gruppenspezifischen Normen und Werte nicht bzw. nicht mehr den "objektiven Bedürfnissen" des Einzelnen und der Gesellschaft entsprechen. Die häufige Entscheidung des cultural lag ²⁾ führt dazu, daß ehemals durchaus sinnvolle und zweckmäßige Normen und Verhaltensweisen ihres Wertes weitgehend oder vollständig enthoben werden. Zur Unzeit praktiziert, werden sie nicht nur zu einer Farce, sondern führen auch zu einer echten Desintegration und zu wirtschaftlichem und sozialem Abstieg ganzer Gruppen.

Darüber ob, wann, wo und welche soziale Normen und Verhaltensweisen unangepaßt sind, wird je nach dem gesellschaftlichen Standort, den der eine oder andere Betrachter einnimmt, keine Übereinstimmung zu erzielen sein. Unabhängig davon ist jedoch eine solche Wertung auch nicht Gegenstand bzw. Ziel dieser Untersuchung.

-
- 1) Eichler, H.: Herkunft und Gestaltung des Rechtes, in: Ziegenfuß, W.: Handbuch der Soziologie, Stuttgart 1956, S. 916
 - 2) Ogburn, W.: Unangepaßtheit bestimmter Verhaltensweisen an die moderne technische und ökonomische Entwicklung; Zit. nach: Ziegenfuß, W.: Handbuch der Soziologie, Stuttgart 1956, S. 77

Dieser Exkurs sollte lediglich andeuten, daß menschliches Verhalten im weitesten Sinne und damit auch die hier interessierende Auflösung bzw. Weiterführung von ansich vergleichbaren Betrieben durchaus nicht immer die Folge bewußter, individueller und rationaler Entscheidungen sein muß. Ebensogut bzw. so oft kann es sich dabei um eine fast automatische unreflektierte Wiederholung als gewohnter Tätigkeiten oder eine unkritische Okkupation neuer Verhaltensweisen handeln. Wenn die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe bzw. die Befolgung ihrer Normen bewußt oder unbewußt u. a. dem Ziele dient dem Individuum Orientierungshilfe zu geben und Entscheidungen abzunehmen, dann ist es auch verständlich, daß Zweifel an dem individuellen Nutzen seines Tuns nur sehr langsam aufkommen. Das gilt insbesondere dort, wo es an Vergleichsmöglichkeiten mit Angehörigen anderer Gruppen mangelt, wie etwa in stark agrarisch orientierten Gebieten. Absolute Bevölkerungsverluste, mindestens Stagnation oder unterdurchschnittliches Wachstum bewirken in dezentral gelegenen Gemeinden noch immer die Aufrechterhaltung oder den nur sehr langsamen Abbau des zahlenmäßigen Übergewicht der agrarischen Bevölkerung. Im vorliegenden Untersuchungsgebiet trifft das im besondern Maße für die zu den Kreisen Alsfeld und Lauterbach gehörenden Gemeinden zu.

Die Anteile der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen bzw. der noch in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerungsanteile stehen meist in eindeutig negativer Relation zur Einwohnerzahl der jeweiligen Gemeinde und umfassen bei Einwohnerzahlen von 200 Personen und weniger oft $2/3 - 3/4$ ¹⁾ der Bevölkerung, während hierauf in Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern allenfalls 5 - 10 % der Bevölkerung entfallen.

Die zahlenmäßig stärkste und einflußreichste, wenn nicht die einzige Gruppe²⁾ überhaupt, stellt hier die landbewirtschaftende Bevölkerung dar, oft noch verstärkt durch die dörflichen Gewerbetreibenden. Selbst wenn sich andere Gruppen zu bilden und zu erhalten vermochten haben doch die Landbewirtschaftler, "wenn auch teilweise nur, widerwillig anerkannt, das höchste Ansehen im Dorf"³⁾.

1) Wagner, A.: Beitrag zu einer interdisziplinären Untersuchung über eine optimale Raumgestaltung, Institut für Agrarsoziologie, Gießen 1968, S. 58 u. f.

2) Obwohl die Landbewirtschaftler in ihrer Gesamtheit recht heterogen sind und damit nicht alle typische Gruppenmerkmale erfüllen, soll dieser Begriff auch weiterhin verwendet werden.

3) Kötter, H.: Landbevölkerung im . . . a. a. O., S. 142

Dabei dürften besonders die Inhaber der größeren Betriebe für das Gruppenprestige verantwortlich sein. Gerade letzteres wird auch durch die Ausführungen von WURZBACHER ¹⁾ und DAHRENDORF ²⁾ bestätigt.

Auch im Eigenurteil der Landbewirtschafter sind die unterschiedliche Größe des Besitzes und der Wirtschaftserfolg wichtige Kriterien, aus denen sich Ansehen und Einfluß innerhalb der Gruppe ableiten. Die Inhaber von Klein- und Kleinstbetrieben, welche hier besonders interessieren, haben auch dann, wenn sie mittels einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit ein Einkommen beziehen, welches dem der größeren Landwirte entspricht oder sogar darüber liegt, nur wenig Ansehen und Einfluß auf die Meinungen und Verhaltensweise der Gruppe.

Aus diesem Grund sowie wegen der geringen Rentabilität der kleinen Betriebe, besonders auf ungünstigen Standorten wäre zu erwarten, daß es hier zur zahlreichen Auflösung kommen würde. Das trifft aber nicht zu. Diese Tatsache dürfte sich vorwiegend damit erklären, daß hier das Ausscheiden aus der Reihe der Landbewirtschafter ohne zwingenden Grund der Isolierung bzw. Ignorierung innerhalb der "Gruppe" oder den Ausschluß aus derselben nach sich ziehen kann. Wenn die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe außer der Verhaltenshabitualisierung auch Sicherheit und in gewisser Weise Geborgenheit und Interaktionen zwischen ihren Mitgliedern ermöglichen soll, dann kann ein Ausschluß aus einer solchen für die Betroffenen von erheblichem, wenn auch oft immateriellen, Schaden sein. Das gilt insbesondere, wenn andere Gruppen, deren Zugehörigkeit man u. U. anstreben könnte, nicht vorhanden sind oder wenn diese von geringerem Ansehen sind als jene, welcher man bisher angehörte.

Das Ausscheiden aus der einzigen bzw. der Referenzgruppe mindert in einem solchen Fall das eigene Ansehen, wie hoch es auch immer gewesen sein mag, und verschließt möglicherweise Türen zu Nachbarn und Bekannten auch dann, wenn sich die wirtschaftliche und soziale Situation durch die Auflösung des Betriebes objektiv nicht verschlechtert sondern u. U. sogar verbessert hat

1) Wurzbacher, G.: Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung, Stuttgart 1961, S. 44 u. folg.

2) Dahrendorf, R.: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 98 u. folg.

Landbewirtschaftung ist hier prestigefördernd, weil es eine Tätigkeit ist, der die meisten und besonders die Angesehenen und Einflußreichen nachgehen. Das kommt auch in den nachfolgend wiedergegebenen Ausführungen WURZBACHERS ¹⁾ zum Ausdruck.

Danach ist "... der Wunsch nach wirtschaftlicher Sicherheit nicht der einzige Faktor, der sie (die Kleinwirte und Arbeiterbauern) an dem ererbten Landbesitz gebunden hält; die Erfüllung eines wichtigen sozialen Bedürfnisses kommt hinzu: Mit dem Land hat man soziale Bindungen ... sozusagen mitgeerbt ... Dies (die Bewirtschaftung eines u. U. kleinen Betriebes) besagt, daß man für die Bauern, nicht nur der ungelernte Arbeiter ist sondern Mitglied einer bestimmten Familie. In beruflicher Beziehung ist man zumeist auch Landwirt."

In stark agrarisch orientierten Gebieten, in denen die landwirtschaftliche Bevölkerung noch ein zahlenmäßiges Gewicht bzw. Übergewicht besitzt und in denen bäuerliche Verhaltensweisen noch weitgehend bestimmend sind für das Verhalten des Einzelnen und ganz besonders dann, wenn die Landwirte auch die öffentlichen Repräsentanten wie Bürgermeister, Gemeindeparlamentarier, etc. stellen, begünstigen die o. a. exogenen Faktoren offensichtlich den Verbleib in der Landwirtschaft bzw. die Weiterführung von Betrieben auch dann, wenn sich hierfür keine rationale Begründung finden läßt.

Endogene Gründe, wie Arbeitsüberlastung etc., welche für eine Auflösung sprechen, dürften dabei nicht selten innerhalb bestimmter Grenzen ebenso überspielt werden wie etwa eine individuelle Abneigung gegen die Landarbeiter ²⁾.

Das zähe Festhalten am landwirtschaftlichen Kleinbetrieb dürfte darüberhinaus auch auf eine Fehleinschätzung der landwirtschaftlichen und der gesamtgesellschaftlichen Situation und Entwicklung zurückzuführen sein. Sie beschränkt sich nicht auf die agrarischen Gemeinden, sondern findet sich auch

1) Wurzbacher G.: Das Dorf im Spannungsfeld ... a. a. O., S. 57 u. 58.

2) Das hier zugrunde liegende Material sowie die zitierte Literatur geben die jeweiligen Verhältnisse allenfalls bis Mitte der 60er Jahre wieder. Möglicherweise würde eine erneute Untersuchung zwischenzeitlich zu teilweise anderen Ergebnissen führen.

und gerade in den industriellen Gebieten bzw. außerhalb des Untersuchungsgebietes.

Die Abwanderung aus der Landwirtschaft und die Auflösung von Betrieben und damit das zahlenmäßige Anwachsen derer, welche ihre Nahrungsmittel nicht mehr selber erzeugen, ist Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Spezialisierungsprozesses, welcher praktisch irreversibel, d.h., nicht umkehrbar ist. Diese Tatsache wird offensichtlich nicht von allen Betroffenen erkannt. Viele namentlich kleine Landwirte gehen noch immer, wenn auch unbewußt von einer statischen Wirtschaft aus, welche Hochkonjunktur und Krisen kennt und in welcher beide einander bedingen und in gewissen Zeitabständen aufeinander folgen. Entscheidend ist dabei die Annahme, die Wirtschaft müsse sich in der Krise wieder auf dem Ausgangsniveau finden. Durch zwei Katastrophale Wirtschaftskrisen in 50 Jahren in dieser Haltung bestärkt halten sie an ihren Betrieben fest. Dabei mag neuerdings auch die bedrohliche Welt - Ernährungssituation eine Rolle spielen. Diese Auffassung findet ihren Niederschlag in den Antworten zu der Frage "Was glauben Sie, wie die Entwicklung hier in weitergehen wird?" Hier finden sich Antworten wie: "...man wird den Bauern schon wieder brauchen", oder "...d i e lernen schon wieder, wo das Brot wächst" bzw. "...wir haben das schon zweimal erlebt." Diese Antworten stellen zwar in keinem Fall eine Antwort auf die eigentliche Frage dar; sie geben aber Einblick in die diesbezügliche Vorstellungswelt der hier Befragten.

Daß Ernährungs- und Wirtschaftskrisen auch andernorts als unausweichlich angesehen werden, ist z. B. einer Untersuchung der A. S. G. ¹⁾ zu entnehmen.

Danach werden als Gründe für die Weiterführung der Nebenerwerbsbetriebe neben der billigen Selbstversorgung die Sicherung in Wirtschafts- und Ernährungskrisen genannt. ²⁾

1) Agrarsoziale Gesellschaft : Die Meinung der Landwirte zur zukünftigen Entwicklung ihrer Betriebe und ihrer Erwerbstätigkeit, Göttingen 1969, S. 1

2) Daß die Betriebe diese ihnen zugeschriebene Sicherungsfunktion in Wahrheit nicht oder nur unvollständig zu erfüllen vermögen, wurde bereits erwähnt.

Daß die gefürchteten Wirtschaftskrisen aber in Wirklichkeit meist die Folgen von Kriegen waren, hat SCHUMPETER ¹⁾ in seiner Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung dargelegt. Dasselbe gilt auch für die Vorstellung, die Wirtschaft fände sich nach der Krise zwangsläufig wieder auf dem Ausgangsniveau.

Zwar sind nach SCHUMPETER auch in einer von wirtschaftsfremden Einflüssen unbehelligten Wirtschaft Konjunkturschwankungen unvermeidlich, aber sie lassen sich in ihrem Ausmaß steuern und schließen eine ständige, langfristige Aufwärtsentwicklung nicht aus. Ständiges Wachstum und nicht der periodische Rückfall ist demnach die wahrscheinliche zukünftige wirtschaftliche Realität. Eine solche Fehlinterpretation der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation und Entwicklung dürfte eine Folge mäßiger Ausbildung und einer nur spärlichen Inanspruchnahme der Massenkommunikationsmittel sein. Hinzu kommt der geringe Kontakt mit den Angehörigen anderer Gruppen und insbesondere der Referenzgruppen. Darüberhinaus dürfte das zähe Festhalten am kleinen Betrieb auch dem Bedürfnis nach individueller Gestaltung eines eigenen Lebensbereiches entspringen. Das kommt insbesondere dann zum Tragen, wenn der Hauptberuf ausschließlich exekutiven (ausführenden) Charakter hat. Hierfür spricht die Tatsache, daß Nebenerwerbslandwirte oft ungelernete Arbeiter sind.

In den industriellen Gemeinden führt das meist rasche Bevölkerungswachstum ²⁾ zumindest zu einer anteiligen Verminderung der landbewirtschaftenden Bevölkerung. Das geschieht oft in einem solchen Ausmaß, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung zu einer Minderheit wird. Die zahlenmäßig nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerungsteile haben andere Wertungsstäbe und Verhaltensweisen. Ihr Prestige leitet sich im Gegensatz zu der des Bauern nicht so sehr vom ohnehin meist nicht vorhandenen Grundvermögen, der Selbständigkeit und der "individuellen Existenzsicherung", sondern in höherem Maße von der Funktion der Nützlichkeit für die Gesellschaft und der Ausbildung ab. ³⁾

1) Schumpeter, J.: Die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung

2) ... resultiert bevorzugt aus Wanderungen und nur zum geringen Teil aus Geburtenüberschüssen.

3) Wurzbacher, G.: Das Dorf im Spannungsfeld ... a.a.O., S. 38 u. 45

Auch ein hohes und sicheres Einkommen, soziale Sicherheit und ein angemessener Lebensstandard dürften prestigefördernd sein.

Die wichtigsten Einkommensquellen für die Gemeinden sind nicht mehr Grundsteuer, Landverpachtung und Holzeinschlag, sondern Gewerbe- und Lohnsteuer, welche zum großen Teil von der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung aufgebracht werden. Diese Tatsache sowie die besondere Eignung gerade der Angestellten für Verwaltungsaufgaben mag sie veranlassen, sich um Einfluß auf das Gemeindegeschehen zu bemühen und die Landwirte aus den öffentlichen Ämtern zu verdrängen. Die landwirtschaftliche Bevölkerung verliert jedoch nicht nur an förmlichen Einfluß. Sie verliert vor allen Dingen ihre Funktion als Referenzgruppe zu Gunsten anderer Bevölkerungsteile. So führt die ständige Vergleichsmöglichkeit mit den "Anderen" zur kritischen Wertung der eigenen Situation. Nicht selten kommt es dabei zur Orientierung an deren Wertvorstellung und zur Übernahme derselben. Die Haltung der Landbewirtschaftler in diesem Urbanisierungsprozeß¹⁾ schwankt zwischen Defensive (Abwehr, Abkapslung) und Anpassung bzw. Okkupation. Nur vereinzelt vermögen sich ihre Wertvorstellungen auf breiter Ebene durchzusetzen. Ein Beispiel einer solchen Rurbanisierung²⁾ dürfte das auch und gerade in nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerungskreisen weit verbreitete Streben nach dem eigenen Haus sein.³⁾

Die prekäre Situation der "eigenen" Gruppe, welche in der zahlenmäßigen Minorität, dem geringen öffentlichen Einfluß, dem ebenfalls geringen und überdies noch sinkenden Ansehen zum Ausdruck kommt sowie das geringe Ansehen der hier besonders interessierenden Klein- und Kleinstlandwirte in der "eigenen" Gruppe, dürfte den Gedanken an eine Auflösung auch dann wecken, wenn die Arbeitskräfte für die Erledigung der Arbeiten im landwirtschaftlichen Betrieb ausreichen und die Einkünfte aus dem Betrieb eine willkommene Erhöhung des Familienbudgetes darstellen.

1) Verstädterungsprozeß ;

2) Gegenseitige Durchdringung bzw. Beeinflussung städtischer und ländlicher Lebensformen (vergl. König, R.: Soziologie, Fischer Lexikon, Frankfurt/M. 1958, S. 83

3) Kötter, H.:a.a.O., S. 151

Hinzu kommt, daß sich "der Prestigeabstand zwischen Vollbauer und Arbeiter verringert und in Kleinbauerngebieten (bzw. im Falle des Kleinbauern) sogar ins Gegenteil verkehrt hat." ¹⁾ Da die Landwirtschaft nicht nur ihre Funktion als Referenzgruppe sondern auch als der einzigen Gruppe überhaupt verliert, führt die Betriebsauflösung weder zwingend zur Isolation noch zur Degradierung. Vielmehr ergibt sich gerade hierdurch die Möglichkeit des Überwechsels in eine andere Gruppe und sogar in die neue Referenzgruppe. Geht man davon aus, daß es ein legitimes Bedürfnis des Menschen ist, seine Stellung innerhalb der Sozialpyramide mindestens zu halten, wenn nicht zu verbessern, (siehe... ³⁾) dann darf der mögliche Einfluß der o. a. Situation auf die Entscheidung des Klein- bzw. Nebenerwerbslandwirts über Auflösung des Betriebes und Ausscheiden aus der Landwirtschaft nicht unterbewertet werden. Wenn auch die Definition des Aufstieges als "...positive vertikale Standortverschiebung" ⁴⁾ weder die Kriterien noch das Ausmaß des Aufstieges umschreibt bzw. bestimmt, läßt sich doch der fast übereinstimmende Wunsch der hier Befragten, die Kinder "etwas lernen zu lassen" oder "etwas besseres lernen zu lassen", als es einem selber möglich war, ohne Zweifel als "Aufstiegsstreben" interpretieren, wenn es auch in diesem Falle den Kindern gilt. Ob hier die möglichen wirtschaftlichen Folgen einer besseren Schul- und Berufsausbildung (besser bezahlte Berufe) oder mehr die sozialen bzw. sozialpsychologischen Auswirkungen (mehr Ansehen und Einfluß zu haben) im Vordergrund steht, läßt sich aus dem Material nicht entnehmen. Es würde jedoch dem Tenor dieses Teiles der Untersuchung entsprechen, gerade in der Geringschätzung durch Andere eine wesentliche Ursache für ein Aufstiegsstreben (in diesem Falle für den Aufstiegswunsch für die Kinder) seitens der Kleinlandwirte zu sehen. Hierfür spricht besonders, daß die Einkommenssituation der Nebenerwerbslandwirte gleich, wenn nicht häufig besser sein dürfte als die der ortsansässigen nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerungsteile, mit dem man sich vergleicht.

1) Kötter, H.: Landbevölkerung a. a. O., S. 143

2) Wurzbacher, G.: Das Dorf im ... a. a. O., S. 45

3) Dahrendorf, R.: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965

4) Fürstenberg, F.: Das Aufstiegsproblem in der modernen Gesellschaft, Stuttgart 1962, S. 45

Darüberhinaus stellen Krankheit, Todesfälle, Enteignung und extremer Arbeitskräftemangel etc. wichtige Auflösungsursachen dar. Die zahlenmäßig wenig bedeutsamen Betriebsauflösungen in den agrarischen Gemeinden (13 % zwischen 1958 und 1966) entfallen fast ausschließlich hierauf.

Wie diesen Ausführungen zu entnehmen ist, muß menschliches Verhalten und in diesem Falle die Auflösung bzw. Weiterführung von Betrieben nicht unbedingt rational begründet sein. Die jeweiligen individuellen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse (Arbeitskräftebesatz, Einkommen) dürften zwar Überlegungen in der einen oder anderen Richtung begünstigen, doch orientieren sich die Entscheidungen offensichtlich häufig an exogenen, außerökonomischen Faktoren. Für die praktische Agrarpolitik, welche sich namentlich in ländlichen Gebieten um eine Erhöhung der Faktorenmobilität bemühen muß, resultiert daraus, daß die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse etwa durch Schaffung von nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen allein zur Mobilisierung der Agrarstruktur kaum ausreicht, sondern daß es dazu der Schaffung eines echten Industrieklimas bedarf

2. Gründe für den Abbau von Betrieben

Zu den abgebauten Betrieben sollen hier alle jene gezählt werden, deren Fläche sich innerhalb des Untersuchungszeitraumes verminderte.

Hierauf entfallen nur 17,3 % oder N 92 der 530 Untersuchungsbetriebe. Wie im Zusammenhang mit den Ausführungen über die Veränderung der Betriebsgrößenstruktur (V. 2. b) bereits dargestellt wurde, war der Betriebsabbau in den industriellen Gemeinden mit 19 % etwas häufiger als in den agrarischen Gemeinden, in welchen das nur für 16 % zutraf. Dieser Unterschied resultiert in der Hauptsache aus dem größeren Baulandbedarf der industriellen Gemeinden. Der Abbau im eigentlichen Sinne kommt dagegen in beiden Gemeindegruppen etwa gleich häufig vor. Die Zugehörigkeit zu der einen oder der anderen Gemeindegruppe hat demnach offensichtlich hierauf keinen Einfluß.

a) Endogene Gründe

Wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, wurden 1/3 der Betriebsabstokungen erzwungen. Hier war die Beanspruchung von Ländereien für Baumaßnahmen (15 %) und für Flurbereinigung (12 %) von besonderer Bedeutung. Darüberhinaus mußte in einigen Fällen (6 %) Pachtland zurückgegeben werden. In keinem dieser Fälle handelt es sich um eine Entwicklungstendenz im eigentlichen Sinn. Sie sind daher nicht Gegenstand der weiteren Untersuchung. Jeder vierte Inhaber der noch verbleibenden abgestockten Betriebe gab an, wegen Alter, Krankheit bzw. fehlender Nachfolge verkleinert zu haben. Wirtschaftliche Überlegungen waren bei 12 % hierfür ausschlaggebend. Die verbleibenden 30 % gaben keine bzw. keine Begründung im eigentlichen Sinne an.

Tabelle : Antworten der Inhaber von abgebauten Betrieben auf die Frage nach den Ursachen der Veränderungen (N 92) in %

... mußte Ländereien für Baumaßnahmen zur Verfügung stellen	15 %
... mußte Ländereien für die Flurbereinigung zur Verfügung stellen	12 %
... mußte Pachtland abgeben	6 %
... bin alt, krank, keine Nachfolger	25 %
... hatte andere bessere Beschäftigung; ungenügende Rentabilität	12 %
... habe abgegeben; habe verkleinert	27 %
... keine Antwort	3 %
Gesamt	100 %

Durch das Außerachtlassen der Betriebe, in denen die Veränderungen erzwungen wurden, reduziert sich die Zahl der abgestockten Betriebe auf etwa 60. Sie ist zu gering, um darauf aufbauend detaillierte Angaben machen zu können. Deshalb sollen sich die nachfolgenden Ausführungen weitgehend auf eine verbale Darstellung beschränken.

Das vorherrschende Motiv für die Abstockung scheint das Bedürfnis nach Entlastung von Arbeiten im Betrieb zu sein, obwohl zwischen diesen Betrieben und denen, deren Fläche sich nicht verändert hatte, keine eindeutigen Unterschiede im Arbeitskräftebesatz festgestellt werden konnten. Dem widerspricht auch die Tatsache nicht, daß die einen Alter und Krankheit und die anderen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten als Grund hierfür angaben, bzw. daß die Reduzierung der Fläche meist nur geringfügig war, handelte es sich bei den freigestellten Flächen doch meist um Grünländereien, welche die Abschaffung oder die weitgehende Einschränkung der arbeitsaufwendigen Rinderhaltung ermöglichen. Hinzu kommt, daß die Aufgabe der Rinder- und besonders der Kuhhaltung durch den Wegfall des Futterholens bzw. des Melkens die zeitgebundenen betrieblichen Arbeiten weitgehend reduziert und damit dem Bedürfnis nach größerer Unabhängigkeit besonders entgegenkommt. Wie weit dieser Prozeß zumindest in den Klein- und Kleinstbetrieben bereits fortgeschritten ist, zeigen die Tabellen über die Verbreitung der verschiedenen Kulturarten bzw. der Nutztierarten in den einzelnen Betriebsgrößenklassen. Danach hatten beispielsweise 78 % der Untersuchungsbetriebe mit einer Fläche von 1 ha LN und darunter nur Ackerland; bei den Betrieben mit 1 - 2 ha LN traf das noch für 33 % zu. Ähnliches galt für die Viehhaltung. Hier hatten nur 20 % der Betriebe mit einer Fläche von 1 ha LN und darunter Rinder. Kühe wurden sogar nur in 13 % dieser Betriebe gehalten, während andererseits in 75 % derselben Schweine gemästet wurden.

Der Abbau von Betrieben, sofern er nicht nur eine proportionale Reduzierung aller Betriebszweige darstellt, sondern eine konsequente Umstellung im Sinne der obigen Ausführungen mit sich bringt, läßt sich sowohl in die agrarischen als auch in die industriellen Gemeinden gut einordnen. So gehört man in den agrarischen Gemeinden trotz Ausgliederung von Betriebszweigen noch zu den Landbewirtschaftern, während man andererseits in den industriellen Gemeinden gerade hierdurch eine gewisse Freizügigkeit erlangt, welche die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung genießt. Die eigentlich interessierende Frage nach der zukünftigen Entwicklung bzw. der Bedeutung für die Bodenmobilität läßt sich nicht mit Sicherheit beantworten. Offensichtlich besteht jedoch bei den meisten Inhabern, namentlich der Klein- und Kleinstbetriebe, weder ein Interesse noch eine Notwendigkeit zu einer weitgehenden Abstockung bzw. Auflösung von Betrieben, so daß die Abstockung

kaum als eine bewußte Vorstufe zur Auflösung zu verstehen ist. Außerdem ist das Lanpotential dieser Betriebe so gering, daß von ihnen kein nennenswerter Beitrag zur Aufstockung mittlerer und größerer Betriebe erwartet werden kann.

Diese Auffassung wird auch in dem Rundbrief der A. S. G. ¹⁾ geäußert. Der Abstockung und der Auflösung der mittleren und größeren Betriebe, von denen ein echter Beitrag zur Landmobilisierung geleistet werden könnte, stehen dagegen unter anderen ökonomische und technologische Zwänge entgegen. Hier sei nur an die erhebliche Belastung mit nicht alternativ verwendbaren Maschinen und Gebäuden erinnert.

1) Agrarsoziale Gesellschaft: Rundbrief vom 25. 3. 1970, Göttingen 1970

3. Gründe für den Ausbau und die Weiterentwicklung von Betrieben

In diesem Teil der Untersuchung sollen alle jene Betriebe einbezogen werden, deren Fläche sich innerhalb des Untersuchungszeitraumes vergrößerte. Hier-
auf entfallen 40 % der 530 Untersuchungsbetriebe. Sie gehören bevorzugt den
mittleren Größenklassen an. Während wie im vorigen Teil der Untersuchung
dargestellt wurde, 17,3 % der Betriebe verkleinert wurden, blieb die Fläche
bei 42,7 % derselben unverändert.¹⁾ Auf die Frage "Warum haben Sie kei-
ne Veränderungen der Betriebsgröße vorgenommen?" antworteten

Tabelle: Antworten auf die Frage "Warum haben Sie keine Veränderungen
der betriebsgröße vorgenommen in % (238)

... weil der Betrieb in Ordnung ist	32 %
... weil ich kein Land bekommen konnte bzw. kein Geld hatte	21 %
... weil ich arbeiten gehe	12 %
... weil ich keine Nachkommen habe	10 %
... weil die Pacht abläuft	2 %
... weil ich krank bin	8 %
... keine Antwort	15 %
gesamt :	100 %

32 % "weil der Betrieb in Ordnung ist." Weitere 21 % gaben zu verstehen,
daß sie zwar gerne vergrößert hätten, daß sie aber entweder kein Land be-
kommen konnten, bzw. kein Geld für die Aufstockung oder für die Folgein-
vestition hätten. Die nichtlandwirtschaftliche Tätigkeit war für weitere 12 %
der hierzu Befragten der Grund dafür, daß sie keine Veränderungen bzw.
keine Vergrößerungen vorgenommen hatten. 18 % gaben fehlende Nachkom-
men und Krankheit an, während 2 % die auslaufende Pacht hierfür verant-
wortlich machten. Die verbleibenden 15 % beantworteten die Frage über-
haupt nicht.

Die Antworten verteilen sich erwartungsgemäß nicht gleichmäßig auf alle
Betriebsgrößenklassen, sondern zeigen Ansätze zur Konzentration. So ge-
hören diejenigen, welche angaben, ihre Betriebe seien in Ordnung, meist
den oberen Größenklassen an. Die welche gerne vergrößern wollten, aber
entweder kein Land bekommen konnten oder kein Geld hatten, fanden sich
bevorzugt in den mittleren Größenklassen. Diejenigen, welche den nicht-
landwirtschaftlichen Beruf als Grund für die unveränderte Beibehaltung des
Betriebes angaben, gehörten meist den unteren Größenklassen an. Die Be-
triebsinhaber, welche fehlende Nachkommen und Krankheit als Grund anga-
ben streuten dagegen über alle Betriebsgrößenklassen. Dasselbe galt für die,
welche keine Angaben hierüber machten.

1) In den agr. Gemeinden wurden 40 % vergrößert, 16 % verkleinert, wäh-
rend 44 % keine Veränderungen der Fläche vorgenommen hatten, in den
ind. Gemeinden betrugen die entsprechenden Werte 49 %, 19 %, 32 %.

Faßt man die Betriebe, welche vergrößert wurden, sowie die, welche mangels Land oder Geld nicht aufstocken konnten zusammen und ermittelt ihren Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe

Tabelle : Betriebe, welche zwischen 1958 und 1966 vergrößert wurden, Betriebe, welche mangels Land bzw. Geld nicht vergrößert werden konnten, Betriebe, welche aus anderen Gründen nicht vergrößert wurden, sowie Betriebe, welche verkleinert wurden, absolut nach Größenklassen.

	0, 5-1	1-5	5-15	15 ha LN 1958	ges.
1) habe Betrieb vergrößert	5	23	156	20	
2) wollte Betr. vergr. aber hatte kein Land bzw. Geld	2	3	43	2	
3) konnte bzw. wollte aus anderen Gründen nicht vergr.	6	80	61	35	
4) Betrieb verkleinert	5	30	53	6	
5) gesamt :	18	136	313	63	530
1 und 2 in % von 5 :					
	4	19	63	34	

je Größenklasse, so ergibt sich für die Betriebe mit 5 - 15 ha LN ein Wert von 63 %. Bei den Größenklassen von 15 ha LN und darüber entfallen hierauf 34 %. Diese Gruppe umfaßt jedoch insgesamt 63 Betriebe, sodaß der daraus resultierende Wert mit einer erheblichen Unsicherheit belastet ist.

Bei den beiden noch verbleibenden Größenklassen sinkt der Anteil dieser Betriebe dagegen mit 19 % bzw. 4 % fast bis zur Bedeutungslosigkeit ab.

Aus diesen Ausführungen resultiert, daß die überragende Mehrzahl der Inhaber, gerade der mittleren Betriebe zumindest bereit war, ihre Betriebe zu vergrößern ¹⁾, und daß der verfügbare Boden dabei die eigentliche Begrenzung darstellte. ²⁾ Auch die Antworten auf die Fragen nach den voraussichtlichen bzw. geplanten Veränderungen in den Betrieben deuten an,

- 1) wie dem Rundbrief der A. S. G. in Göttingen vom 20. 1. 1970 zu entnehmen ist, fiel allein ein Drittel der durch Landabgaberechten freigestellten Flächen an Betriebe mit weniger als 10 ha LN.
- 2) Daß sich in einigen Gemeinden Ansätze zur Brachlandbildung zeigen, ist kein Widerspruch zu dieser Feststellung. Hierbei handelt es sich um kleinstbetriebliche strukturierte Gemeinden, in denen sogenannte Aufgangbetriebe fehlen.

daß gerade hier die Vergrößerung der Fläche und die Ausdehnung der Tierbestände vor dem Abbau und der Auflösung dominieren. Mit welchem Nachdruck das erklärte Ziel schließlich verfolgt wurde und in welchem Maße es realisiert werden konnte, läßt sich allerdings für diese Untersuchung nicht sagen. Daß die Inhaber der hier untersuchten Betriebe hinsichtlich ihrer Zukunftspläne jedoch keine Ausnahme darstellen, geht aus einer diesbezüglichen Untersuchung der A. S. G. ¹⁾ hervor.

Danach wollen von mehr als 4000 ausgewählten Betriebsinhabern aus dem gesamten Bundesgebiet fast 40 % ihre Fläche vergrößern, während weniger als 5 % dieselbe verkleinern wollen. Ähnliches gilt auch für die Tierbestände. Obwohl die dort zugrundeliegende Betriebsgrößenklassifizierung von der hier angewendeten Gruppierung abweicht, wird deutlich, daß auch dabei der Schwerpunkt der Aufstockung auf die mittleren Betriebsgrößen fällt. Für das Untersuchungsgebiet ergeben sich Unterschiede zwischen den beiden Gemeindegruppen derart, daß die Betriebe mit 1 - 5 ha LN in den agrarischen Gemeinden einen zusätzlichen Aufstockungsschwerpunkt, wenn auch von untergeordneter Bedeutung, stellen. Auf eine an sich wünschenswerte weitere zusätzliche Aufteilung des Materials in Gemeindegruppen muß jedoch für diesen Fall im Interesse möglichst großer Gruppen verzichtet werden.

a) Endogene Gründe:

Wendet man sich den von den Befragten genannten Gründen für die Betriebsvergrößerungen zu, so wird deutlich, daß sie nicht ausschließlich auf Betreiben des Betriebsinhabers erfolgten bzw. nicht immer betriebswirtschaftlichen Überlegungen entsprangen. Ein Teil derselben erfolgte nicht gezielt, sondern auf dem Wege der Erbschaft. Darüberhinaus wurden Grundstücksankäufe zwecks krisensichere Geldanlage und mit dem Ziel, an Bodenwertsteigerungen teilzunehmen, vorgenommen. Gerade die in den Klein- und Kleinstbetrieben erfolgten Vergrößerungen dürften bevorzugt hierauf zurückzuführen sein.

Da rüberhinaus stellt das Streben nach produktiver Auslastung von Arbeitskräften, Maschinen und Gebäudekapazitäten die Hauptursache für die Aufstockung dar. Wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist.

Tabelle : Gründe für die Vergrößerung der Betriebe (N 212) in %

Wollte vergrößern, Auslastung der Arbeitskräfte	30 %
Verbesserung der Rentabilität, Auslastung des Maschinenparks	28 %
Habe ausgesiedelt bzw. Gebäude vergrößert	3
Hatte günstige Gelegenheit, Sicherheit	28 %
Veränderungen in der Familie, Erbschaft	11 %
gesamt	100 %

1) A. S. G.. Die Meinung der Landwirte zur zukünftigen Entwicklung ihrer Betriebe und ihrer Berufstätigkeit. Göttingen, 1969, S. 6

Hier darf man, wie in der Umfrageforschung, allgemein, Nuancen in den Antworten auf eine bestimmte Frage nicht überbewerten, d. h., daß man von den Betrieben, deren Inhaber angaben, zwecks Auslastung ihrer Arbeitskräfte aufgestockt zu haben, nicht zwangsläufig einen höheren Besatz an Arbeitskräften erwarten darf als von denen, welche die überschüssigen Maschinen- bzw. Gebäudekapazitäten hierfür verantwortlich machten. Das ist schon allein deswegen nicht zu erwarten, weil die stärkere Auslastung der Arbeitskräfte das Vorhandensein freier Maschinen- bzw. Gebäudekapazitäten (Stallraum) zur Voraussetzung hat, Das entsprechende gilt auch im Falle der Auslastung der Maschinen. Auch sie setzt voraus, daß die vorhandenen Arbeitskräfte bereit, bzw. in der Lage sind, das Mehr an Arbeit zu leisten. D. h., daß sich die unter 1 - 3 genannten, insgesamt 61 % der Antworten, einander weitgehend entsprechen. Auffallend ist dabei die ausschließlich rationale Motivation. Für die verbleibenden Antworten trifft das nicht, bzw. nicht in dem Maße zu. Hier sind auch jene einzuordnen, welche Grundstücke zwecks krisensichere Geldanlage erwarben oder auf dem Wege der Erbschaft bekommen hatten.

Die Betriebe, welche innerhalb des Untersuchungszeitraumes bevorzugt aufgestockt wurden, nämlich die Größenklassen mit einer Ausgangsfläche von 5 - 15 ha LN, gehörten nach ihrem landwirtschaftlichen Einkommenspotential 1958 bereits zum überwiegenden Teil zur Gruppe der Untergrenzbetriebe (50 - 100 % der Mindestgröße) ¹⁾ Trotz der zwischenzeitlich erfolgten Aufstockungen vermochten nur wenige von ihnen in die Gruppe der Vollerwerbsbetriebe (100 % der Mindestgröße und darüber) aufzurücken. Der Effekt der Aufstockung wurde in den meisten Betrieben sowohl durch die steigenden Vergleichseinkommen als auch durch die Veränderung der Preis- Kostenrelation kompensiert, bzw. ü b e r kompensiert. Von allen (N 530) Untersuchungsbetrieben gehörten 1958 in beiden Gemeindegruppen etwa ein Viertel, 1966 aber trotz erfolgter Aufstockung nur noch etwa 1/20 zur Gruppe der Vollerwerbsbetriebe.

Trotz des hieraus resultierenden Zuganges vermindert sich Zahl und Anteil der Betriebe mit 50 - 100 % der Mindestgröße in beiden Gemeindegruppen. Die Zahl der Betriebe mit einer Fläche von weniger als 50 % der Mindestgröße hatte sich dagegen im selben Zeitraum in beiden Gemeindegruppen fast verdoppelt. Die Mindestbetriebsgröße erhöhte sich gleichzeitig um etwa 80 %.

Vor dem Hintergrund dieser drastischen relativen Verkleinerung der Betriebe und angesichts der geringen Chancen, gerade der mittleren Größenklassen, nachhaltig in die Gruppe der Vollerwerbsbetriebe aufzurücken, scheint das weit verbreitete Streben nach Vergrößerung der Fläche zunächst widersinnig. Es läge vielmehr nahe, eine nichtlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit aufzunehmen und so ein angemessenes Einkommen zu erzielen.

1) Mindestgröße	agr. Gem.	ind. Gem.
1958	12,5	10,5
1966	22,5	20,5

Daß die Möglichkeit hierfür besteht, geht aus den Antworten auf diesbezügliche Fragen hervor. Danach antworteten nur 2 % "es gibt hier keine solche Tätigkeit". Wenn trotzdem nur ein Teil der objektiv und subjektiv unbefriedigend ist, eine solche Tätigkeit ausübt, dann dürfte das nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß sich der Umfang und der zeitliche Anfall der Arbeiten in landwirtschaftlichen Betrieben dieser Größenordnung mit den Anforderungen der meisten nichtlandwirtschaftlichen Berufe nur schwer in Einklang bringen läßt.

Tabelle : Antworten auf die Frage : Warum über Sie keine nichtlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit aus ? (in %)

Haben einen ausreichend großen betrieb, sodaß ich auf zusätzliche Einkünfte nicht angewiesen bin	17 %
Könnte ein zusätzliches Einkommen gut gebrauchen, aber mein Betrieb nimmt mich voll in Anspruch	29 %
Es gibt hier keine außerlandwirtschaftliche Tätigkeit für mich	2 %
Bin Rentner, Invalide, bin krank	43 %
Bin z. Z. arbeitslos	0 %
Sonstige Gründe	9 %
gesamt	100 %

Wie der obigen Tabelle zu entnehmen ist würden 29 % der hier Befragten eine zusätzliche Tätigkeit ausüben, wenn sie dazu in der Lage wären.

Diese Begründung ist glaubhaft, obwohl der Arbeitskräfte b e s a t z, bezogen auf 100 ha LN mit Werten mittels Arbeitskräfteüberschuß besteht dabei meist nur aus T e i l e n von ganzen Arbeitskräften, welche sich praktisch nicht aus dem Betrieb herauslösen lassen. Diese Tatsache erschwert, bzw. verhindert in vielen Fällen die Ausübung einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit, welche i. d. H. die ganzjährige bzw. ganztägige Abkömmlichkeit aus dem Betrieb zur Voraussetzung hat. Daß es offensichtlich zunehmend schwieriger wird, die negativen Auswirkungen der relativen Verkleinerung der Betriebe auf das Einkommen der Landwirte durch zusätzliche Erwerbstätigkeit zu kompensieren, geht auch aus der folgenden Tabelle hervor.

Tabelle : Anteile der Inhaber von Betrieben mit 50 - unter 100 % der Mindestgröße mit einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit an der Gesamtzahl der Betriebe mit 50 - unter 100 % der Mindestgröße 1958 und 1966

Betriebsinhaber mit Betrieben von 50 - unter 100 % der Mindestgröße	1958 = 100 %
davon mit einer zus. Erwerbstätigkeit	1958 = 33 %
Betriebe mit 50 - unter 100 % der Mindest- größe	1966 = 100 %
davon mit einer zus. Erwerbstätigkeit	1966 = 28 %

Danach übten 1958 etwa ein Drittel der Inhaber von Betrieben mit einer Fläche von 50 - unter 100 % der Mindestgröße eine zusätzliche Erwerbstätigkeit aus. Durch das zwischenzeitliche Anwachsen der Mindestgröße um etwa 80 % von 1958 - 1966 wurden viele von ihnen zu Nebenerwerbsbetrieben, während ehemalige Vollerwerbsbetriebe in die Gruppe der untergrenzbetriebe (50 - unter 100 % der Mindestgröße) überwechselten. Zu ihnen gehörten 1966 Betriebe von etwa 10 - 22 ha LN. Offensichtlich war es zu diesem Zeitpunkt nur noch wenig mehr als einem Viertel der Inhaber dieser Betriebe möglich, einen derart großen Betrieb zu bewirtschaften und gleichzeitig eine zwangsläufig meist ganztägige zusätzliche Erwerbstätigkeit auszuüben.

Diese Feststellung steht nicht im Widerspruch zu den Ergebnissen der obigen Tabelle, wonach die Mehrzahl der Befragten als Ziel der Aufstockung die Auslastung freier Kapazitäten angab. Sie ist vielmehr so zu verstehen, daß solche freien Kapazitäten zwar vorhanden sind, daß sie aber nur selten so umfangreich sind, um eine ganzjährige, zusätzliche Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Ihre Auslastung mittels der Aufstockung bietet sich nicht zuletzt deswegen an, weil sie sukzessive, im Rahmen der von Betrieb zu Betrieb verschiedenen freien Kapazitäten, durchführbar ist. Sie scheitert jedoch meist an dem verfügbaren Boden, wie oben bereits angeführt wurde.

aa Bestehende Investitionen als Grund für den Ausbau und die Weiterentwicklung von Betrieben-

Einer ansich möglichen Abstockung solcher nicht voll entwicklungsfähiger Betriebe auf eine Größe, welche die Ausübung einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit ohne Schwierigkeiten ermöglichen würde, oder gar einer vollständigen Auflösung stehen außer Hemmnissen soziologischer und psychologischer Art vor allem die umfangreichen Maschinen- und Gebäudeinvestitionen entgegen.

Die hier besonders interessierenden Betriebe der mittleren Größenklassen verfügen über Maschinen im Werte von 2000, - bis 3000, - DM je ha LN. Abschreibung und Unterhaltung verursachen Kosten in Höhe von ca. 15 %

des Neuwertes. Der Zinsanspruch dürfte je nach Art der Finanzierung und Zeitpunkt des Kaufs, zwischen 5 % und 10 % schwanken. Allein daraus resultiert eine Kostenbelastung je ha von fast 500,- DM im Jahr. Die Ermittlung des Wertes der Wirtschaftsgebäude und damit der Gesamtkosten für Abschreibung und Unterhaltung bereitet allgemein Schwierigkeiten. Das gilt besonders dann, wenn sie, wie hier, überwiegend älter sind. Auf ihre Einbeziehung mußte deshalb hier verzichtet werden. Aber auch am Beispiel der Maschinen allein, bzw. des Schleppers läßt sich deutlich zeigen, wie sehr die Kostenbelastung je Arbeits- (oder Produkteinheit) bei sinkender Ausnutzung, etwa durch Abstockung, ansteigt.

Nach SCHÄFER - KEHNERT ¹⁾ erhöhen sich beispielsweise die Kosten des Schleppereinsatzes

Tabelle : Veränderung der Schlepperkosten (Abschreibung, Zinsanspruch, Versicherung, Pflege und Instandhaltung) bei unterschiedlicher Auslastung in %

Anschaffungs-	Zahl der Schlepper - Betriebsstunden		
	400	800 je Jahr	1600
8. 000, --	194	116	100 %
12. 000, --	195	117	100 %
16. 000, --	196	117	100 %

weitgehend unabhängig vom Anschaffungspreis bei einer Reduzierung der Zahl der jährlichen Arbeitsstunden von 1600 auf 800 um 16 bzw. 17 % und bei einer Reduzierung der Zahl der Arbeitsstunden auf 400 um 94 bzw. 97 %. Gerade die hier besonders interessierenden, mittleren Betriebe (5 - 15 ha LN) wurden durch Abstockung beispielsweise um 30 - 50 % der Ausgangsfläche in die Phase der stärksten Kostenprogression gelangen.

Da bei einer Abstockung ohnehin keine Maschinen und Gebäude freigesetzt werden und Gebrauchtmaschinen, welche etwa durch Spezialisierung oder völlige Auflösung von Betrieben nicht mehr benötigt werden, praktisch unverkäuflich sind, bleibt den Inhabern solcher, nicht entwicklungsfähiger Betriebe, nur die Möglichkeit der unveränderten Weiterführung der Betriebe, oder aber im Falle der Abstockung die sprunghafte Ansteigerung der Kosten bzw. im Falle der Auflösung ein faktischer Verlust an Maschinen- und Gebäudewerten, welcher auch durch eine lohnende nichtlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit kaum ausgeglichen werden kann.

1) Errechnet nach Ruhr-Stickstoff AG, Faustzahlen, Bochum 1957

Mit dem Zwang zu einer möglichen produktiven Auslastung von Arbeits-Maschinen- und Gebäudekapazitäten auch dann, wenn Betriebe nicht mehr als ausschließliche Einkommensquelle dienen, dürfte sich auch die Tatsache erklären, daß mit dem Übergang von Betriebsinhabern in den Zuerwerb keine nennenswerte Abstockung bzw. Extensivierung der Betriebsorganisation einherging. Daß die hier untersuchten Betriebe dabei keine Ausnahme darstellen, geht aus den Ausführungen von WEINSCHENK - HEINRICHS-MEXER ¹⁾ hervor. Danach erfolgte der Übergang von der hauptberuflichen zu der nebenberuflichen Landbewirtschaftung in der Bundesrepublik meist ohne nennenswerte Veränderung der Betriebsorganisation.

Aufgrund dieser Gegebenheit dürfte auch in Zukunft von Betrieben dieser Größenordnung eher eine zusätzliche Landnachfrage als ein Angebot zu erwarten sein. Der von den Investitionen ausgehende Zwang zur Weiterführung der Betriebe stellt eine autonome Größe dar, welcher sich der Betriebsinhaber, auch wenn er grundsätzlich zur Auflösung des Betriebes neigt, nur schwer, bzw. unter Hinnahme erheblicher Einkommens- und Vermögensverluste, entziehen kann. Die derzeit üblichen finanziellen Anreize für die Aufgabe von Betrieben, bzw. die Abgabe von Ländereien (Landabgabenrenten etc.), sei es zur Aufstockung oder aber zur völligen Stilllegung, vermögen diese Verluste nicht annähernd zu kompensieren. Wirkungsvolle Maßnahmen zur Erhöhung der Landmobilisierung setzen die Einbeziehung dieser Vermögensverluste voraus. Es ist jedoch fraglich, ob die Öffentlichkeit bereit und in der Lage ist, die hierfür notwendigen Mittel aufzubringen.

b) Exogene Gründe

Aber auch dann, wenn derartige Abfindungen gezahlt wurden, dürfte die Bodenmobilität nicht unbegrenzt ansteigen. Hemmnisse soziologischer und sozialpsychologischer Art stehen auch hier dem Abbau und der Auflösung entgegen. Hier sei nur an die Ausführungen über die Gründe für die Auflösung von Betrieben erinnert. Wie daraus zu entnehmen ist, haben bzw. hatten die relativ größten Landwirte im Dorf das höchste Ansehen, zumindest bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung. In vielen klein- und Mittelbetrieblich strukturierten Gemeinden erreichen bzw. übersteigen auch die größten Betriebe die Mindestgröße nicht.

Trotzdem sind die Inhaber solcher Betriebe i. d. R. nicht zur Aufgabe bereit wie den Ausführungen über die Größenstruktur der aufgelösten Betriebe zu entnehmen ist. Das dürfte sich auch dann nicht wesentlich ändern, wenn, wie o. a., ausreichende Abfindungen für Vermögensverluste gezahlt würden und nichtlandwirtschaftliche Einkommensalternativen vorhanden sind. Die Aufgabe von Betrieben dieser Größenordnung und die ausschließliche Beschränkung auf eine zwangsläufig meist unselbständige ungelernte Tätigkeit, stellt aus der Sicht der übrigen Landbewirtschaftler und auch der unmittelbar Betroffenen einen derartigen sozialen Abstieg dar, daß nur wenige diesen Schritt wagen dürften. Darüberhinaus bewirken Gründe wie: Sicherheit vor Wirtschafts- und Ernährungskrisen. Tradition und nicht zuletzt die Freude am landwirtschaftlichen Beruf ein Festhalten am landwirtschaftlichen Beruf bzw. Betrieb.

1) Weinschenk G. Heinrichsmeyer, W.: "Landwirtschaft 1980" in Agrarwirtschaft 1/1970, S. 7, Hannover 1970.

VII Schlußbetrachtung.

Die vorliegende Untersuchung hatte die Analyse von Veränderungen der Struktur der Organisation und der sozialökonomischen Funktionen ausgewählter landwirtschaftlicher Betriebe zum Gegenstand. Das besondere Interesse galt dabei der Mobilität des Produktionsfaktors Boden und ihrer Bedingtheit durch endogene und exogene Faktoren. Wie ein Vergleich zwischen den agrarischen und den industriellen Gemeinden ergab, zeichneten sich gerade letztere durch eine mehrfach so hohe Auflösungsquote bzw. Bodenmobilität aus als die agrarischen Gemeinden. Die Ursachen hierfür können nicht auf ein nach Art und Zahl unterschiedliches Angebot an nichtlandwirtschaftlichen Berufsalternativen zurückgeführt werden. Vielmehr sind die hohen Auflösungsquoten und die daraus resultierende Bodenmobilität in den industriellen Gemeinden eine unmittelbare Folge der Einwirkungen des sog. Industrieklimas. Zur Erhöhung der Bodenmobilität in den agrarischen Gemeinden bedarf es daher auch hier der Schaffung eben solcher Verhältnisse. Aber auch in den hier untersuchten industriellen Gemeinden muß die Bodenmobilität als absolut unzureichend bezeichnet werden. Auch hier kam es trotz Auflösung und Abstockung von Betrieben auf der einen, und Aufstockung auf der anderen Seite zu einer massiven relativen Verkleinerung der landwirtschaftlichen Betriebe. Hinzu kommt, daß es in absehbarer Zeit unumgänglich sein dürfte, zur Wiederherstellung des Marktgleichgewichtes bei landwirtschaftlichen Produkten, umfangreiche Ländereien aus der landwirtschaftlichen Produktion herauszunehmen.

Die Inhaber von Betrieben, welche aufgrund ihres Landpotentials für die Bodenmobilisierung von besonderem Interesse sind, können aber wegen der o. a. Hemmnisse und besonders wegen der umfangreichen Maschinen- und Gebäudeinvestitionen auch dann nicht ohne weiteres aufgeben, wenn sie es, aus welchen Gründen auch immer, möchten. Bemühungen um Auflösung solcher mittlerer und größerer Betriebe dürften nur dann einen größeren Erfolg bringen, wenn die entstehenden Vermögensverluste ersetzt werden. Es ist jedoch kaum zu erwarten, daß die Öffentlichkeit diese erheblichen, zusätzlichen Mittel aufbringen kann und will. Aus alledem resultiert, daß auch in Zukunft nicht alle Betriebe, welche durch die sukzessive relative Verkleinerung die Schwelle der jeweiligen Mindestgröße unterschreiten, aufgelöst werden dürften.

Vielmehr wird sich die Zahl dieser Betriebe noch auf geraume Zeit auf Kosten der Vollerwerbsbetriebe erhöhen. Auch ihr Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Produktion wird weiterhin zunehmen. Von der Gesamtzahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen wird in Zukunft ein größerer Anteil in solchen Betrieben leben. D. h. daß sich die Agrarpolitik dieser Betriebe v e r s t ä r k t annehmen muß, ohne sie jedoch andererseits zu ihrem Leitbild zu erklären. Zunächst müssen Organisationsformen gefunden werden, welche den Inhabern solcher Betriebe die Ausübung einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit ohne Arbeitsüberlastung ermöglicht. Darüber hinaus ergibt sich die Notwendigkeit, auch diesen Betrieben die Teilnahme am technischen Fortschritt in der Landwirtschaft, etwa durch überbetriebliche Zusammenarbeit oder durch Einsatz von Lohnmaschinen, zu ermöglichen. Schließlich bedarf es ihrer Einbeziehung in moderne Vermarktungssysteme, um auch bei relativ kleinen Produktionseinheiten ausreichende Mengen und Qualitäten anbieten zu können.

Literaturverzeichnis

- Andreae, B. : Betriebsformen in der Landwirtschaft, Stuttgart 1964
- " Landbau bei hohem Lohn, Stuttgart 1962
- " Der vereinfachte Betrieb, Stuttgart
- Agrarsoziale Gesellschaft Rundbrief vom 24. 3. 69, Göttingen 1969
- " Die Meinung der Landwirte über die zukünftige Entwicklung ihrer Betriebe und ihrer Berufstätigkeit, Göttingen, 1969
- " Rundbrief vom 25. 3. 1970, Göttingen 1970
- Ausschuß zur Verbesserung der Agrarstruktur in: Schriftenreihe d. G.F.K., Bonn, 1957, H. 9
- " Gemeindespiegel für Hessen, Wiesbaden, 1958
- " Die Betriebsgrößenstruktur der hessischen Landwirtschaft, 19. Sonderheft Wiesbaden, 1967.
- Babo, v., Gerner : Agrarstrukturelle Rahmenplanung, in: Schriftenreihe d. GFK., Bonn, h. 16.
- Blohm, G. : Die Neuorientierung der Landwirtschaft, Stuttgart, 1963.
- B. M. L. : Grüner Bericht 1964, Bonn 1969,
- " Stat. Jahrbuch ü. E. L. F. für 1968, Hamburg 1968
- " Die Verbesserung der Agrarstruktur in der BRD, Bonn 1968,
- " Grüner Bericht 1969, Bonn 1969.
- Bundesamt, Stat. : Stat. Jahrbuch für die BRD, Stuttgart 1962
- Brinkmann, Th. : Aufgabe und Bedeutung der Rindviehhaltung, in: Stang-Wirth "Tierheilkunde", Berlin 1926
- Buchwald, K. Beiträge zur Landespflege, Bd. 1, Stuttgart, 1962/63
- Lenoldt, W.
- Meyer, K. :
- Dahrendorf, R. : Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965
- Deenen, v. B. : Die Leistungskraft der bäuerlichen Familie, in: Der Bäuerliche Familienbetrieb, ein überholtes Leitbild?, Witten 1965
- Deenen, v. B.
- Mrohs, E.,
- Krekeler, H. J. : Die Gemeinden der BRD nach der sozialökonomischen Struktur und Funktion, Bonn 1965.
- DLG: Mitteilungen, vom 2. 10. 1969, Frankfurt 1969
- Eichler, H. : Herkunft und Gestaltung des Rechts in Ziegenfuss: Handbuch der Soziologie, Stuttgart 1956.
- Fürstenberg, Frdr. : Das Aufstiegsproblem in der modernen Gesellschaft, Stuttgart 1962.

- Griesbach, H. : Gründe zunehmender Bodenmobilität, in: ASG - Rundbrief v. 18.1.1968, Göttingen 1968.
- Hauptverband der ldw. Buchstellen: Buchführungsbegriffe in: Pflug und Feder, H. 14, Bonn 1959.
- Hess. Stat. Landesamt: Hess. Gemeindestat. 1961, H. 1, Wiesbaden 1960
 " " " " " " H. 3, Wiesbaden 1963
 " " " " " " H. 4, Wiesbaden 1964
 Unveröffentlichtes Material über die Bodennutzungsvorerhebung v. 1958.
- Harsche, E. : Die Agrarstruktur in der industriellen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, AVA - Sonderheft 10, Wiesbaden 1962.
- Hofmann, W. : in: Bodenordnung? Stuttgart 1969.
- Kötter, H. : Landbevölkerung im sozialen Wandel, Düsseldorf 1958.
- Kötter, H. : Entwicklungstendenzen der Struktur landwirtschaftlicher Betriebe, in: Hausmitteilungen der Landwirtschaft, Nr. 20, der EWG Kommission, Brüssel 1967.
- Küttner, H. : Materialien zur regionalen Wirtschaftsentwicklung, Bonn 1965.
- Meimberg, P. : Zur Frage einer optimalen Betriebsgrößenstruktur i. d. Landwirtschaft, in: Agrarwirtschaft, 1961.
- Meyen, E.
 Schmitthüsen, J. : Handbuch der naturräumlichen Gliederung Deutschlands, Remagen 1956.
- Randow, V. : Kauf- und Pachtpreise landwirtschaftlich genutzter Böden in den Industrieländern, in: Schriftenreihe der GFK, H. 10, Bonn 1965.
- Riemann, F. : Größe und Verbleib aufgelöster Kleinbetriebe, in: Berichte über Landwirtschaft, N.F., H. 2 Hamburg 1962.
- Rolfes, M. : Handbuch der Landwirtschaft, Bd. V, 2. Auflage, Hamburg 1954.
- Röhm, H. : Westdeutsche Landwirtschaft, München 1964.
- Ruhr-Stickstoff AG: Faustzahlen für die Landwirtschaft, Bochum 1957.
- Scheuch, E.K. : Auswahlverfahren i. d. emp. Sozialforschung, Stuttgart 1967.
- Schumpeter, J. : Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung
- Thimm, H. : Funktionswandel d. Landwirtschaft in: Agrarwirtschaft, H. 8, Hannover 1966.

- Wagner, A.: Beitrag zu einer interdisziplinären Untersuchung über eine optimale Raumnutzung und Raumgestaltung, Inst. f. Agrarsoziologie. Gießen 1968.
- Weinschenk, G.,
Heinrichmeyer, L.: Landwirtschaft 1980, in: Agrarwirtschaft, H. 1, Hannover 1970.
- Werschnitzky, K.,
Fuss, W.,
Hofmann, L.: Nebenberufliche Landbewirtschaftung in der BRD, in: Berichte über Landwirtschaft, N.F. 180, Sonderheft, Hamburg 1965.
- Woermann, E.: Handbuch der Landwirtschaft, Bd. V, Hamburg 1954
- Wurzbacher, G.: Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung, Stuttgart 1961.
-

Juni 1970

L e b e n s l a u f

Am 2. 8. 1938 wurde ich in Naunheim, Kreis Wetzlar, geboren. Von 1944 - 1953 besuchte ich die hiesige Volksschule. Anschließend begann ich eine kaufmännische Lehre. Nach Abschluß derselben und weiteren zwei Jahren als kaufmännischer Gehilfe begann ich 1958 meine landwirtschaftliche Ausbildung.

Auf zwei Lehrjahre (1958 und 1959) folgte 1960/61 der Besuch der höheren Landbauschule in Michelstadt. Hier wurde mir die Hochschulreife zugesprochen, sodaß ich anschließend mit dem Studium der Landwirtschaft an der Universität Gießen beginnen konnte.

Vom Abschluß desselben im Herbst 1964 bis Februar 1970 war ich als wissenschaftliche Hilfskraft bzw. Verwalter einer Assistentenstelle bei der landwirtschaftlichen Fakultät der Justus-Liebig Universität in Gießen tätig. Seither bin ich bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank in Frankfurt am Main beschäftigt.

Alfred Wagner

